

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 26. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen:  
Monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 3,30 Mk., halbjährlich 6,60 Mk., jährlich 13,20 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).  
Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf.  
Abonnements-Bedingungen:  
Monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 3,30 Mk., halbjährlich 6,60 Mk., jährlich 13,20 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).  
Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf.

#### Die Insertions-Gebühr

Die Insertions-Gebühr:  
Beträgt für die erste Zeile 10 Pf. für die zweite Zeile 8 Pf. für die dritte Zeile 6 Pf. für die vierte Zeile 4 Pf. für die fünfte Zeile 3 Pf. für die sechste Zeile 2 Pf. für die siebte Zeile 1 Pf. für die achte Zeile 1 Pf. für die neunte Zeile 1 Pf. für die zehnte Zeile 1 Pf. für die elfte Zeile 1 Pf. für die zwölfte Zeile 1 Pf. für die dreizehnte Zeile 1 Pf. für die vierzehnte Zeile 1 Pf. für die fünfzehnte Zeile 1 Pf. für die sechzehnte Zeile 1 Pf. für die siebzehnte Zeile 1 Pf. für die achtzehnte Zeile 1 Pf. für die neunzehnte Zeile 1 Pf. für die zwanzigste Zeile 1 Pf. für die einundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die vierundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die achtundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die neunundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die dreißigste Zeile 1 Pf. für die einunddreißigste Zeile 1 Pf. für die zweiunddreißigste Zeile 1 Pf. für die dreiunddreißigste Zeile 1 Pf. für die vierunddreißigste Zeile 1 Pf. für die fünfunddreißigste Zeile 1 Pf. für die sechsunddreißigste Zeile 1 Pf. für die siebenunddreißigste Zeile 1 Pf. für die achtunddreißigste Zeile 1 Pf. für die neununddreißigste Zeile 1 Pf. für die vierzigste Zeile 1 Pf. für die einundvierzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundvierzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundvierzigste Zeile 1 Pf. für die vierundvierzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundvierzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundvierzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundvierzigste Zeile 1 Pf. für die achtundvierzigste Zeile 1 Pf. für die neunundvierzigste Zeile 1 Pf. für die fünfzigste Zeile 1 Pf. für die einundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die vierundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die achtundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die neunundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die sechzigste Zeile 1 Pf. für die einundsechzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundsechzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundsechzigste Zeile 1 Pf. für die vierundsechzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundsechzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundsechzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundsechzigste Zeile 1 Pf. für die achtundsechzigste Zeile 1 Pf. für die neunundsechzigste Zeile 1 Pf. für die siebenzigste Zeile 1 Pf. für die einundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die vierundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die achtundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die neunundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die achtzigste Zeile 1 Pf. für die einundachtzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundachtzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundachtzigste Zeile 1 Pf. für die vierundachtzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundachtzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundachtzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundachtzigste Zeile 1 Pf. für die achtundachtzigste Zeile 1 Pf. für die neunundachtzigste Zeile 1 Pf. für die neunzigste Zeile 1 Pf. für die einundneunzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundneunzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundneunzigste Zeile 1 Pf. für die vierundneunzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundneunzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundneunzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundneunzigste Zeile 1 Pf. für die achtundneunzigste Zeile 1 Pf. für die neunundneunzigste Zeile 1 Pf. für die hundertste Zeile 1 Pf.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Gründet täglich.

## Scharfer Kurs in Bayern.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Der panische Schrecken, von dem die herrschenden Klassen angeht, des rapiden Niederganges der roten Flut erfährt auch die Machthaber in Bayern gewakt. Mit Begeisterung stimmen sie in den jetzt hoch im Kurs stehenden Kampf ein: Scharfster Kampf gegen die Sozialdemokratie! Und es fehlt nicht mehr viel, und Bayern hat Preußen in der Gewaltpolitik gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft erreicht. Alle unter dem jetzt herrschenden scharfen Kurs vorgenommenen Maßnahmen gegen die freien Gewerkschaften, gegen die Arbeiterjugend, gegen die Arbeiterturn- und Gesangsvereine, finden auch in Bayern einen lebhaften Widerhall. Und das in einem Lande, das bisher immer noch mit einem gewissen Nimbus liberaler Verwaltungspraxis umgeben war. Man sieht hieraus, daß die zunehmende Industrialisierung Bayerns und die mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehende Veräusserung der Klassenverhältnisse auch in den Staaten preussische Zustände schafft, die sich bisher auf ihre „süddeutsche Eigenart“ noch etwas zu gute taten: in Bayern, Württemberg und Baden.

Als das jetzt in Bayern am Ruder befindliche homogene Ministerium Hertling mit Zentrumshilfe aus der Taufe gehoben wurde, da fühlte es sich sofort berufen, durch den Mund des Ministerpräsidenten von Hertling den Kurs verkünden zu lassen, der jetzt auf ausdrücklichen Wunsch der schwarzen Gewalthaber eingeschlagen werden sollte. Am 28. März 1912 proklamierte v. Hertling unter dem häßlichen Rubel des Zentrums die Degradierung sozialdemokratischer Staatsangehöriger zu Staatsbürgern zweiter Klasse und die Aufhebung der Meinungs- und Wahlfreiheit der Beamten. Der echt preussische Scheiß des bayerischen Ministerpräsidenten hat natürlich den lebhaftesten Verfall aller Scharfmacher gefunden, und sie haben auch nicht verläumt, das verfassungswidrige Handeln gegenüber der Sozialdemokratie als eine staatsmännliche Tat ersten Ranges fortgesetzt zu preisen.

Der Aufwindung seines verfassungswidrigen Treibens folgten die Taten auf dem Fuße. Sozialdemokratischen Bürgermeistern wurde die Befähigung verweigert, obgleich sie nach einem Urteil des bayrischen Oberbürgermeisters und liberalen Führers Gosselmann die besten und zuverlässigsten Beamten sind. Besonders scharf wird der Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften auf Grund der jetzt im Gemeindefunktionsgesetz angenommenen ausnahmsweise Bestimmung in den Artikeln 12 und 16 des Gemeindefunktionsgesetzes geführt werden. Demnach darf ein Beamter nicht nur kein Sozialdemokrat, und ein Sozialdemokrat kein Beamter sein, sondern ein Beamter darf auch nicht einer freien Gewerkschaft angehören. Und was das Empörende ist: es fallen unter dieses Gemeindefunktionsgesetz nicht nur Berufsbeamte, sondern auch Ehrenbeamte. Also ganz wie in Preußen. Geführt wird dieses Produkt schwarzer Gewaltpolitik noch durch die positive Erklärung des Ministers Boden im Ausschuss, daß der Zugehörigkeit der Beamten zu einer christlichen Gewerkschaft nichts im Wege steht. Damit ist wiederum, ganz im Sinne Hertlings, die aufreizende Proklamation des zweierlei Rechts in Bayern erfolgt.

Diese offenkundige und bewußte Bevorzugung und gnädige Duldsamkeit der christlichen Gewerkschaften ist weiter nichts als die Erfüllung der Wünsche des von Reich und Sach gegen die freien Gewerkschaften erfüllten Zentrums, dem diese schon lange ein Dorn im Auge sind. Der Kampf gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband, der der christlichen Eisenbahnerorganisation eine unbequeme Konkurrenz ist, hat bekanntlich damit geendet, daß der Verkehrsminister v. Seidlein als dritter Homogener im Räte der Schwarzen, jene berüchtigte Reverspolitik eingeführt hat, nach der von den Eisenbahnern und sonstigen Staatsarbeitern die Unterschreibung eines Reverses verlangt wurde und noch wird, daß sie einer freien Gewerkschaft nicht angehören und auf ihr Streikrecht verzichten.

Damit ist jedoch der Kampf der schwarzen Gewaltmenschen und ihrer Regierung gegen das Koalitionsrecht noch keineswegs erschöpft. Es genügt ihnen nicht, die Staatsarbeiter ihres Koalitionsrechts zu berauben, sie greifen auch mit frecher Hand in das Privatleben hinein, um ihren unheilvollen Einfluß zugunsten der herrschenden und Besitzenden Klassen auszuüben. So wurde am 22. April d. J. von unserem Genossen Körner im Landtag ein Fall zur Sprache gebracht, der den Uebermut und die Koalitionsrechtslosigkeit der klerikal-kapitalistischen Regierung recht drastisch zeigt. Die Stadt Kaiserlautern will sich nämlich eine Straßenbahn zulegen. Sie hat zu diesem Zwecke mit der ausführenden Gesellschaft einen Vertrag auf Ueberlassung der Straße abgeschlossen, der die Bedingung enthält, daß den Arbeitern die Koalitionsfreiheit gewährt und ein Arbeiterausschuss gebildet werde. Was tat die Regierung? Als ausführendes Organ Willens der Schwarzen und der Scharfmacher, stellte sie

für die Konzessionserteilung die Bedingung, daß diese Bestimmung aus dem Vertrag herauskommt. Scharf konnte eine Kränkung ihrer Arbeiter- und Koalitionsrechtsfreiheit nicht aßern, indem sie ohne jede Berechtigung sich einen dreifachen Einriff in das Koalitionsrecht der in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter erlaubte. So weit ist heute die Verpöschung Bayerns schon gediehen und diese „ruhmreichen“ Taten eines brutalen Gewaltregiments geben sicher einen Ausblick auf die kommende Zeit und die allgemeinen Unterdrückungsbestrebungen gegen die freien Gewerkschaften. Der Zeitpunkt nähert sich immer mehr, in der die bundesstaatlichen Regierungen — mit Einschluß der bayerischen natürlich — in der Frage des erhöhten Arbeitswilligens ein Herz und eine Seele sind. Die jüngsten Taten der bayerischen Regierung berechtigen zu den schlimmsten Erwartungen.

Wohl taucht hier und da im stillen Lärm der Scharfmacher und ihrer Söldner eine warnende Stimme auf, die zur Vernunft mahnt. Aber wo entscheidet in der wüsten Debatte gegen die Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften die Vernunft, wenn es sich um die Niederhaltung und Anbelugung der Arbeiter dreht, damit die Bahn für eine ungestörte und erhöhte Ausbeutung frei wird. Durch nichts wird das deutlicher gekennzeichnet, als durch die Ablehnung von 75000 Mk. Staatszuschuß für gemeindliche Arbeitslosenversicherung durch das bayerische Abgeordnetenhaus, genannt Reichsratskammer, in der geborene und berufene „Gesetzesmacher“ sich zu reaktionärem Tun ein Stellbischen geben. Als kapitalistische Interessensvertretung lehnte der Reichsrat die lächerlich geringe Summe ab, weil er unter keinen Umständen das Prinzip der Arbeitslosenversicherung anerkennen will. Er weiß auch sehr gut warum: Die feudal-kapitalistischen Profit- und Ausbeutungsinteressen erheben es, daß der Druck der industriellen Arbeiterklasse, der Arbeitslosen, weder in Zeiten guter noch schlechter Konjunktur im Interesse des Profits geschwächt werde. Denn je stärker das Angebot der arbeitslosen Proletarier ist, um so leichter sind die Kapitalisten in der Lage, den Forderungen ihrer Arbeiter auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit einen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Die Aufsichtsrats- und nachstele Eigeninteressenpolitik liegt im Reichsrat und liefert so neben vielen anderen reaktionären, sozialpolitisch rückständigen Taten von neuem den klaren Beweis für die Notwendigkeit der Beseitigung dieser gegen Verfassung und Gesetz bestehenden ersten Kammer „hochadel“ und „erlauchter“ Reaktionen. Allerdings verlangen auch hierbei wieder einmal glänzend die Liberalen, die in schwächlicher Entschlossenheit des ersten liberalen Grundgesetzes der Reichsgleichheit nur eine lächerliche „Reform“ der Reichsratskammer in der Weise wollen, daß eine größere Anzahl von Persönlichkeiten auch aus Handel, Gewerbe und Industrie sich im Reichsrat erhalten. Das reichsrätliche Schleißzeug soll also mit Hilfe der Liberalen auf ewige Zeiten erhalten bleiben, wenn man so gnädig ist, die großkapitalistischen und großagrarischen reichsrätlichen Scharfmacher noch um ein paar Duzend Scharfmacher aus Handel, Gewerbe und Industrie zu vermehren. So findet sich der Liberalismus auf allen Gebieten des politischen Lebens mit dem Bestehenden ab, und gibt so den Arbeitern eine prächtige Bestätigung dafür, daß er nichts weiter als eine politische Vertretung kapitalistischer Besitzinteressen ist, die eine Verewigung der auf Ausbeutung der Arbeiterklasse beruhenden kapitalistischen Gesellschaft im Interesse der ausbeutenden Kapitalisten erheben.

So geben wir in Bayern unter einem sich immer mehr verdickenden Druck zentralistischer und homogener Gewaltpolitik schweren Kämpfen entgegen. Zum ausnahmsweise gezielten Kampf gegen die Sozialdemokratie, zu den Niederhaltungsbestrebungen gegen die freien Gewerkschaften, zu der brutalen Heße gegen die Presse und gegen sozialdemokratische Redakteure, stellt sich noch in steigendem Maße der Kampf gegen die Arbeiterjugend, um sie zu korruptierten Kreaturen kapitalistischer Klassenherrschaft zu machen.

Arbeiten die habsüchtigen Arbeiterfeinde mit den Mitteln brutaler Gewalt und kleinlicher Nadelstiche, so stellt die Klassenbewußte Arbeiterschaft diesem Treiben den klaren prinzipiellen Kampf des Proletariats gegenüber. Nur die durch grundsätzlich betriebene sozialistische Aufklärungsarbeit erstarkte Sozialdemokratie ist in der Lage, die finstere und nichtswürdige Gewaltpolitik des Zentrums und der herrschenden Klassen zu brechen. Der in Bayern wehende scharfe Wind wird sich letzten Endes, wie schon so oft, als die Kraft erweisen, die das Böse will und das Gute schafft. . . .

## Ein fortschrittlicher Schmutzkübel.

Wenn der Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei im ersten Berliner Reichstagswahlkreis korporativ dem Reichsverband zur Befämpfung der Sozialdemokratie beiträte, würden wir darüber keinen Augenblick verwundert sein, denn er hat schon ein Flugblatt losgelassen, das sich in nichts von den Elaboraten der Liebertschen Organisation unterscheidet und das seinem Verfasser ohne weiteres die Anwartschaft auf den Posten des verflochtenen Ordens-Ludwig eröffnet.

Es soll Stimmung zum Eintritt in die Fortschrittliche Volkspartei machen, und es glaubt diesem Zweck nicht besser dienen zu können, als dadurch, daß es in der maßlosesten und verlogensten Weise auf die Sozialdemokratie schimpft. Daß sie sich selbst und dem gesamten Freisinn ein jämmerliches Armutszengnis ausstellen, wenn sie sich dort, wo eine Aufzählung der positiven Leistungen ihrer eigenen Partei am Plage wäre, auf eine oberne Attade wider die Sozialdemokratie beschränken, scheint den liberalen Politikern nicht klar geworden zu sein.

Nichts liegt uns ferner als die Absicht, die Vorwürfe dieser fortschrittlichen Helden hier im einzelnen zu widerlegen; wir erwähnen sie einzig und allein, um ihre Kampfmethoden zu kennzeichnen. Weil die sozialdemokratischen Abgeordneten beim Kaiserhoch sitzen geblieben sind, wird die Sozialdemokratie die Helferin der Reaktion genannt, die ihre gänzliche Unfähigkeit zu politischer Arbeit verrät, verriet uns das Flugblatt leider nicht, aber wir nehmen bis auf weiteres an, daß sie in der Bemiligung von Heeres- und Flottenvorlagen und in der Zustimmung zu allen imperialistischen Plänen besteht.

Schuld der Sozialdemokratie soll es sein, wenn das Zentrum unentbehrlich sei, und wie die Sozialdemokratie die Stellung des Zentrums stärke, habe sich am deutlichsten bei der Behandlung der Besoldungsvorlage gezeigt. Daß unsere Partei, nachdem infolge der Hartnäckigkeit der Regierung die ganze Vorlage zu Fall gekommen war, eine Gehaltserhöhung der Landbriefträger in den Etat einzuführen versuchte, wagen die Herren, die für den Witsch verantwortlich zeichnen, eine Komödie zu nennen, und glauben auf diese Weise das zweimalige frohlose Zurückweichen ihrer eigenen Partei vor dem Unannehmlichen und der Aufstufungsandrohung der Regierung in Vergessenheit bringen zu können.

Nach einer ganz unklaren Darstellung der Verhandlungen über das Arbeitslosenproblem in der Berliner Stadtverordnetenversammlung behandelt das fortschrittliche Nachwerk noch die preussische Wahlrechtsfrage. Diesen Abschnitt aber muß man im Wortlaut genießen:

Nach dem Muster „Halte den Dieb“ wird auch im preussischen Wahlrechtskampf gearbeitet. Die Sozialdemokratie möchte gern vergessen machen, daß sie sich jahrelang um das preussische Wahlrecht überhaupt nicht gekümmert hat. Statt sich bemüht zu sein, daß hier ohne die Hilfe des Liberalismus nichts zu erreichen ist, verdächtigt man diesen fortgesetzt und schiebt allerlei ungereimtes Zeug über dessen Vertrauenslosigkeit und Schwäche. In Wahrheit hat auch hier die Sozialdemokratie völlig versagt, wie überall, wo es gilt, praktische Arbeit zu leisten und Erreichbares durchzuführen.

Hier wirkt die Verlogenheit nur noch komisch, und es ist nur schade, daß das Flugblatt darauf verzichtet, die Geldtaten aufzuzählen, die die Fortschrittler in der Zeit der Zurückhaltung der Sozialdemokratie im preussischen Wahlrechtskampf getan haben. Vermutlich hat die Verfasser hier ihr Gedächtnis im Stich gelassen, und es wird sich vielleicht gelegentlich die Notwendigkeit ergeben, daß wir ihr Erinnerungsvermögen wieder ein wenig aufrichten. In diesem Zusammenhang möchten wir davon absehen, weil jede ernsthafteste Diskussion denen zu viel Ehre antun ließe, die, noch dazu in einem Moment, wo das reaktionäre Scharfmachertum sich auf allen Gebieten zum Vormarsch rüstet, als Fortschrittler nichts Besseres zu unternehmen wissen, denn einen Kübel voll Schmutz über die Sozialdemokratie auszugießen.

Die Herren geben ihrem Flugblatt die Ueberschrift „Die unfähige Sozialdemokratie“. Nun, wie sind nach dieser Leistung allerdings genötigt, den Tadel mit einem Kompliment zu beantworten. Die Fortschrittler beweisen hier, daß sie fähig sind, daß sie — zu allem fähig sind.

## Ein arbeitsreicher Tag.

München, den 25. Juni 1914.

Eher, als man angenommen hat, erledigte heute der Kongress das Regulativ der Generalkommission der Gewerkschaften. Die Erörterungen über die Grenzstreitigkeiten waren ziemlich erregt, aber sie dehnten sich nicht so lange aus, wie man angenommen hatte. Nach der Begründung der Anträge über die Grenzstreitigkeiten drehte sich die Debatte im wesentlichen um den vielerörterten Schiedspruch über den Grenzstreit zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Verband der Brauereiarbeiter. In diesen Streit wurden auch andere Gewerkschaften verwickelt, so die Fabrikarbeiter, die es unangenehm empfanden, daß die Arbeiter in den Mineralwasserfabriken durch den Schiedspruch berührt werden, obgleich ein die Organisationszugehörigkeit dieser Arbeitergruppe regelnder Kartellvertrag zwischen dem Verband der Brauereiarbeiter und der Fabrikarbeiter besteht. Trotzdem hat das Schiedsgericht diese Arbeiter dem Transportarbeiterverband zugewiesen, statt sich zu orientieren, daß sie dem Fabrikarbeiterverband schon angehören.

Zu einem Höhepunkt wurde die Diskussion geführt, als ein Mitglied des Schiedsgerichts, Genosse Leipart, das Wort ergriß, dem der Kongress sehr gern eine verlängerte Redezeit einräumte. In zwei gleich bedeutende Teile zerfiel diese Rede. In eine unbedingte Stellungnahme für die Berufsorganisation gegen die Betriebsorgani-



Jahre, eine Ansicht, die Leipzig an zahlreichen, sehr interessanten Beispielen begründete. Auch die Gegner seines Standpunktes werden sicherlich seine Gründe würdigen, wenn sie auch, wie der Bericht-erstatler, nicht der Meinung sein können, daß die von ihm angeführten Fälle zu der Verallgemeinerung Anlaß geben und zu der Meinung zwingen, daß die Berufungsbefugnis der gewerkschaftlichen Gegenseite heute und dauernd zu bestimmen haben. Trotzdem muß man Ausführungen eines so erfahrenen und klugen Gewerkschaftsführers sehr hoch bewerten und auf die Erörterung künftig einwirken lassen. Freilich in einem Punkte muß man Leipzig wider-sprechen: In seinem Lob des Buchdruckerverbandes, das durchaus nicht eingeschränkt werden soll, ist der Einwand gestattet, daß der Buchdruckerverband bei all seinen Einrichtungen und herboreagenden Leistungen von Anfang an in einem merkwürdigen Widerspruch stand zu einem der wichtigsten Prinzipien der deutschen Gewerkschaftsbewegung, das stets den Vorrang der deutschen Organisa-tion vor der englischen kennzeichnete: dem Prinzip der gewerkschaftlichen Zusammenfassung gelehrter und ungelerner Arbeiter. Von den Zimmerern und Stein-druckern abgesehen, ist die Buchdruckerorganisation heute die einzige Gewerkschaft in Deutschland, die an dem Typus der alten englischen Gewerkschaftsorganisation streng festhält. Es ist hier nicht der Ort, diesen Standpunkt zu werten, aber wohl hat man das Recht, zu erklären, daß das vielleicht für die Buchdrucker aus bestimmten Erwägungen dauernd notwendige nicht den Ausgangspunkt für eine prinzipielle Klarstellung der für die deutschen Gewerkschaften maßgebenden Abgrenzungen bilden darf. Vereinerung aller zusammengehöriger gelehrter und ungelerner Arbeiter in Zentralisationen ist das maßgebende und kennzeichnende Prinzip der deutschen Gewerkschaften gewesen. Wenn die Buchdrucker das eine dieser Prinzipien niemals für sich gelten lassen und trotzdem bemerkenswerte Erfolge erzielt, so ist das der Eigenart ihres Gewerbes, der Geschlossenheit ihrer Mitglieder und mancher sonstiger Erscheinungen ihrer Organisation zuzuschreiben; aber gerade weil die Buchdrucker mit so eigenartigen Bedingungen ihrer Organi-sation zu rechnen haben, wird man gut tun, vorsichtig zu sein mit den Schlüssen aus ihren Erfolgen!

Von diesem Mangel abgesehen, waren Leipzigs Ausführungen bei allem Widerspruch, den sie bei uns hervorrufen, sehr bemerkens-wert.

Hätten schon diese Ausführungen die Aufmerksamkeit des Kon-gresses gefesselt, so war dies noch in höherem Maße der Fall bei seiner Darlegung der Wirksamkeit des Schiedsgerichts. In diesem siebentägigen Schiedsgericht war Leipzig mit zwei anderen vom Transportarbeiterverband ernannten Richtern. Das Schiedsgericht hat einstimmig seine Beschlüsse gefaßt, frei von jeder Abneigung und jedem Vorteil gegen den Transportarbeiterverband, lediglich von dem Bestreben geleitet, einen Ausgleich herbeizuführen. Das Schieds-gericht hat weder die Absicht noch ist es auch mit seinem Befehl vereinbar, daß seine Entscheidung über den einen Streitfall maßgebend für alle Schiedsgerichte sein soll. Macht man dem Schiedsgericht den Vorwurf, daß es sein Urteil nicht begründet hat, so muß man er-klären, daß diese Begründung viel zu ausführlich gewesen wäre. Aber es mag, wie Leipzig zugab, ein Fehler gewesen sein, daß man die Begründung des Schiedsgerichts den streitenden Parteien nicht mündlich eröffnet hat.

Die Ausführungen Leipzigs, die vom Geiste der Verschönerung getrieben und in ruhiger Weise vorgegetragen waren, fanden starken Widerspruch bei den Transportarbeitern, für die zuletzt Müller-Berlin sprach, und die den Schiedsgericht als einen Rechtspruch be-zeidneten, aber den Schiedsrichtern nicht im mindesten persönlich nahezu treten wollten. Was sie wünschten und was sie mit Entschieden-heit vorzuziehen, war eine Stellungnahme des Kongresses zu dem Schiedsgericht, um ihre Beschwerden aus der Welt zu drängen, und um eine Sicherung gegen eine Ausdehnung des Schiedsgerichts auf spätere Schiedsgerichte zu schaffen.

Mit Entschiedenheit traten die Vertreter der Fabrikarbeiter-organisation für die Betriebsorganisation ein, doch fanden sie durch Zwischenrufe manchen Widerspruch. Der Schluß der Diskussion wurde angenommen, obgleich noch 2 Redner über die Frage der Grenzstreitigkeiten sprechen wollten. Aber der Kongreß scheint der Meinung gewesen zu sein, daß eine weitere Debatte an der Be-schlussfassung nichts mehr ändern würde. Mit großer Wärme emp-fahl Begien die Annahme der von der Vorstandskonferenz vor-geschlagenen Resolution. Er mahnte zum Frieden und zur Anerken-nung der Schiedsgerichte, die in der gegenwärtigen Lage den einzigen Ausweg bilden. Auf Wunsch der Metallarbeiter, die sich über die Stellung zu den vorgeschlagenen Resolutionen noch nicht geeinigt hatten, beschloß der Kongreß, die Abstimmung erst morgen zu Be-ginn der Sitzung vorzunehmen.

Legten verzichtete auf eine Begründung der wichtigen Vor-schläge über eine solidarische Unterstützung bei Streiks und Aus-sperren. Der Kongreß war einstimmig einig, daß an Stelle der bis-herigen Freiwilligkeit eine statutarische Verpflichtung zur Soli-darität und eine geordnete Ordnung aller Fragen, die mit der ge-meinsamen Streikunterstützung zusammenhängen, beschlossen werden. Niemand war für die Erhaltung des bisherigen Zustandes, nur der Redner der Zimmerer war dagegen, weil ihm die Vorlage nicht weit-gehend genug erschien.

Nach war auch die Vorlage, soweit sie sich auf die Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit bezog, erledigt. Nur über die mangelhafte Unterstützung der Landarbeiter durch die Gewerkschaftsarbeit und über die falsche Auslegung der Boykottbeschlüsse wurde geproden, denn wurde dieser Teil des neuen Regulativs einstimmig ange-nommen.

Ausgezeichnet war das Referat des Genossen Bauer über die „Vollstufung“. Auf alle Schwierigkeiten, die ihrer Lösung ent-gengegestellt wurden, wie er hin. Er fand, daß die Behandlung der „Vollstufung“ neuerdings den Beweis dafür erbracht habe, daß unsere Regierenden nichts anderes sind als der geschäftsführende Ausschuß der herrschenden Klassen. Am so befreidigter war der Kon-greß, als er von dem glänzenden Erfolg der „Vollstufung“ hörte, die alle Gegenmeinungen der Gegner weit hinter sich gelassen hat.

Weber ein reiches Material verfügte der Abgeordnete Breh, der ausführlich und eindringlich die Handhabung des Reichsvereins-gesetzes beleuchtete und jedermann klarmachte, daß die Vollstufung-erklärung der Gewerkschaften keinen Rechtsgrund habe, daß die Ver-sprechungen bei Schaffung des Reichsvereinsgesetzes auf das schmach-tlichste gebrochen wurden, und daß das ungleiche Recht gerade bei der Handhabung des Vereinsgesetzes zum klarsten Ausdruck komme. Durch eine Reihe bemerkenswerter Fälle ergänzten der Vohumer Berg-arbeiter Systemann, der Berliner Metallarbeiter Cohen und Leipzig die Ausführungen Breh, dann wurde die Resolution einstimmig an-genommen.

Schnell erledigte dann der Kongreß entsprechend der Vorlage die künftige Zusammensetzung der Generalkommission und ging dann zur Beratung der Frage des Arbeitswilligenscheines und des Unter-nehmerrisikos über. Es war sicherlich ein glücklicher Gedanke, den Genossen Alexander Schilde mit diesem Referat zu be-trauen, da er aus seiner Tätigkeit als Leiter des Metallarbeiter-verbandes ein nur zu reiches Material über diese Frage sammeln konnte. Mit größter Aufmerksamkeit wurde auch dieses bedeutsame Referat noch trotz der späten Stunde, in die es fiel, und trotz seiner großen Ausdehnung angehört.

So hat der Kongreß am heutigen Tage einen sehr großen Teil seiner Tagesordnung erledigt. Es bleibt ihm noch genügend Zeit zur gründlichen Erörterung der weiteren Aufgaben, die ihm gestellt sind.

## Es ist erreicht!

Mit der Sammlung der Leute von Bismarck bis Heide-brand ist's vorläufig Esig. Die Bismarckmänner verlangen bindende Garantien, daß sie bei der Geschichte nicht wieder die Geleiteten sind, und da die Ritter und Heiligen natürlich gar nicht daran denken, diese Garantien zu geben, droht die holde Harmonie wieder in die Brüche zu gehen, bevor sie noch recht in Last gekommen ist. Herr Bohem, einer der lautesten Sammlungs-trumpeter, gesteht betrübten Gemütes im roten Tag, daß für seine bolschewistischen Absichten zurzeit die Zeichen recht ungünstig sind, Herr Rudolph machet in der „Kölnischen Volkszeitung“ den unentwegten Oppositionsmann, der gar keine Veranlassung fühlt, für die Regierung die Kasernen aus dem Feuer zu holen, um nachher im Stiche gelassen zu werden, und die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ selbst läßt sich von Berlin ein „Geleit-wort zum nächsten nationalliberalen Parteitag“ schreiben, das die armen Bismarckmänner geradezu en canaille behandelt. Was soll man schließlich auch noch Rücksichten nehmen, da aus dem er-sehnten Blodhandel voraussichtlich doch nichts wird!

Der nationale Korrekt stellt also vorläufig noch recht tief im Sumpfe, und wenn nicht noch im letzten Augenblick ein Wunder-geschiehe, werden die Mannen um Westarp sich wohl darauf ein-richten müssen, daß sie auch in den nächsten Monaten „das bittere Brot der Rinderzeit“ zu essen genötigt sind. Doch glücklicherweise ist dieses Wunder schon zur Wahrheit geworden! Ein frommer Gottesmann war vom Herrn dazu ausersehen, den betrübten Sammlungspropheten als Reiter in der größten Not zu erscheinen. Im „Scherischen Tag“ verkündet Herr Lieutenant Kumm, des seligen Scheiterhaufen-Städter Schmiegerjohn und Mandatserbe, daß ihm über Nacht ein demüthigt gefeierter Gedanke gekommen sei. Und das kam so: Vor wenigen Tagen ist von der Hamburger Dapag-Bericht ein neuer Schiffstoloß vom Stapel gelaufen, dem auf Geheiß Wilhelms II. der Name Bismarck gegeben wurde. Unmittelbar danach nahm der Kaiser an Bord der Dapag-Yacht „Victoria-Luise“ an einem Festmahl des Norddeutschen Regatta-vereins teil und bei dieser Gelegenheit hielt er eine Rede, die er in den Worten ausklingen ließ:

„Wir müssen in der Lage sein, eines der besten Worte, das der eiserne Kanzler je geprägt hat, tatsächlich auf uns zu übertragen und auszuführen, das heißt, wir müssen so leben und handeln, daß wir allezeit mit ihm sagen können: Wir Deutschen fürchten Gott und sonst absolut nichts und niemanden auf dieser Welt.“

Diese Bismarck-Reminiszzenzen also waren es, die Herrn Kumm nach schlaflos verbrochener Nacht auf einen ganz geheißen Gedanken hießen ließen. Wie wäre es, wenn man das große Heerbanner des nationalen Junker-, Bürger- und Pfaffeniums Bismarck-Blod kaufte?

Das Wort Blod ist aus Frankreich zu uns herüber-gekommen und fester Bestandteil des politischen Sprachgebrauchs geworden. Wir sind es gewohnt, für die an dieser Stelle mehrfach erwähnte Zusammenfassung der politischen Parteien den Namen Bismarck-Blod in Vorschlag zu bringen.

Uff! Die schwerste Arbeit im nationalen Sammlungsdiener wäre dank dem kapitalen Genie des großen Volkstribunen von Wittgenstein-Siegen-Biedenkopf getan. Zwar fehlen zunächst noch die Mannen, die den Blod füllen sollen; auch ist es für ein so staatsrechtliches Unternehmen, wie es der Bismarck-Blod doch sein soll, nicht ganz unbedenklich, eine Vegetation zu wählen, die vom französischen Erbfeind entliehen wurde. Aber — in der Not reißt der Teufel Flügel und außerdem können nun natürlich die Nationalliberalen nicht mehr länger zögern, sich den Eraberger und Arndt in die Arme zu werfen, wenn sie nicht unweigerlich dem Obium verfallen wollen. Berühmt am großen Erbe Bismarcks zu sein. Wohlgemut schließt deshalb Herr Kumm seine Epistel:

Dennoch darf die nationale Postage den Gedanken, daß die politische Rechte das, was sie an Gemeingefühl besitzt, auch voll empfinden soll, nicht ersterben lassen. In der Persönlichkeit Bismarcks sind Anregungen genug gegeben, die fruchtbarere Arbeit auch noch für weitere Jahrzehnte deutscher Politik ermöglichen, und seine Persönlichkeit ist nicht nur so reich, sondern auch so geschloffen, daß es möglich ist, ohne den Wechsel der Zeiten zu verkennen und auf vergangenen Zeiten zu verweilen, einen „Bismarck-Blod“ zu politischen Realität zu erheben.

Nach dem Wilton-Blod der Bismarck-Blod! Nun kann dem deutschen Volke an seiner Herrlichkeit nichts mehr fehlen.

## Politische Uebersicht.

### Jungliberale zur preussischen Wahlrechtsfrage.

In ihrer jüngsten Nummer veröffentlicht die in Köln erscheinenden „Jungliberalen Blätter“, das Organ des Reichs-verbandes der nationalliberalen Jugend, einen Artikel zur preussischen Wahlrechtsfrage. Wer jetzt noch, so heißt es da, an eine Wahlreform der Regierung glaube, sei ein unverbesserlicher Optimist: die bisherige Taktik der Be-scheidenheitsbabeilich als völlig verfehlt her-ausgestellt. Man strebe sogar dahin, die keine Ver-günstigung, die sich für die unteren Volksschichten aus der Drittelung in den Urwahlbezirken ergebe, zu beseitigen, mit welchem Hinweis sich freilich das jungliberale Blatt gegen die eigene Partei wendet, die sich gerade für diese Forderung ausgesprochen hat. Darauf heißt es:

„Es ist, als ob man an den maßgebenden Stellen mit Blindheit geschlagen ist und nicht begreift, was dem Wohle des Staates strome, nicht einsieht, daß die Gewährung einer parlamentarischen Vertretung an die unteren Volks-schichten, auch wenn sie zum großen Teil sozialdemokratisch wählen, eine Notwendigkeit ist, soll nicht der Groll über die völlige Nichtberücksichtigung ihrer Interessen und die Unmöglichkeit, sie an der geeigneten Stelle im Parla-ment zu vertreten, sich zum Schaden des Staatswohles in anderer Weise entladen. Es kann auch nicht aus-bleiben, daß sich gerade der Kreis des neuen Mittelstandes eine immer schärfere Stimmung bemächtigt, weil sie ja sehen müssen, daß sie als preussische Staatsbürger nicht für voll angesehen werden.“

Der Artikel schließt mit dem Hinweis, daß keine „Sammlung“ der bürgerlichen Parteien, son-dern nur die endliche Erfüllung der begründeten Wünsche des Volkes der Unzufriedenheit abhelfen. Schließlich wird den liberalen Parteien ins Gewissen geredet, nicht vor lauter Taktik ihre Anhänger aus den mittleren und Volksschichten vor den Kopf zu stoßen. Man müsse sich jetzt darüber klar sein, daß in der Wahlrechtsfrage die Politik der Mäßigung Schiffbruch gelitten und nur dazu

gedient habe, auch die ermäßigten Ansprüche auf ein Nichts herunterzudrücken. Deshalb fordert der Verfasser einen organisierten Wahlrechtskampf der liberalen Parteien.

Das klingt fast wie ein Kampfruf. Aber er will bei den Jungliberalen nicht viel bejagen.

### Die reaktionäre Gehe.

Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“ über die kon-servativen Angriffe auf das Immunitätsrecht:

„In dem Versuch, den Kaiser für die eigenen parteipoliti-schen Zwecke auszunutzen, liegt die einzige Majestätsbeleidigung, die in der Kaiserhoch-Affäre anerkannt werden kann. Das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nämlich, man mag es sonst beurteilen wie man will, hat mit Majestäts-beleidigung nicht das mindeste zu tun. Es ist das Recht jedes Staatsbürgers, Republikaner zu sein und seine republikanische Gesinnung nach außen hin kundzutun, und es ist eines der verlogeneren Mittelchen der reaktionären Taktik, ein solches Bekenntnis zur Republik als ungeseklich und revolutionär zu behandeln. Man kann selbstverständlich auch von keinem Republi-kaner verlangen, daß er in ein Kaiserhoch ein-stimme, und die Frage, wie er sich zu verhalten hat, wenn andere ein Hoch auf den Monarchen ausbringen, liegt ausschließ-lich auf dem Gebiete des Taktik und der Politik, keineswegs aber auf dem des Strafrechts. Man mag es unge-zogen oder politisch unklug nennen, wenn sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete beim Kaiserhoch sitzen bleiben: eine Be-leidigung des Kaisers aber liegt in dieser Demonstration für die Republik nicht, und es gehört schon die ganze Bestürzung der politischen Unabhängigkeitsfinnen in Deutschland dazu, um mit diesem Gejammerge über die angebliche Schulpflichtigkeit des Kaisers auch nur ein schwaches Echo zu finden.“

Mit dem Gerede über „Takt“ ist natürlich nichts an-zufangen, und die „Frankfurter Zeitung“ hätte es sich schenken können. Im übrigen aber unterscheiden sich diese Ausführungen vorteilhaft von dem „Gejammerge“ der meisten anderen liberalen Blätter.

### Zentrumshilfe für den Kriegsminister.

Der Prozeß des Kriegsministers gegen die Genossin Luxemburg macht dem Zentrum nicht weniger Sorge als dem Kriegsminister. Der „Klerikale Künstlerische Anzeiger“ ist bereits eifrig dabei, dem Gericht Winke zu geben, wie es der unangenehmen Beweiserhebung über Soldatenmißhand-lungen vorbeugen soll. Zu dem Aufruf in der Parteipresse an die Zeugen von Soldatenmißhandlungen schreibt das Blatt am 20. Juni:

„Ob in dieser Form des Aufrufs zur Materialbeschaffung nicht eine starke Beeinflussung der Zeugen liegt? Das Gericht wird zu untersuchen haben, ob es diese so gesammelten Zeugen überhaupt verzeihen soll; denn der „Vorwärts“ sagt ja selbst offen, wozu er seine Zeugen sucht; nicht zur Ermittlung der Wahrheit in erster Linie, sondern für den politischen Kampf.“

Das Zentrum hat immer der Reaktion die schmutzigsten Handlangerdienste geleistet, und so möchte es auch in den Pro-zeßen, in denen es sich um das Wohl der Söhne des Volkes handelt, die die Uniform zu tragen haben, durch jeuitische Kniffe die Wahrheit unterdrücken. Es fühlt sich auch hier völlig einig mit der Junker- und der Sozialmoderpresse.

Die einzig richtige Antwort ist natürlich, daß alle, die von Soldatenmißhandlungen etwas wissen, ihre Adressen, so-mweit sie es bisher noch nicht getan haben, uns sofort zur Ver-fügung stellen.

### Soldatenmißhandlungen durch einen Sozialdemokraten.

Unter dieser sensationellen Ueberschrift macht folgende Notiz der „Koburger Zeitung“ die Kunde durch die bürgerliche Presse:

„Ein Gefreiter im 71. Infanterieregiment in Erfurt wurde vor einiger Zeit wegen Soldatenmißhand-lungen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dieser Gefreite ist jetzt ein Führer der Koburger Sozial-demokratie und gehört der Proffkommission des dortigen Parteiblattes an.“

Wenig schnappten die reaktionären Wäiter nach diesem fetten Bißchen ein sozialdemokratischer Soldatenmischer! Und die hohe Strafe! Also sehr große Mißhandlungen. Und das alles jetzt (vor einiger Zeit) wo die Sozialdemokraten eben einen besonders heftigen Feldzug gegen die Soldatenmißhandlungen führen und Zeugen aufbieten, um dem Kriegsminister solche Soldatenmißhand-lungen nachzuweisen! Ein sozialdemokratischer Soldatenmischer, endlich mal einer. Ah, das tut wohl! Natürlich ist die Geschichte Schwindel. Auf unsere Anfrage in Koburg wird uns mitgeteilt:

„Die Notiz der „Koburger Zeitung“ bezieht sich auf den Stadtverordneten Rixner in Neustadt bei Koburg. Die Tatsache seiner Beirtragung ist richtig, aber der Fall liegt siebenund-zwanzig Jahre zurück (vor einiger Zeit, sagt die „Koburger Zeitung“). Rixner hatte die Unteroffizierschule besucht und war eben als 19-jähriger Gefreiter in die Truppe eingetreten, als er sich der Mißhandlung schuldig machte. Nach Verbüßung seiner Strafe schied er aus dem Militärdienst aus und muß im Jübiläen bald ein lüchtiger Mensch geworden sein, denn seit 17 Jahren schon ist er Stadtverordneter in Neustadt.“

So der Sachverhalt! Was bleibt nun von dem „sozialdemo-kralischen Soldatenmischer“? Will man etwa behaupten, daß der 19-jährige Gefreite, der die mindestens dreijährige Zucht und Aus-bildung der Unteroffizierschule hinter sich hatte, Sozialdemokrat gewesen sei? Die Soldatenmißhandlung des 19-jährigen Gefreiten Rixner gehalten sich ganz im Gegenteil zu einer scharfen Anklage gegen das ganze militärische Erziehungssystem.

Als der Mann dem Militarismus den Rücken gekehrt, ward er Sozialdemokrat und so tüchtig, daß ihn das Vertrauen der Mitbürger in ein öffentliches Amt berief. Für seine Person hat er die in der Befreitenuniform und Befreitenstellung begangene Tat gebüßt — von rechts wegen. Die Soldatenmißhandlungen aber sind geblieben, denn im System des Militarismus hat sich in den 27 Jahren nichts wesentliches geändert. So lange dieses System besteht, werden auch die Soldatenmißhandlungen nicht aussterben.

### Herzog Georg II. von Sachsen-Meiningen gestorben.

Der Herzog Georg II. von Sachsen-Meiningen ist gestern im Alter von 88 Jahren nach längerem Leiden in Bad Wildungen ge-storben.

Den Thron bestieg nunmehr der am 1. April 1851 geborene Erbprinz Bernhard Friedrich. Der neue Herzog Bernhard Friedrich stand vor 11 Jahren eine Zeitlang im Vordergrund des politischen Interesses. Der damalige Erbprinz war kommandierender General des 6. Armeekorps in Breslau. Ein Kanonier, namens Günther, der von seinem Unteroffizier gepönligt worden war, verübte Selbstmord. Der Unteroffizier erhielt in einer darauf folgenden Kriegsgerichtsver-handlung die übliche gelinde Strafe. Unter dem Eindruck der empörenden Feststellungen dieses Prozesses trat aber General







# Die Leiser-Ecke

Friedrichstr. 179 • Taubenstr. 37  
Eine Sehenswürdigkeit Berlins



In allen Filialen:  
Hervorragend  
billiges

## Sonder-Angebot

FÜR DIE REISE

Beachten Sie gefl. unser Sonntags-Inserat

### Theater und Vergnügungen

Freitag, den 26. Juni 1914.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Boigt-Theater.** Das Winternachtsmädchen.  
Anfang 5 Uhr.

**Vollage-Theater.** Kino-Varietés.  
**Potsdamer Naturtheater.** Alt-Folsdam.  
Anfang 7 Uhr.

**Eines Hollendorfer-Theater.** Die tolle Gräfin.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reben.** Die Ballfäden.  
Anfang 7 3/4 Uhr.

**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Der Großglockner, Gasten und die Salzburger Alpen.  
**Deutsches Opernhaus.** Sigmund-Baron.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Jeppe vom Berge.  
**Zefing.** Das Mädchen vom Wolf.  
**Theater an der Weidendammerbrücke.** Der müde Theodor.  
**Schiller O.** Mein erlauchter Ahnherr.  
**Schiller Charlottenburg.** Hellingenwald.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Königgräzer Straße.** Mr. Wu.  
**Thalia.** Wenn der Frühling kommt.  
**Rose.** Zwischen Himmel und Erde.  
**Rosita Operetten.** Als ich noch im Hügelleide.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Palast-Theater.** Varietés und Lichtspiele.  
**Berliner Prater-Theater.** Grigri.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Reines.** Der Ried.  
**Theater am Hollendorferplatz.** Der Juxbaron.  
**Waldspielhaus.** Die spanische Fliege.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Scheidungs-Ehe.  
**Reifen.** Der wilde gelbe Hahn.

**Reines.** Der Ried.  
**Theater am Hollendorferplatz.** Der Juxbaron.  
**Waldspielhaus.** Die spanische Fliege.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Scheidungs-Ehe.  
**Reifen.** Der wilde gelbe Hahn.

**Reines.** Der Ried.  
**Theater am Hollendorferplatz.** Der Juxbaron.  
**Waldspielhaus.** Die spanische Fliege.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Scheidungs-Ehe.  
**Reifen.** Der wilde gelbe Hahn.

**Reines.** Der Ried.  
**Theater am Hollendorferplatz.** Der Juxbaron.  
**Waldspielhaus.** Die spanische Fliege.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Scheidungs-Ehe.  
**Reifen.** Der wilde gelbe Hahn.

**Reines.** Der Ried.  
**Theater am Hollendorferplatz.** Der Juxbaron.  
**Waldspielhaus.** Die spanische Fliege.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Scheidungs-Ehe.  
**Reifen.** Der wilde gelbe Hahn.

**Reines.** Der Ried.  
**Theater am Hollendorferplatz.** Der Juxbaron.  
**Waldspielhaus.** Die spanische Fliege.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Scheidungs-Ehe.  
**Reifen.** Der wilde gelbe Hahn.

**Reines.** Der Ried.  
**Theater am Hollendorferplatz.** Der Juxbaron.  
**Waldspielhaus.** Die spanische Fliege.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Scheidungs-Ehe.  
**Reifen.** Der wilde gelbe Hahn.

**Folies Caprice.** Die Leibwächlerin.  
Die Amordragoner. Das Bett Napoleons. Ah - da staun' ich.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Volkstheater.** Hans Gudebein.  
Kekideng. Die verfluchte Liebe.  
Admiralspalast. Im Tangoklub.  
Steruwarte. Invalidenstr. 57-62

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Mein erlauchter Ahnherr.  
Sonnenabend, abends 8 Uhr:  
Mein erlauchter Ahnherr.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Mein erlauchter Ahnherr.

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Hellingenwald.  
Sonnenabend, abends 8 Uhr:  
Hellingenwald.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Klein-Eva.

**Deutsches Künstlertheater Sozietät.**  
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.  
Kasse: Hollendorfer 1383.  
Täglich 8 Uhr:  
Jeppe vom Berge.

**Theater a. d. Weidendammerbrücke.**  
Täglich 8 Uhr, zum 112. Male:  
Sensation oder Kaiserfolg  
Der müde Theodor.  
Vorher: Tanzspiel Miss Keen.  
Sonnenabend: Der Wildschütz.  
Ausgeführt von der Stittelfchen Gefangenschule.

**Theater in der Königgräzer Straße**  
Täglich 8 Uhr:  
**Mr. Wu.**  
**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
Wie einst im Mai.  
**Theater am Hollendorferplatz 5.**  
8 1/2 Uhr:  
Der Juxbaron.

**Theater des Westens.**  
Freitag, Sonnabend, Sonntag:  
**Walküre.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Zum letzten Male:  
Zwischen Himmel u. Erde.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, 1. Male: Der Silberkönig.  
Auf der Gartenbühne.  
Rund um die Erde. Gr. Revue.  
Hoher Konzert. Spezialitäten.

**Voigt-Theater**  
Badstraße 58.  
Deute, sowie täglich:  
Das Winternachtsmädchen.  
Gr. Ausstattungsdarb. m. Bel. u. Tanz  
von Aken und Zippich.  
Gänzlich neue Spezialitäten.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Saal- u. Gartenrestaurant „Schwarzer Adler“**  
Besitzer: Karl Neinert, Werder a. H.  
Eigene Dampferanlegestelle. Fernsprecher 199.  
Empfehle den Gewerkschaften, Vereinen und Parteigenossen bei Ausflügen, wie Dampferpartien usw. mein Lokal, großer schattiger Garten und großer Saal = 24618  
Ausschank der Biere der Brauereigenossenschaft Potsdam-Werder.

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
Der Großglockner, Gasten und die Salzburger Alpen.

**ZOOLOG**  
ischer Garten  
Täglich ab 5 Uhr:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintrittspreise:  
Zoo 1 M., von 5 Uhr ab 50 Pf.  
Aquar. 1 M. v. d. Str., 50 Pf. v. Zoo  
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.  
Neu! Neu!  
**AQUARIUM**  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.**  
Die letzten 5 Vorstellungen d. Saison  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die Scheidungs-Ehe.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Neues Programm!  
Unter anderem:  
Der Dorfschulmeister.  
Der Flieger.  
Ein armer Mann.  
Anfang 8 Uhr  
Sonntags  
7 1/2 Uhr.

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend!  
Die letzten weiblichen  
**Azteken!**  
Der unfesselbare Rappo,  
der König der Ausbrecher.  
Aga, die schwebende Jungfrau.  
Buddhas Geisterlader.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Metropol-Theater.**  
Abends 7 Uhr 55 präzis:  
Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.  
**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Die Leibwächlerin.  
Die Amordragoner.  
Das Bett Napoleons.  
Ah - da staun' ich.

**Admiralspalast.**  
Eis-Arena.  
Die Novität „Im Tangoklub“  
und das effektvolle Eisballett  
„Die lustige Puppe“.  
Bis 8 Uhr und ab 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.  
Wein- und Bier-Abteilung.

**WINTER GARTEN**  
Letzte Vorstellungen!  
**Radjah**  
in ihren Tänzen  
Johnson u. Dean / Jeannette Donarber  
Ragtime- / mit ihrem  
Sextett / Ballon  
sowie  
10 sensation. Attraktionen 10  
Entreeplatz wochentags  
M. 0,80.  
Rauchen gestattet!

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 100-14  
Heute letzte täglich:  
**Großes Konzert und Varieté-Vorstellung**  
16 erstklass. Varieté-Nummern  
(vollständig neues Programm)  
Konzert-Anfang 5 Uhr.  
Entree 25 Pf. Varietés 6 Uhr.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 100-14  
Heute letzte täglich:  
**Großes Konzert und Varieté-Vorstellung**  
16 erstklass. Varieté-Nummern  
(vollständig neues Programm)  
Konzert-Anfang 5 Uhr.  
Entree 25 Pf. Varietés 6 Uhr.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 100-14  
Heute letzte täglich:  
**Großes Konzert und Varieté-Vorstellung**  
16 erstklass. Varieté-Nummern  
(vollständig neues Programm)  
Konzert-Anfang 5 Uhr.  
Entree 25 Pf. Varietés 6 Uhr.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 100-14  
Heute letzte täglich:  
**Großes Konzert und Varieté-Vorstellung**  
16 erstklass. Varieté-Nummern  
(vollständig neues Programm)  
Konzert-Anfang 5 Uhr.  
Entree 25 Pf. Varietés 6 Uhr.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 100-14  
Heute letzte täglich:  
**Großes Konzert und Varieté-Vorstellung**  
16 erstklass. Varieté-Nummern  
(vollständig neues Programm)  
Konzert-Anfang 5 Uhr.  
Entree 25 Pf. Varietés 6 Uhr.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 100-14  
Heute letzte täglich:  
**Großes Konzert und Varieté-Vorstellung**  
16 erstklass. Varieté-Nummern  
(vollständig neues Programm)  
Konzert-Anfang 5 Uhr.  
Entree 25 Pf. Varietés 6 Uhr.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 100-14  
Heute letzte täglich:  
**Großes Konzert und Varieté-Vorstellung**  
16 erstklass. Varieté-Nummern  
(vollständig neues Programm)  
Konzert-Anfang 5 Uhr.  
Entree 25 Pf. Varietés 6 Uhr.

# Saison-Ausverkauf

Von Sonnabend  
dem 27. ab

Von Sonnabend  
dem 27. ab

Für Prima-Verarbeitung  
und tadellosen Sitz  
übernehmen wir jede  
Garantie!

Um die neue Saison mit neuer Ware beginnen zu  
können, müssen die vorhandenen Lager geräumt werden!

Auch während des Aus-  
verkaufs wird jede  
Forderung gut und  
kostenlos ausgeführt!

Deshalb ganz enorme Preisermäßigung auf sämtliche Artikel

Sanz besonders beachtenswert!

Sanz besonders beachtenswert!

Große Posten  
**Farbige Herren-  
Jackett-Anzüge**  
Früher 19 bis 26 Mark jetzt 13 bis 17 Mark  
Früher 29 bis 36 Mark jetzt 18 bis 23 Mark  
Früher 39 bis 46 Mark jetzt 24 bis 29 Mark  
Früher 49 bis 64 Mark jetzt 30 bis 41 Mark

Die Preisermäßigung beträgt  
**25% bis 50%**

Auf alle Waren, welche nicht durch ein  
besonderes Etikett im Preise reduziert sind,  
gewähren wir einen Rabatt von . . . . . **25%**

Große Posten **Sommer-Älster**  
Früher 29 bis 39 Mark jetzt 18 bis 24 Mark  
Früher 43 bis 54 Mark jetzt 26 bis 36 Mark  
Große Posten  
**Sommer-Paletots**  
Früher 23 bis 36 Mark jetzt 16 bis 24 Mark  
Früher 39 bis 54 Mark jetzt 26 bis 39 Mark

Mod. Spezialhaus  
für Herren- und  
Knaben-Bekleidung

# H. Detken & Co.

Oranienstr. 166  
nahe dem Oranienplatz  
Telephon Moritzplatz 13268



Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Kraftdroschkenführer.

Die Unternehmer versuchten durch allerlei Verlockungen Arbeitswillige heranzuziehen. Sie versprachen durch Säulenanzug einen Wochenlohn von 50-60 M., betonten aber zugleich, daß sie 1,50 M. Lohn und 2 Proz. der Einnahme gewähren, verschieben aber, daß der Fahrer täglich 0,75 M. Wagenwaschgeld zu zahlen hat.

Das Versprechen könnten die Unternehmer nur inn halten, wenn der Fahrer täglich 37 M. Kasse hätte. Träfe dies wirklich zu, so hätten die Unternehmer an jedem Fahrer pro Tag einen Nebenlohn von 12 M. Da aber die Fahrer absolut keine Forderungen gestellt haben, wäre es unerträglich, wenn die Unternehmer bei so hohem Gewinn wie sie selbst angeben, Abzüge von dem bisher gewährten Lohn machen wollten.

Der Verdienst des Kraftdroschkenführers ist unter den heutigen Verhältnissen durchschnittlich nur 2-30 M. wöchentlich. Dieser Verdienst wird oft durch Polizeistrafen in einer Woche gänzlich aufgebraucht. An diesen Umständen, den die Unternehmer bezüglich des Geldbedienstes ausgebreitet haben, glaubt auch kein vernünftiger Mensch. Da nun dieses Jugmittel nichts nützte, versuchten die Unternehmer Arbeitswillige aus den von ihnen so sehr bekämpften Fahrschulen zu ziehen. Trotzdem ihnen genau bekannt ist, daß die Schüler in den Fahrschulen kaum das Steuer in die Hand bekommen und von praktischer Ausbildung gar nicht gesprochen werden kann, will man diese Schüler auf das Publikum loslassen. Ob die Polizeibehörde dazu ihre Hand bieten wird, muß noch stark bezweifelt werden. Wenn die Unternehmer auch behaupten, daß ihnen polizeilicherseits das größte Entgegenkommen zugesagt ist, so sind in dieser Beziehung auch gewisse Grenzen gezogen. Allen Hebergriffen in dieser Hinsicht wird die Leitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes entgegenzutreten wissen.

Der Stand der Bewegung hat sich im wesentlichen nicht verändert. Wie berichtet wurde, soll der Verein der Kraftdroschkenführer seine Mitglieder durch Ausschluß zwingen wollen, den mit dem Deutschen Transportarbeiterverband abgeschlossenen Tarif zurückzugeben. Von den Vereinsmitgliedern haben 6 den Tarif zurückgegeben, dagegen sind 15 neue Tarife unterzeichnet und abgeschlossen worden.

Aus der Dachdeckerbewegung.

Durch den Tarifabschluß mit den Gelben ist es dahin gekommen, daß der Dachdeckerstand immer mehr zurückging. Unschwer war der Terrorismus, den die Unternehmer ausübten, um die Dachdecker gefügig zu machen. Niemand wurde eingestrichelt, der nicht Mitglied bei den Gelben war. Die Arbeitskräfte wurden nur zum Wohlwollen der Unternehmer entnommen. Hand in Hand ging mit diesem Terrorismus ein fortwährendes Herabdrücken der Löhne. Es sind Fälle nachweisbar, wo Unternehmer den Dachdeckern 60 Pf. Stundenlohn anboten. Diesen Zuständen muß ein Ende gemacht werden. Das war die Parole einer von etwa 400 Personen besuchten öffentlichen Versammlung, die am Mittwoch abgehalten wurde. Es hat sich notwendig gemacht, den Kollegen zu zeigen, welchen Zuständen sie entgegengehen, wenn es nicht gelingt, die Verhältnisse im Dachdeckerberuf zu verbessern. Sie können aber nur gebessert werden durch eine Stärkung der Berufsorganisation.

Der Allgemeine Orts-Verband berichtet, daß er sich an die Berliner Dachdeckerinnung gewandt habe, um den Abschluß eines Tarifvertrages zustande zu bringen. Der Obermeister habe ihm versprochen, seine Wünsche der nächsten Innungsversammlung zu unterbreiten. Leider sei sein Gesuch abschlägig beschieden worden, weil die Innung nicht in der Lage sei, einen Tarif abzuschließen zu können, die Angelegenheit müsse vielmehr dem Arbeitgeberverband vorbehalten bleiben.

Die Versammlung beschloß einstimmig: „Der Vorstand des Zentralverbandes soll sich wegen des Abschlusses eines Tarifvertrages sofort an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes wenden.“

Angenommen wurde auch eine Resolution, welche sagt: „Die Versammlung betrachtet die gelbe Vereinigung als ein Anagniprodukt der Unternehmer und ist der festen Überzeugung, daß ihre Mitglieder den Weg in die alte Organisation finden, denn nur der wirtschaftliche Druck im Baugewerbe und ein unerhörter Terroris-

mus der Unternehmer hat es vermocht, einen Teil unserer Kollegen in den gelben Sumpf zu ziehen.“

Achtung, Anabenkonfektion! In dieser Branche wurde von dem unterzeichneten Verband wiederholt der Versuch unternommen, geordnete Verhältnisse zu schaffen. Leider bisher mit recht wenig Erfolg. Und doch sind die Verhältnisse in dieser Branche derartig ungesund, wie kaum in einer anderen Branche oder in einem anderen Beruf. Dadurch, daß fast jeder Werkstattbetrieb fehlt und die meiste Arbeit von Frauen in der Heimarbeit angefertigt wird, können sich die Arbeitgeber in bezug auf Lohnzahlung und Behandlung alles erlauben.

Der Verband der Schneider hat zum Montag, den 22. Juni, eine öffentliche Versammlung für die in der Anabenkonfektion Beschäftigten einberufen und ersuchen wir die Gewerkschafts- und Parteimitglieder, auf die Anzeige am Sonntag, den 28. d. M., im „Vorwärts“ zu achten und ihre Angehörigen, welche in dieser Branche beschäftigt sind, aufmerksam zu machen und zum Besuch der Versammlung zu veranlassen.

Verband der Schneider, Filiale Berlin.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Nachstehende Lokale sind für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt: „Strandrestaurant Richtersborn“, Inh. Red. in Grünau; „Restaurant Vater Pielich“ in Grünheide. Die Inhaber dieser Lokale sprachen sich verschiedenen Gassen sowie Vereinen gegenüber dahin aus, daß sie sich lieber von der Lokalliste streichen lassen, als die Minimalforderungen der organisierten Gastwirtsgehilfen anzuerkennen.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Berlin I.

Deutsches Reich.

Die wirtschaftlichen Kämpfe des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1913.

Der Verband hat an 401 Orten 1246 Bewegungen geführt, die 7112 Betriebe mit 426 608 Beschäftigten (1912: 449 Orte, 1787 Bewegungen, 5878 Betriebe, 563 598 Beschäftigte) umfaßten. Direkt beteiligt an den Bewegungen waren 188 816 männliche und 10 170 weibliche Personen (1912: 307 667 Beteiligte). Von den 1246 Bewegungen waren 155 Angriffstreiks, 186 Abwehrstreiks, Ausperrungen 37. Ohne Arbeitseinstellung wurden geführt 866 Angriffstreiks und 202 Abwehrbewegungen. Gegen das Jahr 1912 war die Zahl der Bewegungen mit Arbeitseinstellung verhältnismäßig höher. An 378 Streiks und Ausperrungen waren 10 157 Personen beteiligt, denen 888 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung mit 128 829 Beteiligten gegenüberstehen. Die Angriffstreiks haben abgenommen (von 245 auf 155), die Zahl der daran Beteiligten ist jedoch gestiegen von 28 961 auf 49 345. Die Abwehrstreiks waren zahlreicher als 1912. Die Ausperrungen stiegen von 36 auf 37, die Zahl der daran Beteiligten war 9253 gegen 28 108 im Jahre 1912.

Der Gesamterfolg der Kämpfe des Jahres 1913 war besser als sich nach der gesunkenen Beschäftigung erwarten ließ. Die Zahl der Beteiligten an den Bewegungen für Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit war zwar geringer als 1912, die 1913 erzielten Erfolge sind aber deswegen besonders wertvoll, weil die auf den einzelnen Beteiligten entfallende Verkürzung der Arbeitszeit in ihrer Dauer und die Lohnerhöhung in ihrem Betrag die früheren Jahre übertreffen. Die Arbeitszeitverkürzung betrug 1912 durchschnittlich 1,74 Stunden die Woche, 1913: 1,83 Stunden. Die Lohnerhöhung war 1912 durchschnittlich 1,40 M. die Woche, 1913: 1,78 M. Die Arbeitszeit wurde für 56 163 Personen verkürzt. Erhöhungen des Verdienstes erreichten 58 219 Personen. Bei 540 Bewegungen wurden für 44 719 Personen Tarifverträge abgeschlossen. Für 11 800 Personen wurde die Afordarbeit geregelt. 15 481 Personen erzielten die Abstellung von Rikshändern. Zuschläge für Lebensstunden erhielten 16 354, für Nacht- und Sonntagsarbeit 15 622 Personen. Sonstige Verbesserungen wurden für 40 224 Personen erkämpft.

Die beabsichtigten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden für 14 156 Beteiligte abgewehrt. Der Verband war auch an 298 Streiks und Ausperrungen mit 1184 Unterstützungsberechtigten Mitgliedern beteiligt, die von anderen Organisationen geführt wurden.

Vom Schutz der Arbeitswilligen.

Vor den Dortmund Gerichten kommen jetzt die Streikführer vom Transportarbeiterstreik im Mai d. J. zur Aburteilung. Die Dortmund Streikjustiz ist ja seit dem Bergarbeiterstreik sehr be-

kannt geworden, und sie bewährt sich auch jetzt wieder als durchaus zuverlässige Schlichterin der Arbeitswilligen. Ein Beispiel: Der Arbeiter F. D. hatte am 9. Mai dem arbeitswilligen Fuhrmann Hofmann, der einen Sand Kartoffeln transportierte und zu seinem Schutze einen Schutzmänn zur Seite hatte, zugerufen: „Wart, Franzén, wir sault us wiccht!“ Den Schutzmänn hatte er außerdem Hungerleider genannt. Der Anklagevertreter, ein junger Offizier, beantragte 1 Jahr Gefängnis und 60 M. Geldstrafe. Das Gericht erlannte „nur“ auf sechs Wochen Gefängnis und die beantragte Geldstrafe.

Ausland.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund Großbritanniens.

Der Jahresbericht des britischen Gewerkschaftsbundes, dem zurzeit 156 Gewerkschaften mit 967 257 Mitgliedern angehören, weist eine erfreuliche Entwicklung der Finanzen und des Mitgliederstandes dieser Organisation auf. Der Bund ist in der Hauptsache eine Streikrückerversicherungsorganisation. In den letzten Jahren hatte er mit großen Schwereigkeiten zu kämpfen; die großen Streiks und Ausperrungen brachten es mit sich, daß die Ausgaben die Einnahmen überstiegen und man begann, um den Bestand der Organisation besorgt zu sein. Im vergangenen Jahre hat sich die Lage des Bundes jedoch merklich gebessert; er kann einen Ueberschuß an Einnahmen von 16 048 Pfund verzeichnen und die Zahl seiner Mitglieder nahm um 92 976 zu, so daß man annehmen kann, daß die seit dem Jahre 1905 herrschende Krise überwunden worden ist. Auf Grund einer die Jahre 1909 bis 1913 umfassenden Berechnung kommt der Sekretär Appleton zum Ergebnis, daß der Bund 2 1/2 Tage Unterstüzung für jedes Mitglied im Jahre zahlt. Der Sekretär befürwortet die Schaffung eines größeren Reservefonds. Heute beträgt der Reservefonds nur 29 159 Pfund, während er im Jahre 1908, als der Bund erst 689 674 Mitglieder hatte, auf 162 210 Pfund stand.

Als Ursache des großen Mitgliederzuwachses, der nicht dem Anschluß neuer Gewerkschaften an den Bund, sondern lediglich dem Erstarben der schon angeschlossenen Organisationen zuzuschreiben ist, gibt der Bericht die mit der herrschenden Arbeiterunruhe verbundene Organisationsfreudigkeit der Massen und das Versicherungsgesetz an. Es wird auch von der zunehmenden Konsolidierung der britischen Gewerkschaftsbewegung, dem Zusammenschluß von Gewerkschaften desselben Berufes oder verwandter Berufe berichtet, bei dem der Gewerkschaftsbund mitgewirkt hat. Der Sekretär erwähnt ferner die engen Beziehungen, die der Gewerkschaftsbund mit den gewerkschaftlichen Landeszentralen anderer Länder unterhält. Schließlich sei noch ein Projekt erwähnt, mit dessen Ausführung der Gewerkschaftsbund begonnen hat. Es ist dies die Lebensversicherung des Gewerkschaftsbundes, die seit acht Monaten in Tätigkeit ist. Die Lebensversicherung, die in beständiger Entwicklung begriffen ist, hat heute über 2000 Mitglieder, deren Prämien ein jährliches Reineinkommen von 800 Pfund einbringen. Das noch bestehende Unternehmen hat gegenüber den gewaltigen privaten Versicherungsgesellschaften natürlich einen schweren Stand, aber die Gründer geben an, daß sie zu ihrer Aktivität einen Posten rechnen können, den die privaten Gesellschaften nicht haben; die Loyalität der Gewerkschafter.

Stadtverordnetenversammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Juni 1914, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige letzte Sitzung vor den Sommerferien wird vom Vorsteher Michael nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

In der Umwandlung der Verwaltestelle auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde in eine Inspektorstelle hat der niedergesetzte Ausschuß unter der Bedingung seine Zustimmung gegeben, daß die Stelle eine technische sein soll und in erster Linie mit einer gärtnerisch vorgebildeten Persönlichkeit besetzt wird; auch soll der Magistrat ersucht werden, die Stelle auszuüben. Die Versammlung tritt den Ausschuhentwürfen ohne Debatte bei.

Stadtb. Sachb. (M. L.) erhält den Ausschuhbericht über den speziellen Entwurf für die Errichtung einer Fleischgroßmarkthalle an der Landsberger Allee. Der Entwurf sowie der mit 4 1/2 Millionen Mark abschließende Kostenanschlag sind vom Ausschusse mit der Maßgabe genehmigt worden, daß die Halle um eine durchlaufende Längsreihe von Stambinseln

Kleines Feuilleton.

Der letzte Schritt in vorderster Reihe. In Preußen sind die Hoftheater, kurz gesagt, schlecht. Sie sind nicht bloß von künstlerischen Bühnen überholt, haben nicht bloß literarisch und künstlerisch die Führung verloren, sondern sind absolut unter der Linie des Sichtbaren. Das ist nicht das Los der Hoftheater überhaupt. Anderswo in Deutschland haben sie diese Linie immerhin zu halten oder wiederzugewinnen gewußt. Und von einer Hofbühne ging sogar ein wichtiges Stück Fortentwicklung deutscher Theaterkunst aus. Der gestern erfolgte Tod des greisen Herzogs Georg von Meiningen erinnert daran.

Die Meiningen sind durch die sechziger und achtziger Jahre hin das eigentliche Ereignis deutscher Bühnenentwicklung gewesen. Sie reichten über die leere, hohle und mächtige Alltäglichkeit und Oberflächlichkeit hinaus, die überall grassierte, sie gingen ihr mit dem Ziele zu Leibe, der Bühne das Kunstwert der Großen, der Shakespeares, Schillers und Kleists zu erobern. Der Meiningen Herzog ärgerte sich, daß in Deutschland Shakespeares so schlecht gespielt wurde; das war in den sechziger Jahren und war der Anfang, aus dem Gutes hervorgehen sollte. Der Herzog reiste nicht wenig die malerisch-delatorische Seite der Bühnenkunst. Das führte ihn auf den Weg des Ausstattungsschicks, das die historische Wahrheit betonte und von der künstlerisch missierenden Aufgabe abirrte ins kunstgeschichtliche Nebeland. Die lebendige Bedeutung, die das Meiningen für unser Theater hat, kann auf diesem Felde nicht liegen. Historisch ist auch schon das literarische Verdienst geworden, das der Regie willkür gegen die Dichterwerke die Grenzen wies. Was die Kunst der Meiningen mit dem Theaterwerk der Gegenwart verbindet, ist ihre entschlossene Forderung zur stimmungsmäßig werkschönen Ensemblekunst, und hier stehen sicher auch persönliche Verdienste des Herzogs.

Man darf nicht annehmen, daß die Leistung seiner Truppe wie ein Meteor in die deutsche Theaterentwicklung hineingefahren ist. Sie war in kräftigen Keimen vorbereitet in der Arbeit Laubes, Dingelstedts, Eduard Devrients. Diese Keime wurden in Meiningen sachverständig weitergepflegt und der Herzog hatte das Glück, in Ludwig Chronegl die beste Kraft für diese Arbeit zur Seite zu haben. Was er selber beigezeichnet hat, war vor allem die Stärkung der Autorität der Regie. Sollte das Ziel erreicht werden, daß die Schauspieler im Kunstwert aufgingen, so mußten die Virtuosenleistungen in der Wurzel ausgerottet werden, und die grässlichen damals schimm im Minutium. Die meiningischen Schauspieler wurden rücksichtslos unter die oberste Gewalt der Regie gebeugt. Uebertriebene Schinderei nannten sie's mit heimlichen Flüchen, aber sie gingen artig auf den Willen ein und trugen so dazu bei, daß ein bedeutender Schritt moderner Bühnentechnik im kleinen Meiningen vorweg erzielt wurde.

Diese Arbeit also hat dem, was uns heute die besten Bühnen bieten, vorgebaut. Hier fühlen ihr lebendiges Wirken noch, sie ruht nicht vergangen in den Akten der Theatergeschichte. Freilich, die preussischen Hofbühnen sind gut ein halbes Jahrhundert zurück und

wissen von diesem lebendigen Wirken nichts. Sie hängen mit Ueberzeugung am künstlich toten historischen Ausstattungsprunk und lieben das postereende Virtuosen- und das fleißigbrillante Puppentheater, als ob die Arbeit der Meiningen niemals geschehen und nicht schon vor gerade vier Jahrzehnten erstmals und zuerst nach Berlin getragen worden wäre. Sie bestreiten, daß die geschichtliche Rolle der Hofbühnen ausgespielt ist. Einst waren sie ohne Rivalen, Führer ihrer Kunst. Heute trotzen sie den bürgerlichen Theatern nach, laufen dann und wann einmal einen Sprung nebenher und suchen hier und da dessen Geltungsbereich, will heißen zahlendes Publikum, pfliff, möglichst ohne ideoelle Verpflichtung an sich zu bringen. Die Meiningen Arbeit war der Hofbühnen letzter Schritt in vorderster Reihe.

Die Zugdreklame der letzten Mode. In Paris sah man bei den letzten großen Rennen eine neue Sorte Mannequins. Häßliche kleine Mädchen von zehn Jahren, welche Toiletten für die Kinder der Reichen lancierten. Es waren ganz extravagante Kleider, die sie trugen. Prachtstücke, die der Mode um „eine Spanne Zeit voraus sind“. Aber es ist im Beruf der Mannequins nicht die einzige Neuheit. Kinder als lebende Kleiderreklame heranzuziehen. Gott sei Dank. Sie ist wohl einzig in ihrer Art, aber nicht die einzige. Die großen Pariser Schneiderateliers haben größeren Ehrgeiz. Sie begnügen sich keineswegs mit dem trivialen Mißbrauch von Kindern zu Reklamezwecken. Sie wollen nach jeder Richtung hin auf der Höhe der Zeit stehen. Sie betreiben die Jagd nach den Sklavinnen der Mode in der raffiniertesten Weise.

Man trifft also jetzt schon Mannequins auf den großen überseeischen Dampfern, die den Dienst zwischen Nord- und Südamerika und Europa versehen. Drei gingen mit der „Empress of Ireland“ für ein Pariser Geschäft zugrunde. Natürlich reisten sie 1. Klasse und verbläßen das internationale Publikum durch ihre Eleganz und die Anzahl ihrer Toiletten. Bei jeder Gelegenheit, und wo gibt es deren mehr als auf einem Zugdampfer, legen sie eine andere an. Auf jedem dieser Dampfer gibt es Damen, die sich für die neuesten „Toilettenwunder“ interessieren und mit dem Mannequin, an den sich alle Männer herandrängen, Bekanntschaft zu machen suchen. Der Mannequin nimmt schließlich die Bestellung entgegen (er ist schon so gütig) und vermittelt sie durch eine drahtlose Depesche nach Paris. Und so finden die Klientinnen, sobald sie nach Paris kommen, die Toiletten nach ihren Angaben zum Anprobieren bereit. Sie können schon 24 Stunden nach ihrer Ankunft nach der letzten Mode gehen. Und die Schneiderateliers fahren sehr gut dabei.

Musik.

Sinfonie-Konzerte des Wlöhner-Orchesters. In Fortsetzung der Musikserie „Zur Entwicklung der Sinfonie“ werden wir uns veranlaßt sehen, länger in Kreise der Olympier Haydn, Mozart, Beethoven zu verweilen. In des letzteren Schöpfungen erblicken wir die stolze Krönung des Tempels: Instrumentalmusik geheißen. Tiefster Empfindungsgehalt paart sich da mit höchsten Humanitätsideen. Beethoven, der schöpferische Vorbegriff seines politisch-revolutionären Zeitalters, sieht auch

mit der Naturwelt ringsum in einem einzigartigen Rapport. Seine Mensch-Natur fühlt sich eins mit ihr und lüftet deren ungründliche Rätsel bald in schmerz, bald in lustgebornen Melodien, unergänglicher Schönheit voll. Ist es nicht, wenn wir seine Pastorale-Sinfonie vernehmen, die Kapellmeister Wachsman an am letzten Montag im Konzerthall der Brauerei Köpenick in wunderbarer Tonverklärung davor — ist es nicht, als riefte Beethoven allen, die Tag für Tag in Fabriken fronen, zu: „Widit in die schöne Natur und beruhigt euer Gemüt über das „Müssen“? In jenem Konzert hörten wir auch Henry Witlffs Overture zu der Revolutionsoper „Robespierre“, worin der ganze Jubel und Trubel der republikanischen Epoche zwischen 1792/94, das heißt bis zur Guillotierung der Häupter der sansculottischen Vergartheit in charakteristischer Russpolyphonie festgehalten ist. Ein gleichfalls vom Wlöhner-Orchester an Johanni in der Brauerei Friedrichshain veranstaltetes Citterkonzert hielt, trotz erheblicher höherer Eintrittspreise, Publikum in großer Masse um sich versammelt. Zwei namhafte Gesangsünstler: Elisabeth Wöhlm von Endert vom Deutschen Opernhaus Charlottenburg und Max Garrison, der stimmungswaltige Darsteller Wagnerischer Heldengestalten von der Wiener Hofoper, verließen dem Programm durch ihre Vorträge eine höchst charakteristische Note.

Notizen.

Die Rückständigkeit der Universitäten. Bezeugt wird sie durch eine Eingabe, die lesen von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie an 63 Fakultäten deutscher und schweizerischer Universitäten und Fachhochschulen gerichtet wird. Die Eingabe fordert nämlich, daß die Soziologie ihrer wachsenden großen Bedeutung gemäß von der Tätigkeit der Hochschulen gewürdigt werde. Auf diese wachsende Bedeutung der Gesellschaftsforschung müssen die Hochschulen erst noch aufmerksam gemacht werden.

Der Papst als Mirakelheifer. Der Mirakelautor Vollmöller fühlt sich nach längerem Laubern durch Dinters Protest gekränkt. Er will ihm den Vorschlag der Besseren katolischen Gläubigkeit nicht lassen und er macht sich an die Arbeit, um den schädlichen Wirkungen des Dinterschen Protestes beizugehen vorzubeugen. Er ruft deshalb jetzt den Papst für die kirchliche Wahrheit seines Legendenstücks in die Schranken. Im Himm will er ihm die Berliner Aufführung „naturgetreu“ vor Augen bringen.

Dem kapitalistischen Geschäft müssen bekanntlich selbst die heiligsten Güter zum Besten dienen, und so werden die Mirakelmacher, wenn Vollmöller Glück hat, sicherlich mit Freuden auch den Papst auf ihren Reklamewagen heben.

Eine siebenjährige Tiefseeforschungsdreife. Der englische Forschungsdreife Stadhouse will statt seiner geplanten Südpolarreise eine Tiefseeforschungsdreife ausführen, wie sie in solchen Maßstabe wohl noch nicht dazwischen ist; die berühmte Challenger-Expedition hat von 1872 bis 1876 gedauert; Stadhouse will aber sieben Jahre unterwegs bleiben und alle großen Ozeane kreuzen. Es fehlt dem Unternehmen noch an der Kleinigkeit von einer halben Million Mark, aber Stadhouse wird, wie es heißt, die große Fahrt bestimmt im Dezember beginnen.



vergrößert wird und daß die Mehrkosten in einer Nachtragvorlage beantragt werden.

Nach hier werden die Ausschufsanträge ohne Diskussion zum Beschluß erhoben.

Über den Magistratsantrag wegen Abschlußes eines neuen Vertrages mit der Gesellschaft m. b. H. „Normalzeit“ über den Betrieb der der Stadt gehörenden öffentlichen Uhren soll nach dem Ausschufsantrage die Beschlußfassung vorbehalten werden; einzuweisen soll der Magistrat ein Protokoll schaffen, durch das Betrieb und Regulierung der Uhren über den 1. Juli hinaus sichergestellt wird. Es sind noch neue Angebote der Firmen „Magneta“ und Siemens u. Halske eingegangen; auch soll den Ausschufmitgliedern die vor Jahresfrist vom elektrotechnischen Bureau der Stadt ausgearbeitete Denkschrift über das Uhrenwesen zugänglich gemacht werden, in welcher die Zentralisierung derselben durch Anlage eines eigenen Nabelwerks vorgeschlagen war. Referent ist Stadtv. Dr. Levy 11 (A. 2.).

Die Versammlung beschließt nach den Vorschlägen des Ausschusses.

Die Bebauung des Inselplatzergeländes nach den Magistratsvorschlägen hat der eingetragte Sonderausdruck genehmigt, und zwar hinsichtlich der Stadtbibliothek einstimmig, hinsichtlich des Oberbürgermeisterhauses mit 12 gegen 2 Stimmen. Referent ist Stadtv. Dr. Stapp (A. 2.), der näher darlegt, daß die Konfiguration des Geländes (Spitzwinkliges Dreieck) die Bebauung mit nur einem großen Gebäude verbietet. Das Projekt eines Oberbürgermeisterhauses, das aus demselben Grunde aus dem Projekt einer Oberbürgermeisterwohnung herausgewachsen ist, habe eine eingehende Erörterung erfahren; die Minderheit habe sich eigentlich auch nur gegen ein betondes Haus für das Stadtoberhaupt ausgesprochen. An der geplanten inneren Ausgestaltung des Hauses sei ein Kritik überhaupt nicht geübt worden.

Die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

Dem Beschluß eines Sachvertrages auf 10 Jahre und 2 Monate mit Herrn Richard Fröhlich in Berlin-Wilmersdorf über die Kraniasäulen hat der betr. Ausdruck in allen wesentlichen Punkten zugestimmt; ein Antrag, den Vertrag nur auf 5 Jahre abzuschließen, ist abgelehnt worden.

Eine Debatte findet nicht statt, der Vertrag wird angenommen.

Das Reglement für das Erziehungshaus in Lichtenberg ist infolge der auf dem Gebiet der Fürsorgeerziehung hiesigerseits beschlossenen Reformen abänderungsbedürftig geworden. Der neue Entwurf soll nach einem Antrage des Stadtv. Prof. Lazarus (Fr. Fr.) einem Ausschusse überwiesen werden. Weder führt liebste Lage über das geringe Maß von Berücksichtigung, welches die Vorlage der Waisendeputation auf dem Gebiet der Fürsorgeerziehung beim Magistrat gefunden haben.

Die Verweisung der Vorlage an einen gemischten Ausschuss wird beschlossen.

Von den Stadtv. Prädner u. Gen. (Soz.) ist am 18. Juni folgender Antrag eingereicht worden:

„Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, 5000 M. aus dem Dispositionsfonds für unvorhergesehene Ausgaben als Zuschuß an Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Betriebe für den Besuch der „Sugra“-Ausstellung in Leipzig zu bewilligen.“

Der Antrag lag der Versammlung als dringlicher schon in der letzten Sitzung vor, konnte aber nicht zu Verhandlung gelangen, da Stadtv. Höfer (A. 2.) Widerspruch erhob.

Stadtv. Reid (Soz.): Unser Antrag geht von dem Standpunkt aus, daß die Gemeinde an dem gütlichen Stand von Handel und Gewerbe ein großes eigenes Interesse hat; zahlreiche Gemeindegliederungen bezeugen, daß Berlin diesen Grundlag anerkannt hat. Ein weiteres Mittel zur Durchführung desselben erblicken wir auch darin, daß möglichst weiten Kreisen der hiesigen Bevölkerung Gelegenheit gegeben wird, ihre Kenntnisse zu erweitern. Diesem Zweck dient u. a. auch die jetzt in Leipzig stattfindende Ausstellung. Nach allem, was man hört, leidet es keinen Zweifel, daß die „Sugra“ für die graphischen Berufe von sehr großem Werte ist. Insbesondere ist es wünschenswert, daß gerade die Stadt Berlin dafür Sorge trägt, diese Ausstellung auch für ihre Bewohner nutzbar zu machen; ist doch Berlin die erste Druckstadt des Reiches! Leistungsfähige Arbeiter und tüchtige Betriebsleiter müssen herangezogen werden; da ist der Besuch der Ausstellung sehr angebracht. Unverkennbar ist nur, daß wir einen solchen Antrag erst nach Begründung müssen; viele deutsche Städte haben schon Gelder für diesen Zweck ausgeworfen, Berlin leider nicht. — Natürlich ist wieder der Magistrat noch die Versammlung an die Summe von 5000 M. gebunden; wir werden die letzten sein, die einer Erhöhung widerstreben.

Stadtv. Hühner (Fr. Fr.): Meine Freunde stehen dem Antrage durchaus wohlwollend gegenüber, seine Annahme könnte aber unter Umständen zu nicht ganz unbedenklichen Konsequenzen führen. In dem Ausschuss, in den der Antrag ja verwiesen werden muß, wird sorgfältig vor allem zu prüfen sein, wer die Arbeiter, die nach Leipzig geschickt werden sollen, auszuwählen hat, und ob die betreffenden selbst von jedem Opfer dafür befreit werden sollen. Vielleicht möchte es sich empfehlen, den Nachschullehrern, die dort hin, wie man hört, entsendet werden sollen, die Leitung der Besuchsreisen zu übertragen.

Stadtrat Dörsing: Der Magistrat hat sich mit der Prüfung der Angelegenheit und der bezüglichen bei ihm eingegangenen Gesuche von Sachverständigen beschäftigt und dafür einen Sonderausdruck eingeleitet. Da die Ausstellung bis zum 15. Oktober belichen wird, so läßt sich die Angelegenheit ohne jeden Nachteil bis zum September verlagern.

Der Antrag geht an einen Ausschuss.

Nur die Vermehrung der Krone und automatische Wagen und für eine Reihe weiterer Neuanordnungen des Orchesters werden 74 540 M. bewilligt.

Die Vorlage über den Anschluß der auf dem Tempelhofer Gebiet errichteten Kaserne der Maschinengewehrabteilung des Augusta-Regiments an die Berliner Kanalisation wird auf Antrag Wodler einem Ausschuss überwiesen.

Mit der Stadtgemeinde Lichtenberg soll hinsichtlich der für den Anschluß an die Berliner Kanalisation zu zahlenden Kosten ein Vergleich abgeschlossen werden, der dem langjährigen Streit darüber ein Ende macht.

Der Vergleich wird genehmigt.

Zur Beratung gelangen nunmehr einige nachträglich auf die Tagesordnung gesetzte dringliche Anträge.

Wegen die Verpachtung des Friedrichshains durch eine neuerrichtete Defensivwertungsanlage in der Prauerer Friedrichshain wendet sich eine vom Stabv. Dr. Anauer an den Magistrat gerichtete schleunige Anfrage.

Einen gleichen Antrag haben die Stadtv. Wodler u. Gen. eingereicht:

„Dem Magistrat zu ersuchen, schleunigst die geeigneten Schritte zu ergreifen, um die unerträglichen Uebelstände zu beseitigen, welche durch die Anlage für die umliegenden Stadtteile eingetreten sind.“

Stadtv. Dr. Anauer (A. 2.) legt dar, daß es bisher unmöglich gewesen ist, die entstandene Katastrophe, die besonders für das den Friedrichshain besidende Publikum und für das Kranienhaus am Friedrichshain die größten Nachteile im Gefolge habe, aus der Welt zu schaffen. Das Einschreiten der Polizeibehörde scheint auch — wenigstens bisher — nicht von durchgreifendem Erfolge begleitet zu sein.

Oberbürgermeister Vermuth: Wegen die großen Unzulänglichkeiten, die mit der Anlage verbunden sind, hat sich der Magistrat schon gewendet; sowohl die Kranienhaus- wie der Parkdeputation haben durch Schreiben das Polizeipräsidium um Hilfe angegangen. Der Polizeipräsident hat auch seinerseits die Sache energig in die Hand genommen und die Defensivwertungsanstalt unter Staatsaufsicht aufgeführt, die erforderlichen Abhilfemaßnahmen

zu treffen. Heute wird uns vom Polizeipräsident mitgeteilt, daß die Gesellschaft den ergangenen Verfügungen nachzukommen sei, daß diese Anforderungen sich aber als nicht ausreichend erwiesen haben; es werde jetzt der Gesellschaft die Fortsetzung der Produktion unterlagert werden, die Abhilfe geschaffen sei; die zu gewöhnliche Uebergangsfrist werde nur wenige Tage umfassen, dann werde das Betriebsverbot ergehen. Geldverständlich wird der Magistrat dieser so überaus wichtigen Angelegenheit auch seiner volle Aufmerksamkeit widmen. (Beifall.)

Stadtv. Wodler: Wir sind dem Oberbürgermeister für diese Erklärung sehr dankbar. Die Gesellschaft ihrerseits bestreitet, daß solche Uebelstände überhaupt oder in nennenswertem Umfange existieren. Seit Anfang April haben wir unausgesetzt gegen die Katastrophe gearbeitet, und auch damals schon hat man uns seitens der Gesellschaft gesagt, es werde in wenigen Tagen Abhilfe geschaffen sein! Es ist uns noch drücklicher zu wünschen, daß es jetzt gelingen werde, die Gesellschaft endlich anzuhalten, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Stadtv. Dr. Joss (A. 2.): Die Kranienhausverwaltung Friedrichshain ist jetzt sogar verhindert, für ordnungsmäßige Beseitigung der Räume zu sorgen! Man sollte solche Zustände in Berlin nicht für möglich halten.

Stadtv. Wurm (Soz.): Es hat erst des Eingreifens des Magistrats, der Bezirksgewerkschaft und des Kranienhauses bedurft, bis die Polizei einschritt. Das Recht dazu hatte sie auf Grund des § 6 der Gewerbeordnung. Der Zustand ist so arg, daß die Parkdeputation überlassen werden von den Besuchern des Friedrichshains, weil sie meinen, es sei im Friedrichshain Dünge aufgefahren. (Heiterkeit.) Der Geruch tritt nur dann auf, wenn die Abwässer, die bei der Defensivwertungsanstalt, in die Gullies abgelassen werden. Diese Abwässer geben schwefelhaltige Dünge von sich, die die ganze Gegend weit hinaus verpesten. Es ist geradezu unbegreiflich, daß die Polizei so lange mit ihrem Eingreifen gesögert hat. Wäre eine Sammlung von Jugendlichen im Spiele gewesen, so hätten wir die Behörden weit rascher an der Arbeit fürgehet. (Heiterkeit.) Wir hoffen und erwarten, daß nun in kürzester Frist dem unerträglichen Nistande ein Ende gemacht werden wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Rosenow (A. 2.): Die Mitteilungen des Oberbürgermeisters sind sehr erfreulich, um so mehr, als die Gesellschaft noch gehen in einem Schreiben der Auffassung Ausdruck gibt, daß ihr Betrieb überhaupt gesundheitsliche Nachteile nicht habe und nicht beanstandet werden könne. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Wir hören eben, daß die Abwässer in die Kanalisation abgelassen werden und von da aus den Gullies mephitische Dünge sich verbreiten; ich sehe darin auch eine Gefahr für unsere Kanalisationsarbeiter. Innerhalb der Stadt dürfen derartige gesundheitschädliche Gewerbebetriebe überhaupt nicht zugelassen werden; wir haben solcher Gefahrenpunkte in der Stadt noch mehrere (Zustimmung), so in der Weißbader Straße eine Anodinenentwässerungsanstalt, die die Anwohner aufs äußerste mit ihren Ausdünstungen belästigt.

Stadtv. Dr. Anauer schließt sich dem Bedauern des Kollegen Wurm an darüber, daß das Einschreiten der Behörde so lange gedauert hat. Im Einverständnis mit den Antragstellern zieht er die Anträge zurück.

Die Stadtv. Goeroldt und Genossen (Fr. Fr.) haben folgenden dringlichen Antrag eingebracht:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, erneut mit der A. E. G. in Verhandlung zu treten, um die Schnellbahn Gesundbrunnen-Neudölln für die als Hochbahn geplante Strecke vom Humboldtshain bis zur Weichbildgrenze als Untergrundbahn zur Durchführung zu bringen.“

Stadtv. Goeroldt: Die letzte Teilstrecke der Bahn auf dem Gesundbrunnen ist als Hochbahn geplant. Aus den jüngst ausgelegten Plänen war zu ersehen, daß der an der Prinzenallee und Badstraße projektierte Bahnhof ein ganz gewaltiger eigener Kosten von annähernd 200 Meter Länge werden soll, der dort den Verkehr schwer beeinträchtigen und die Straße verschandeln muß. Der beteiligten Bevölkerung haben sich Besorgnisse bemächtigt, deren Beseitigung der Oberbürgermeister anerkannt hat. Auch bei der A. E. G. sind Vorstellungen erhoben worden. Seit der Beschlußfassung über das Bahnprojekt hat sich manches auch hinsichtlich des Kostenpunktes geändert; es kann jetzt vielleicht unterirdisch billiger gebaut werden. Herr Nathenau hat auch in dieser Hinsicht Entgegenkommen zugesagt.

Stadtbaurat Krause: Auch diesen Beratungen haben wir feinerzeit das Projekt der A. E. G. genehmigt. Es wird jetzt hauptsächlich gegen den Bahnhof in der Christianiastraße Einspruch erhoben. Die Pläne unserer Stadt werden durch diese Anordnungen sehr hart im Mitleidenstand gezogen; ich halte dafür, daß die Versammlung einen Beschluß heute nicht fassen kann, sondern den Antrag in einem Ausschuss näher prüfen muß.

Stadtv. Hühner (Soz.): Die Ausschussberatung könnten wir einverstanden sein, wenn die Sache nicht so dringlich wäre. Der Antrag verlangt ja nur notwendige Verhandlungen des Magistrats mit der A. E. G.; nur dann, wenn das gescheit, werden wir erfordern, was die A. E. G. heute gegen damals verlangt. Es handelt sich nicht um den Bahnhof Christianiastraße, sondern um den Bahnhof an der Prinzenallee, und da hat sich die Situation sehr geändert, indem dieser Bahnhof ursprünglich nur als Durchgangsbahnhof mit offener Halle geplant war, während jetzt die Polizei ein majestätisches Bauwerk in Höhe von 8-10 Meter dort verlangt. Geradezu als abweisendes Beispiel wirkt ja schon der Bahnhof in der Schönhauser Allee an der Danzigerstraße; der ganze Verkehr dort ist dadurch gestört und die schöne Straße elend verschandelt; die Bahndränge aber ist 20 Meter enger; sie ist nur 3 Meter, die Schönhauser Allee aber 13 Meter breit. Die Verhältnisse haben sich auch infolgedessen geändert, als durch die Entwicklung der Technik der Bau von Untergrundbahnen überhaupt billiger geworden ist. Die Weichfrage allein darf die Stadt Berlin nicht abgeben, der Frage näher zu treten; für den hiesigen Teil derselben Linie war ja auch ursprünglich eine Hochbahn projektiert, da hat aber die Stadt sich bereit erklärt, die eventuellen Mehrkosten für eine Untergrundbahn zu übernehmen, was nachher nicht einmal erforderlich geworden ist. Steigt die Hochbahn Humboldtshain in einer Kampe aufwärts, so geht auch dem Hain dadurch viel von seinem Werte verloren. Es ist auch sehr fraglich geworden, ob die A. E. G. die Genehmigung bekommen wird, die Bahn als Hochbahn nach Reinickendorf weiterzuführen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, den früheren Beschluß aufrecht zu erhalten. Die Hausgraver scheiden für mich bei dieser Frage aus, aber die Bewohner und die Geldsäkwelt des Gesundbrunnens haben auch Anspruch auf Berücksichtigung. Wenn das Kammer bis auf 8 Meter an die Häuser herantritt, wo bleibt da Luft und Licht? Hätte man uns damals schon den Bahnhof Prinzenallee in dieser Form vorgeführt, nimmermehr hätte sich hier eine Weichfrage für den Bau durch die A. E. G. gefunden. Wie bitten also doch, dem Antrag sofort Holzgeben.

Stadtv. Dose (A. 2.): Die Ausschussberatung ist unmöglich. Der finanzielle Gesichtspunkt darf jedenfalls nicht übersehen werden. Bei der Anlage der Verkehrsbedürfnisse müssen öfter gewisse Opfer in finanzieller Beziehung gebracht werden. Ein Gemeinwesen wie Berlin muß auch portogroßen bleiben, wenn nicht wesentliche Umstände sich ändern; davon ist aber hier keine Rede.

Stadtv. Labowitz (A. 2.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Stadtv. Zbieme (Fr. Fr.): Der Bahnhof Prinzen-Allee bleibt nach den jähigen Plänen nur 7½ Meter von den Hausfronten entfernt; also auf 180 Meter Länge wird der Verkehr auf 5 Meter enger und wird Luft und Licht den Wohnungen und Geschäftshäusern unterbunden.

Stadtbaurat Krause: Wir haben bisher bei dem Bau der Hochbahn nicht die Erfahrung gemacht, daß wir billiger bauen als früher, im Gegenteil hat uns das neue Wasserrecht größtes Verdragen auferlegt. Die A. E. G. hat auch ihrerseits noch keine Nachprüfung des Projektes in dieser Richtung eintreten lassen.

Stadtv. Gassel (A. 2.): Der Antrag muß auch nach meiner Ansicht zunächst in einem Ausschuss vorbereitet werden; seine überstürzte Annahme würde die Erreichung des gemollten Zweckes nicht fördern, sondern hindern. Die Ausschussberatung wird nicht das geringste verzögern, denn ein endgültiger Beschluß kann ja doch erst im Herbst gefaßt werden. Doch die Leiter der A. E. G. erklärten, sie würden die Strecke als Untergrundbahn ohne jede Nebenleistung bauen, können wir nicht glauben; solche Gemütsmenschen sind das nicht. Den Magistrat hindert nichts, auch ohne unferer Beschluß sich mit der A. E. G. in Verbindung zu setzen.

Stadtv. Höfer (Fr. Fr.) beantragte nunmehr Ueberweisung an einen sofort vom Vorstand zu ernennenden Ausschuss. Von einer Ueberempfehlung könne nicht die Rede sein, da die Besprechung der Interessenten mit der A. E. G. erst vorgezogen statgefunden habe und der Antrag also nicht früher habe eingereicht werden können. Geheimrat Nathenau habe versichert, in lokaler Weise die Summe ermitteln zu lassen, welche für die Umwandlung notwendig wäre.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Herr Dose erklärte richtig, auch in der Schönhauser Allee habe man früher solche Beschwerden vorgetragen, und heute sei man dort ganz zufrieden. Dagegen muß ich Verwahrung einlegen. Das Straßenbild an der Christiania- und Pappelallee und Oberwalder Straße, wo fünf Straßen zusammenstoßen, ist geradezu unangenehm verschandelt worden, und ich fürchte, daß es an der Prinzenallee ebenso kommen wird, darum sollte die Sache nochmals erörtert werden.

Stadtv. Gassel: Auch bei der Schönhauser Allee hat hier eine sehr sorgfältige Beratung stattgefunden. Der Beschluß des Ausschusses durch den Vorstand muß ich durchaus widersprechen; dazu ist die Sache doch zu wichtig und andererseits auch keineswegs so eilig. Die Versammlung verweist schließlich den Antrag an einen Ausschuss, der durch die Abteilungen (also erst nach dem Bericht) gewählt werden soll.

Schluß gegen 8 Uhr.

## Soziales.

### Die erzwungene Ausgleichsquittung.

Mit einer prinzipiell überaus wichtigen Entscheidung, die das Wesen der vor dem Unanfechtbarkeit der Ausgleichsquittung im inneren berührt, führte die 7. Kammer unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Vertholdt die Frage zum Austrag, die der Hausdiener und Kellerarbeiter Lehmann gegen die Firma Antelmann Radf. (Deutsches Kolonialhaus) um 5 M. Restlohn angeklagt hatte.

Die Beklagte machte zweierlei als Klageeinwand geltend: zum ersten habe der Kläger ein Cessah durch sein Verschulden auszulassen lassen. Dadurch sei der Firma ein Schaden entstanden, der mehr denn zehnmal höher sei, als die einbehaltenen 5 M.; zum anderen legte die Beklagte eine Ausgleichsquittung des Klägers vor, in der dieser mit seiner Unterschrift in der üblichen Form bei seinem Dienstaustritt ausdrücklich anerkannt hatte, seine Ansprüche mehr an die Firma zu haben. Beide Einwände wurden von der Kammer verworfen. Wegen des vermeintlichen Schadens wurde die Beklagte auf den Weg der Billigkeit verwiesen, die Ausgleichsquittung wegen ihres merkwürdigen Zustandes nicht als bindend anerkannt. Die Beweisnahme und Zeugenvernehmungen ergaben nämlich folgenden Tatbestand: Ursprünglich sollten dem Kläger bei der letzten Lohnzahlung 13 M. für das ausgelassene Cessah abgezogen werden. Dagegen protestierte er aber energig, auch dann noch, als die Beklagte ihm ihre Ansprüche von 13 M. auf 5 M. ermäßigte. Schloß sich ihm gesagt worden: „Wenn Sie sich nicht 5 M. abgeben lassen, kriegen Sie gar kein Geld“; darauf habe er nochmals protestiert, aber, da er seinen lauer verdienten Lohn doch brauchte, den „Schein“ unterschrieben. Obgleich der Ausgang der Verhandlung nach Klärung der Sachlage kaum noch fraglich sein konnte, wurde der der Beklagten von der Kammer nahegelegte Vergleich — die Sitzung wurde sogar auf eine Viertelstunde unterbrochen, um dem Vertreter der Firma Gelegenheit zu geben, den Chef dafür telephonisch „genickt“ zu machen — abgelehnt bzw. mit 250 M. unterboten. Darauf erfolgte die Beurteilung der Beklagten zur Zahlung der geforderten 5 M. an den Kläger.

Wir haben schon wiederholt dargelegt, daß ein in einer Ausgleichsquittung enthaltener Verzicht mit § 2 des Lohnbeschlagsnahmes Gesetzes unvereinbar ist.

### Offener Wohnungspolitik in der Statistik.

Zu den Städten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in denen die Not an Kleinwohnungen sich seit Jahr und Tag ganz besonders fühlbar macht, gehört die „Musterwohnstadt“ Essen.

Als am 17. April in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung einbürgerliche Interpellation über die Wohnungsnot zur Sprache kam, redete der Oberbürgermeister sich mit waldig-tunierischen, aber nichtfolgenden Redensarten über die unbequeme Sache hinweg. Jammern mußte er zugeben, daß der Prozentfuß der leerstehenden Wohnungen bereits unter 1 Prozent gefallen sei, daß es besonders an kleinen Wohnungen fehle und deshalb mangelnd wert wäre, wenn zu den im Bau befindlichen tausend Wohnungen (einschließlich Werkkolonialen) noch 1000 bis 1500 hinzukämen, alsdann würde der Normalfuß von 3 Proz. erreicht sein. Damit war trotz aller Schönerfärberei doch das Essen Wohnungswesen in seiner ganzen Größe angegeben. Trotz dieses unwillkürlich eingetragenen Jammers, und obwohl keinerlei Ansichten für die Erstellung der fehlenden 1000 bis 1500 Wohnungen vorhanden waren, lehnte der Oberbürgermeister ein Eingreifen der Stadt ab, weil die private Bauwirtschaft nicht beinträchtigt werden dürfe.

Einen Monat später, am 18. Mai (Jahresbericht des Oberbürgermeisters) in einer Ansprache an die Mitglieder der Wohnungskommission des Landtags zu einer Rede über die glänzende und musterartige Wohnungspolitik Essens, wie sie selbstgefälliger kaum gedacht werden kann, auf, als ob mit einer an sich zehngemäßen Bauordnung und dem Bau schöner, praktischer Willen für die Bescheidenden und einer Anzahl Werkwohnungen das Wohnungswesen gelöst wäre.

Wie es in Wirklichkeit in Essen mit der Wohnungswesen für die breite Masse bestellt ist, zeigen die trockenen Zahlen des statistischen Vierteljahrsberichts für das erste Quartal 1914, der kürzlich herausgekommen ist. Im ersten Quartal waren ganze 44 Wohngebäude mit 158 Wohnungen im Bau gegen 69 und 241 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den in einer anderen Tabelle aufgeführten durch Neubau entstandenen 164 Wohnungen entfielen nur 19 auf gleichräumige, 37 auf dreiräumige und 30 auf vier- bis fünf- bis auf die größeren, darunter 6 auf zehn- und mehrräumige Wohnungen.

Die Tabelle über den hiesigen Wohnungsmangel belehrt uns, daß das Angebot an unmodernierten Wohnungen 802 betrug gegen 1174 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Nachfrage hingegen 2905 gegen 1440. Es wurden angeboten Einzimmerwohnungen 81, verlangt 99; Zweizimmerwohnungen 229, verlangt 166; Dreizimmerwohnungen 226, verlangt 654. Selbst bei den mehreräumigen Wohnungen überfließt die Nachfrage das Angebot erheblich. Bei alledem muß immer im Auge behalten werden, daß schon das Vorjahr mit nur 1,7 Proz. leerstehenden Wohnungen weit unter den Normalstand“ geraten war.

Der Oberbürgermeister hätte besser getan, dafür zu sorgen, daß statt seiner schönen Neben der statistische Bericht für das erste Vierteljahr der Wohnungskommission vorgelegt werde,



# Aus der Frauenbewegung.

„Vorwärts“ Nr. 171. — Freitag, den 26. Juni 1914.

## Die Frauen und der Staat.

Vor siebzig Jahren warf Robert Blum in seinen „Vaterlandsblättern“ die Frage auf: „Sollen die Frauen das Recht, an den Interessen des Staates teilzunehmen?“ Ein junges Mädchen aus bürgerlichen Kreisen beantwortete die Frage; sie schrieb: „Die Frauen haben nicht nur das Recht, sie haben die Pflicht, an den Interessen des Staates teilzunehmen.“ Damals erschien diese Antwort äußerst kühn. Sie wurde von einigen bewundert, von den meisten aber verurteilt. Würde heute die gleiche Frage in gleicher Weise beantwortet, so würde sie weder bewundert noch verurteilt werden. Würde man aber eine Umfrage veranstalten, welche Frauen es heute für ihre Pflicht halten, an den Interessen des Staates teilzunehmen, so würde man doch erklaunt sein, daß es in Deutschland noch unendlich viele Frauen gibt, die den Interessen des Staates gleichgültig gegenüberstehen.

Ein großer Teil der Schuld liegt bei den Männern, die die Politik als ihr eigenes Gebiet betrachten und die es den Frauen verwehren wollen, ihnen in dieses Gebiet zu folgen. Auch das hatte Luise Otto erkannt; als in Berlin ein Arbeiterkongreß stattfand, da fand sie zu ihrer großen Freude zum erstenmal in den Sitzungen die Bestimmung, daß die Frauen von den Forderungen nicht ausgeschlossen sein, sondern daß sie unter gleichen Pflichten gleiche Rechte wie die Männer genießen sollten. In einer Adresse an den Kongreß schrieb sie: „Arbeiter, Ihr habt die anderen Männer beschämt, die Männer der Wissenschaft, des Staates, des Geschäfts, welche niemals daran denken, daß neben ihnen noch eine große Zahl menschlicher Wesen existiert, welche auch zur Freiheit und Selbständigkeit geboren sind, ebenbürtige Wesen.“ Auch diese Tatsache hat sich seit Luise Ottos Tagen wenig geändert, denn es gibt wohl keinen Beruf, keinen Stand, der den Frauen so uneingeschränkt gleiche Rechte und Pflichten zugesteht wie die Arbeiterschaft. Überall sonst werden sie mehr oder weniger als Konkurrentinnen angesehen, die lästig sind und deren Leistungen geringer eingeschätzt werden als die der Männer. Die Folge davon ist eben, daß man die Frauen der Politik fern zu halten strebt, um zu verhindern, daß sie Einfluß auf die Gesetzgebung bekommen, die heute noch manche Ungerechtigkeiten gegen die Frauen enthält.

Daß es nicht nur das Recht, das es auch die Pflicht der Frauen ist, an den Interessen des Staates teilzunehmen, geht schon daraus hervor, daß ja die ganze Gesetzgebung ebenso im Interesse der Frauen wie der Männer liegt. Schon zur Zeit der französischen Revolution erklärte ein preussischer Junker und Staatsmann Th. von Hippel, daß es falsch wäre, die Frau bei allen öffentlichen Angelegenheiten für schwach und unermöglicht zu erklären, denn, sagte er, diese Schwäche hört auf, Schwäche zu sein, sobald von Verbrechen und Strafe die Rede ist. Dann werden beide Geschlechter mit dem gleichen Maß gemessen. Vor den Gerichtshöfen gibt es kein Unterscheiden zwischen Mann und Weib.“ Trifft die Frau also die ganze Verantwortung ihrer Taten, so ist es ungerichtet, wenn nur der Mann das Recht zur Verurteilung hat. An einer gerechten Justiz hat die Frau das gleiche Interesse, aber auch das gleiche Recht wie der Mann.

Das gleiche Interesse hat die Frau auch an der Finanzverwaltung. Der Staat fordert von der erwerbenden Frau die gleichen Steuern wie vom Manne. Die Frau hat aber nicht das Recht über die Verwendung dieser Steuern mitzubestimmen. Der größte Teil dieser Steuern wird nicht im Interesse der steuerzahlenden Frau verwendet, ja sogar häufig im gegenteiligen Interesse. Ein drastisches Beispiel dafür ist die Summe, die die Mehrheit des Reichstages zur Ausbildung von Hebammen bewilligte. Es hatte sich herausgestellt, daß ein großer Teil von Frauen ohne Hilfe von Hebammen entbinden müsse, und daß die Folgen für Wöchnerin und Kind gleich verhängnisvoll sind. Um dem Mangel an Hebammen abzuhelfen und um eine bessere Ausbildung zu ermöglichen, bewilligte die Mehrheit des Reichstages 100 000 M. Bald darauf erging an den Reichstag die Forderung, eine Summe zur Anschaffung von Remontepferden zu bewilligen. Die gleiche Mehrheit, die zur Ausbildung von Hebammen ganze 100 000 M. bewilligt hatte, bewilligte 16 Millionen für Remontepferde. Nur noch ein Beispiel: Niedrige Summen werden ausgegeben für militärische Zwecke, für Uniformen, für neue Regimenter, für Kanonen, für Kriegsschiffe und Luftschiffe. Die Frauen, von denen ja immer gesagt wird, daß sie da sind, um mitzulieben, nicht um mitzukämpfen, haben durchaus kein Interesse am mörderischen Krieg. Selbst wenn dieser Krieg zum Siege führt, sind viele von ihnen die Leidtragenden. Sie werden zu Witwen und Waisen und verlieren sehr häufig nicht nur den Gatten oder Sohn oder Vater, sondern auch den Ernährer. Da nicht der Krieg, sondern der Frieden im Interesse der Frauen liegt, ist es ihre Pflicht, an den Interessen des Staates teilzunehmen und dabei zu helfen, daß die Steuern, zu denen sie ihren Beitrag leisten, genau wie die Männer, mehr im Interesse der Frauen verwendet werden.

Es wird von den Frauen verlangt, daß sie möglichst viele Kinder zur Welt bringen; aber der Staat tut wenig genug, um ihnen die Mutterchaft zu erleichtern. Als die Forderung einer Mutterchaftsversicherung eingebracht wurde, auch da hat die Mehrheit des Reichstages selbst die bescheidenen Forderungen der Linken noch zumungunsten der Mütter abgeändert.

Es wird von den Frauen verlangt, daß sie möglichst viele Kinder zur Welt bringen; aber wie gering sind die Rechte, die den Müttern über ihre Kinder gesetzlich zustehen. Statt den Müttern die Möglichkeit zu geben, möglichst gute Erziehungsleiterinnen ihrer Kinder zu werden, wird in allen Schulgesetzen die weibliche Ausbildung gegenüber der männlichen vernachlässigt. Die Frauen, die Mütter haben keinen Einfluß bei der Schulgesetzgebung, die so wenig dazu tut, Mädchen zu guten Müttern zu erziehen. Die Mütter werden aber vom Staat gezwungen, ihre Kinder in Schulen zu schicken, auf deren Lehrplan sie keinerlei Einfluß haben. Auch die Schulpolitik sollte es den Frauen klar machen, daß es ihre Pflicht ist, an den Interessen des Staates teilzunehmen. Ebenso sollten die Frauen diese Pflicht in der Rechtfertigung erkennen, die die Gesetzgebung heute der unberufenen Mutter zuweist. Auch da hört die Schwäche der Frau plötzlich auf, Schwäche zu sein, denn in diesem Falle trifft der größte Teil der Verantwortung die Frau. Und nicht nur

das Mädchen, das Mutter wird, leidet unter der Rechtlosigkeit. Ebenso wird das uneheliche Kind davon schwer getroffen. Jede Frau, jede Mutter muß diese Ungerechtigkeit als ein Unrecht empfinden, das ihr selbst zugefügt wird, und auch daraus wieder den Schluß ziehen, daß es ihre Pflicht ist, an den Interessen des Staates teilzunehmen, um gegen die doppelte Moral anzukämpfen, die durch die heutige Gesetzgebung unterliegt wird.

Die Unzulänglichkeit unserer Kinderschutzgesetze tritt bei jeder Gelegenheit zutage. Diese ungenügenden Gesetze werden aber noch heute in vielen Fällen überschritten, und das Strafmaß für solche Ueberschreitungen ist gering. Wer aber hätte ein größeres Interesse an der Ausgestaltung aller Gesetze, die Gesundheit und Leben der Kinder schützen, die sie vor Mißhandlungen hüten, als die Mütter?

Je mehr die Frauen nachdenken, desto mehr werden die Frauen zu der Ueberzeugung kommen, daß es nicht nur ihr Recht, das es ihre Pflicht ist, an den Interessen des Staates teilzunehmen. Wenn sie aber weiter nachdenken, welche politische Partei sie in dieser Pflicht unterstützen kann, so wird sich ergeben, daß all die Spezialinteressen der Frauen heute schon von der Sozialdemokratie vertreten werden. Sie werden auch erkennen, daß es heute noch so ist, wie zu Luise Ottos Zeiten, daß auch heute die Arbeiter die Männer des Staates, der Wissenschaft, des Geschäfts beschämen, weil sie allein daran denken, daß die Frauen ihnen ebenbürtige, zu Freiheit und Selbständigkeit geborene Wesen sind, denen neben gleichen Pflichten gleiche Rechte zustehen.

## Die proletarische Frauenbewegung in Italien.

Trotz der Vorhölle, die Partei und Gewerkschaften in Italien in den letzten zehn Jahren gemacht haben, kann man noch nicht von einer irgendwie beachtenswerten proletarischen Frauenbewegung auf der Halbinsel sprechen.

Nicht, daß es der proletarischen Frauenbewegung in Italien an tapferen und ausdauernden Führerinnen gefehlt hätte. Seit Jahrzehnten hat die Genossin Anna Kulischoff kein Mittel unversucht gelassen, um die Arbeiterinnen um die Fahne unserer Partei zu führen. Argentinia Altobelli, die verdiente Sekretärin des Zentralverbandes der Landarbeiter, organisiert und arbeitet unermüdet und vertritt auch als Mitglied des Ausschusses des Reichsarbeitsamtes die Interessen der proletarischen Frau. Angelika Valabanoff, Linda Mainati, Maria Gioia und viele, viele andere wirken in der Presse, in den Versammlungen, in der politischen und wirtschaftlichen Organisation für die sozialistische Aufklärung des Proletariats.

Ueber die Zahl der in der Landwirtschaft und Industrie beschäftigten Frauen fehlen neuere Angaben, da die Ergebnisse der Volkszählung von 1911 über diese Frage noch nicht bekannt sind. Die Volkszählung von 1901 ergab 3,2 Millionen landwirtschaftlicher und 1 371 000 industrieller Arbeiterinnen, wobei 300 000 hausindustrielle Spinnerinnen und Weberinnen mit einbegriffen sind. Die erste Stelle nimmt die Textilindustrie ein, die außer den Heimarbeiterinnen 348 000 Frauen beschäftigt. Seitdem haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert und die Inanspruchnahme der weiblichen Arbeitskraft durch die Großindustrie hat gewaltige Fortschritte gemacht. Wenn trotzdem bei einem Organisationsstand von etwa 320 000 Mitgliedern die italienische Gewerkschaftszentrale, die Konföderation der Arbeiter, nur etwa 6 Proz. weiblicher Mitglieder zählt, so darf man nicht in der industriellen Rückständigkeit die alleinige Erklärung suchen. Daran ist vor allem die große Rückständigkeit der Arbeiterfrauen und die kleinbürgerliche Gedankenrichtung der Männer schuld. Die Arbeiterchaft sieht in der Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben eine große Unschicklichkeit, etwas Ungehöriges, das sie ablehnt. Trotzdem beginnt es auch in Italien zu regen.

So sind die Reichsarbeiterinnen, die alljährlich in der Zahl von 40 000 bis 50 000 die Jätung der Reichsfelder vornehmen, ein gut organisiertes Material, und haben die bestehenden Schutzgesetze zum großen Teil den eigenen Kämpfen zu danken. Auch die schnellen Verschiebungen in den Massen der städtischen Arbeiterschaft, die den einzelnen der Umgebung entziehen, in der er aufgewachsen ist, tragen zur Forderung der Sozialisten bei.

Wir sehen nun, daß die ersten Anfänge gemacht worden sind und auch in Italien ein neuer Geist in die Massen der Frauen einzieht. Der unermüdeten Arbeit der Frauen wird es gelingen, auch hier dem Sozialismus eine Gasse zu bahnen.

## Säuglingsfürsorge.

Mit dem Einsetzen der Hitzeperiode beginnt in jedem Jahre für viele Frauen eine Zeit der Sorge und Angst. Wenn in den Familien mit einigermassen auskömmlichen Lebensbedingungen sich alles auf die Sommermonate freut, auf das Wandern in der Natur, auf das Leben im Freien, und sei es auch nur in den Lounges, denken die jungen Mütter der schlechtestgestellten Schichten mit Frauen an die Gefahren, die der Sommer für ihre Kleinen im Gefolge hat. Jahre für Jahre erleben sie es, wie in den Häusern, die sie bewohnen, die Säuglinge in den heißen Monaten von Darmlantheiten befallen und oft genug unter qualvollen Leiden dahingerafft werden. Auf diese Weise gehen in Deutschland jährlich etwa 200 000 Kinder zugrunde, die ihren Eltern und der Allgemeinheit erhalten werden könnten, wenn sich die Säuglingssterblichkeit auf das praktisch erreichbare Minimum von 7 Prozent herabdrücken ließe. 200 000 Kinder im ersten Lebensjahre werden geopfert, weil ihre Eltern zu arm sind, um ihnen das zu geben, dessen sie bedürfen um den Einflüssen der Hitze widerstehen zu können: die Muttermilch, Luft und Reinlichkeit.

Daß die hohe Säuglingssterblichkeit in engem Zusammenhang mit der sozialen Lage der von ihr betroffenen Schichten steht, wird heute kaum noch von irgend einer Seite bestritten. Gewiß trägt in einzelnen Fällen auch die Unwissenheit und Nachlässigkeit der Mütter die Schuld, aber im großen und ganzen ist doch die wirtschaftliche Not der unteren Klassen dafür verantwortlich zu machen, daß so viele Kinder alljährlich dem Tode anheimfallen. Will man den Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit aufnehmen, so ist die erste Vorbedingung, die Mütter zum Selbsthalten ihrer Kinder zu veranlassen. Dazu ist in der Theorie jede, auch die ärmste Frau, in der Lage. Die Armut läßt auf die Selbstfähigkeit keinen nennenswerten Einfluß aus. Die Frage ist nur, wie in der Praxis die Mutter ihr Kind selbst nähren soll, wenn sie darauf angewiesen ist, so schnell als möglich Geld zu verdienen. Reichte der Lohn des Mannes schon vorher nicht zum Unterhalt der Familie, wieviel weniger dann, wenn sie wieder um ein Glied vergrößert ist und durch die notwendige Schonung der schwangeren Frau sowie durch die Geburt und die mit ihr verbundenen Anschaffungen die Einnahmen aufgebraucht wurden oder gar ein Defizit in der Haushaltungsbudget entstand. Die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit kurz nach der Geburt ist für die Frauen schlecht entlohnter Arbeiter eine Notwendigkeit, der sie sich nicht entziehen können, wenn ihnen nicht aus öffentlichen Mitteln zum mindesten ein Teil des Lohnausfalles ersetzt wird.

In einigen amerikanischen Staaten ist man dazu übergegangen, durch das Gesetz sogenannte Mutterpensionen einzuführen, das heißt, alleinstehenden Frauen (Witwen, Eheverlassenen und Frauen, deren Männer Gefängnisstrafen verbüßen) regelmäßig bis zur Erwerbsfähigkeit der Kinder gewisse Summen anzuzahlen, die sich mit steigender Kinderzahl erhöhen. Vorbedingung ist dabei, daß die Mutter keinem außerhäuslichen Erwerb nachgeht und sich um Erziehung und Aufsicht der Kinder bekümmert. Diese Unterstützung kommt den dauernd oder zeitweise alleinstehenden Frauen zugute, und es wäre zu wünschen, daß auch in Deutschland ähnliche Gesetze geschaffen würden. Aber so wertvoll diese Hilfe auch wäre, so genügt sie doch bei weitem nicht, denn alle die gehen leer aus, deren Männer zwar erwerbstätig sind, deren Einkommen aber nicht ausreicht, um den Unterhalt der Familie ganz zu bestreiten.

Hier hat in manchen Orten die kommunale Fürsorgetätigkeit eingesetzt, und was sie zu leisten vermag, davon geben die Magdeburger und Breslauer Berichte ein anschauliches Bild. In Breslau war es möglich, die Säuglingssterblichkeit von 22,7 Proz. auf 15,4 Proz. herabzudrücken. (In Berlin beträgt sie in den Arbeitervierteln 42 Proz.) In Breslau wie in Magdeburg werden Stillprämiën von 1,50—2 M. pro Woche an selbststillende Mütter gewährt, außerdem liefert Breslau für 12 Pf. pro Tag eine nach ärztlichen Angaben bereitete Säuglingsnahrung für die Kinder, die neben der Muttermilch noch andere Nahrung brauchen, oder die nicht von ihren Müttern gestillt werden können; und in Magdeburg erhalten Mütter oder Pflegemütter von Kindern, denen aus triftigen Gründen die natürliche Nahrung nicht gegeben werden kann, einen Ausweis, der sie berechtigt, besondere Kindermilch zum Marktpreise gewöhnlicher Milch zu beziehen. Die Mehrkosten trägt sowohl in Breslau wie in Magdeburg die Stadt. In Breslau erstreckt sich die Fürsorge auf Familien mit weniger als 2000 M. Einkommen.

In Berlin dagegen werden Familien mit einem wöchentlichen Einkommen von 30—35 M., das sind 1500—1820 M. im Jahre, wie Genossin Behl in ihrer Broschüre „Die Frau und die Gemeindepolitik“ berichtet, meist zurückgewiesen, wenn sie sich an die Säuglingsfürsorgestellen um Unterstützung wenden. Die Stillprämiën sind in Berlin ebenfalls zu niedrig, sie betragen 1—1,75 M. wöchentlich, nur in den seltensten Fällen 3 M. So müssen die außerhäuslich erwerbstätigen Frauen darauf verzichten, bei ihren Kindern zu bleiben und die Säuglinge erhalten infolge dessen statt der Muttermilch im besten Falle die Flasche, weit öfter aber wohl irgendwelchen untauglichen Ersatz. Berlin bleibt also hinter anderen Städten in bezug auf die Säuglingsfürsorge erheblich zurück, während doch die Reichshauptstadt auf dem Gebiete der Fürsorgebestrebungen an der Spitze stehen sollte.

Mit der sorgfältigen Beobachtung der Ernährung allein ist aber noch nicht alles geschehen, um die Gefahren von den Kindern abzuwenden, wenn auch die Brustkinder den Einflüssen der Hitze besser widerstehen als Flaschenkinder. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Kinder in luftigen, sauberen Räumen untergebracht sind, und hier beginnt erst die eigentliche Schwierigkeit. Wie will man es fertigbringen, daß den dumpfen Wohnungen, die man richtiger mit dem Namen „Spekulan“ bezeichnet, frische Luft zugeführt wird? Selbst wenn die Fenster geöffnet werden und Gegenzug hergestellt wird, was in den meisten Fällen in den Hofwohnungen nicht einmal möglich ist, dringt in die Wohnungen statt reiner Luft ein mit ablen Gerüchen erfüllter heißer Dunst, kaum daß einmal am Abend eine Abkühlung eintritt.

Aber es bleibt noch eine Möglichkeit, den Kindern erwerbstätiger Mütter Aussicht und entsprechende Pflege zu gewähren. Die Stadt müßte in den Arbeitervierteln eine große Anzahl von hygienisch einwandfreien Kinderkrippen bereitstellen, in denen die Säuglinge bis zum Abend bleiben und versorgt würden. Diese Krippen müßten vor Fabrikbeginn geöffnet werden und allen Familien offenstehen, die nicht über geeignete Wohnungen verfügen und in denen die Mütter miterwerben müssen. Die Stadt hätte dafür erhebliche Mittel bereitzustellen, so daß wirklich alle Unbemittelten die Einrichtung benutzen könnten.

Wenn auch selbstverständlich die Versorgung der Kinder mit guter Flaschenmilch in solchen Krippen die mütterliche Nahrung nicht ersetzen kann, so ist doch die Wartung durch geschulte Kräfte und die Unterbringung in gut ventilierten Räumen sicher geeignet, die Sterblichkeitsziffer herabzudrücken. Daß die Aufklärungsarbeit unter den Frauen der unbemittelten Schichten nebenher fortgesetzt werden muß, bedarf keiner besonderen Betonung. Selbst da, wo es nur unter Opfern möglich ist, daß die Mutter einige Monate hindurch sich der Pflege des Kindes widmet, sollte es geschehen in dem Bewußtsein, daß diese Pflichterfüllung tausendfältige Früchte tragen wird. Leider muß aber unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen damit gerechnet werden, daß in immer steigender Zahl verheiratete Frauen einen Beruf ausüben und gleich nach der Geburt der Kinder wieder die Erwerbsarbeit aufnehmen müssen. Für diese Mütter müssen Staat und Kommune eintreten und versuchen, durch eine großzügige Fürsorge die Gefahren einzudämmen, die den Säuglingen von der Sommerhitze drohen.

## Der gesetzliche Normalarbeitstag.

Die gesetzliche Arbeitszeit der erwachsenen Frauen schwankt in den einzelnen Staaten zwischen zehn und zwölf Stunden täglich. In Deutschland, Großbritannien, Griechenland, Holland und der Schweiz sieht die Gesetzgebung für den Tag vor Sonn- und Feiertagen eine kürzere Arbeitszeit vor. Auf Grund der Berner Konvention, die bisher von elf Staaten ratifiziert wurde, ist die Nachtarbeit der Frauen in allen Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten verboten. Als Maximalarbeitszeit für Frauen ist festgesetzt: in Deutschland und Griechenland 10 Stunden (an Tagen vor Sonn- und Feiertagen 8 Stunden), in Österreich 11 Stunden, Vereinigte Staaten 8 bis 12 Stunden, Großbritannien 12 Stunden, beziehungsweise 60 Stunden in der Woche (in der Textilindustrie 55 1/2 Stunden), in Bulgarien, Frankreich, Holland, Rumänien 10 Stunden, in Japan, Norwegen 12 Stunden, in Rußland 11 Stunden, in der Schweiz 11 Stunden (9 Stunden am Samstag), in Serbien 10 Stunden, dagegen im Handel 12 Stunden. Die Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter ist nur in einigen Staaten gesetzlich beschränkt, und zwar in Österreich und in der Schweiz (auf 11 Stunden täglich), Rußland (11) und in Frankreich (12 Stunden).

## Zur Agitation.

Warum sind wir arm? Eine eindringliche Frage an alle Arbeiterinnen. Mit diesem Titel ist soeben eine kleine wirkungsvolle geschriebene Broschüre aus der Feder der Genossin Luise Zieg erschienen, die zur Aufklärung in den Kreisen der Frauen und Mädchen recht gute Dienste leisten wird. Der Preis beträgt 10 Pf. Eine Ausgabe ohne Umschlag wird den Organisationen zu ganz billigen Preis vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW, 68, geliefert.



Öffentliche politische Versammlungen.

# Sechster Wahlkreis.

Heute Freitag, 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 47/49:

## Öffentliche politische Versammlung.

Tagesordnung:

### Klassenstaat und Monarchie.

Referent:

Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour.**

Diskussion.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen!

228/15\*

Der Einberufer: Friedrich Schäffer, Panitzstr. 65.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Montag, den 29. Juni, abends 8 Uhr:

### General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.

Tagesordnung:

1. Diskussion vom Verbandstage. 2. Wahl der Prekominmission. 3. Wahl des Gewerkschaftsvorstandes. 4. Bericht vom Gewerkschaftskongress.

### Achtung! Bibliothek. Achtung!

Dieselbe bleibt wegen Inventur einige Zeit geschlossen. Die Kollegen werden ersucht, die Bibliotheksbücher einzuliefern.

Die Verwaltungssitzung am Freitag, den 26. Juni 1914, fällt aus.

89/13

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 28. Juni 1914, vormittags 10 Uhr:

### Branchen-Versammlung der Kesselschmiede

im Lokal von Haberland, Linienstraße 73.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Jacob über: „Die gelben Werkvereine.“  
2. Diskussion.  
3. Branchenanangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonntag, den 28. Juni 1914, vormittags 10 Uhr:

### Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen

in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 17/18, großer Saal.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen M. Schütte.  
2. Diskussion.  
3. Neuwahl von 2 Kommissionsmitgliedern.  
4. Branchenanangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Maschinenführer, sowie alle in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen, an Drehbänken und Zirkelwerken Beschäftigten, sowie alle an Maschinen tätigen Arbeiterinnen freundlichst eingeladen und ersuchen wir regen Besuch. — Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß die Mitgliedskarte in der Versammlung abgefordert werden und zu diesem Zwecke mitzubringen sind. (121/1) Die Ortsverwaltung.

## Das Möbel-Magazin

# Otto Piehl

Berlin

Brandenburgerstr. 120

Bunte Küche von 48 Mark an

Engl. Schlafzimmer v. 295 M.

Kompl. Wohnungseinrichtung schon v. 230 Mark an

Brandenburgerstr. 120

Spieleszimmer v. 320 M.

Wohnzimmer von 235 Mark an

Garnitur v. 100 bis 350 Mark

Schlaf-Sofa v. 75-120 Mark

ist ein reguläres Möbel-Magazin, das aber trotzdem jedem kulant Kredit gewährt!

An den billigsten kalkulierten Kassapreisen ändert die Teilzahlung nichts!

## Invaliden-Unterstützungskasse der Steindruckere u. Lithographen.

Am Freitag, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, im großen Saal:

### Ordentliche General-Versammlung pro 1914.

zu welcher sämtliche Herren Vertreter dieser Kasse hiermit ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht pro 1913 und Abnahme der Jahresrechnung. 2. Neuwahl für den Vorstand (8 § 8 und 9 des Statuts). 3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres (8 § 20 des Statuts). 4. Verschiedenes.  
Berlin, den 25. Juni 1914. 25006  
Der Vorstand.  
H. K.: A. Schütz, Vorsitzender.

## Orts-Krankenkasse der Klempner.

### Bekanntmachung.

Die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten im Ausschuss werden hiermit zu der am Freitag, den 3. Juli 1914, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal V, stattfindenden

### Ausschußsitzung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Beratung und Beschlußfassung über eine Krankenordnung für unsere Kasse.  
2. Beratung und Beschlußfassung über eine Dienstordnung für die Angestellten unserer Kasse.  
3. Bewilligung der Kosten für Teilnahme an der 21. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen.  
Der Vorstand.  
H. K.: Joseph Hartmann.

## Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick.

Gemäß § 98 Abs. 2 der Krankenversicherungsgesetz vom 28. April 1914 mit Genehmigung des Versicherungsamts Köpenick vom 12. Mai 1914 für die erkrankten Mitglieder eine neue Krankenordnung erlassen, welche am 1. Juli 1914 in Kraft tritt.

Druckereemplare der neuen Krankenordnung sind vom 1. Juli ab im Kassenlokal zu haben. Die vom 1. Januar d. J. erlassene Krankenordnung tritt mit dem gleichen Termin außer Wirkung. 275/10  
Köpenick, den 24. Juni 1914.  
Der Vorstand.  
Otto Nickel, Vorsitzender.

## Allgemeine Orts-Krankenkasse für den Stadtbez. Köpenick.

Auf Grund des § 103 der Krankenversicherungsgesetz vom 28. April 1914 mit Genehmigung des Versicherungsamts Köpenick vom 12. Mai 1914 für die erkrankten Mitglieder eine neue Krankenordnung erlassen, welche am 1. Juli 1914 in Kraft tritt.

Druckereemplare der neuen Krankenordnung sind vom 1. Juli ab im Kassenlokal zu haben. Die vom 1. Januar d. J. erlassene Krankenordnung tritt mit dem gleichen Termin außer Wirkung. 275/10  
Köpenick, den 24. Juni 1914.  
Der Vorstand.  
Otto Nickel, Vorsitzender.

## Allgemeine Orts-Krankenkasse für den Stadtbez. Köpenick.

Auf Grund des § 103 der Krankenversicherungsgesetz vom 28. April 1914 mit Genehmigung des Versicherungsamts Köpenick vom 12. Mai 1914 für die erkrankten Mitglieder eine neue Krankenordnung erlassen, welche am 1. Juli 1914 in Kraft tritt.

Druckereemplare der neuen Krankenordnung sind vom 1. Juli ab im Kassenlokal zu haben. Die vom 1. Januar d. J. erlassene Krankenordnung tritt mit dem gleichen Termin außer Wirkung. 275/10  
Köpenick, den 24. Juni 1914.  
Der Vorstand.  
Otto Nickel, Vorsitzender.

## Allgemeine Orts-Krankenkasse für den Stadtbez. Köpenick.

Auf Grund des § 103 der Krankenversicherungsgesetz vom 28. April 1914 mit Genehmigung des Versicherungsamts Köpenick vom 12. Mai 1914 für die erkrankten Mitglieder eine neue Krankenordnung erlassen, welche am 1. Juli 1914 in Kraft tritt.

Druckereemplare der neuen Krankenordnung sind vom 1. Juli ab im Kassenlokal zu haben. Die vom 1. Januar d. J. erlassene Krankenordnung tritt mit dem gleichen Termin außer Wirkung. 275/10  
Köpenick, den 24. Juni 1914.  
Der Vorstand.  
Otto Nickel, Vorsitzender.



## Todes-Anzeigen

**Verband der Lithographen, Steindruckere u. verwandten Berufe (Deutscher Senefelder-Bund).**  
Am 23. Juni verstarb unser Mitglied, der Steindrucker

**Lorenz Bösel**  
im Alter von 57 Jahren an Nierenentzündung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Treptow statt.  
Um recht rege Beteiligung ersucht  
Die Verwaltung der Filiale I.

**Deutscher Buchhändler-Verband. (Zahlstelle Berlin.)**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Kollegin

**Emma Hell**  
plötzlich gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhofe in Ahrensfelde statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
24/3 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Groß-Berlin.  
Am 23. Juni verstarb unser Mitglied

**Julius Wittke.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes, Reinickendorfer-Best., Blankenburgerstr. 57/3, aus statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Lithographen, Steindruckere u. verwandten Berufe (Deutscher Senefelder-Bund).**  
Am 23. Juni verstarb unser Mitglied, der Lithograph

**Eugen Fritzsche**  
im Alter von 50 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 26. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Curmans-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Verwaltung der Filiale III.

Am 23. Juni, abends 6 Uhr, verstarb mein lieber Mann und guter Vater

**Richard Birth.**  
Dieses zeigen tiefbetrübt an  
Die trauernde Witwe und Kinder.  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem St. Nikolai-Kirchhof, Prenzlauer Allee, statt. 25076

## Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

**Gustav Schmidt**  
von der 24. Revierinspektion der städtischen Gaswerke.  
Ehre seinem Andenken!  
Beerdigung heute Freitag, den 26. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Johannis-Kirchhofes in Köpenick aus.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Schlosser

**Hermann Stempel**  
Johannstr. 54, am 18. d. M. am Gehirnschlag gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Ferner wird unser Mitglied, der Uhrmacher

**Joh. Clauer**  
Schönhafer Str. 21, am 23. Juni an Lungenleiden.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Biondi-Kirchhofes in Norden ab aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
120/20 Die Ortsverwaltung.

**Danksagung.**  
Allen, welche sich an der Beerdigung meines lieben Mannes

**Julius Grewe**  
beteiligt haben, sage ich meinen herzlichsten Dank.  
**Helene Grewe.**

**Danksagung.**  
Allen, die sich an der Beerdigung meines lieben Mannes

**Richard Ressel**  
beteiligt haben, sage ich meinen herzlichsten Dank.  
**Wm. Alma Ressel.**

**Danksagung.**  
Allen, welche sich an der Beerdigung unserer lieben Tochter

**Trudechen**  
beteiligt haben, sagen wir unseren herzlichsten Dank.  
**W. Väter und Frau.**

**Danksagung.**  
Für die mir bei der Trauerfeier meines innigst geliebten Mannes erwiesene Teilnahme und Kranzspenden spreche ich allen Freunden und Bekannten sowie allen Vereinen, insbesondere dem Reiner Herrn Behminger für die kostbaren Worte im Namen aller Hinterbliebenen meinen innigsten Dank aus. 27/97  
**Witwe Antonie Zuchelt geb. Schenk.**

## Spezialarzt

für Horn-, Haut-, Frauen-, Beinleiden etc. Heilung der akuten Gonorrhoe in wenig Tagen durch Spezialmethode, Syphilis, schmerzlose Schnellkur ohne Berufshinderung. 251/10

**Dr. Stoffels, Leipziger Str. 102.**  
Ecke Friedrichstr. Spr. 1202 u. 67.

## Spezialarzt

**Dr. med. Wockenfuß,**  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Horn-, u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. Spr. vorm. 10-8 ab., Sonnt. 9-10

## Knaben-Waschanzüge

Rosen und Blusen Stoff- u. Sammgarn-Anzüge außerordentlich billig direkt in der Fabrik  
**Bertha Prössel**  
50 Andreasstr. 50, I. Etage.  
Rein Waden.

## 20000 Aerzte

empfehlen und verordnen  
Vollnahrung für Magen- und Darmkrankheiten, Blutarmerie, Blutschwäche, Jüngerkrankheiten, Bismutnerven und Nervenwurzeln. Kein anderes Nahrungsmittel übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert, Verdaulichkeit und Schnelligkeit, einfacher Zubereitung.

## Dr. A. J. Weil's Hafermark

Von nur allerbestem, gereinigtem Hafer hergestellt, ist Dr. A. J. Weil's Hafermark selbstverständlich auch ein vorzügliches Blut- und Nahrungsmittel für jeden Alters.

Gebrauchsvorschrift auf den Packeten.  
Originalpaket = 1 PM. 40 Pf.  
**General-Depot:**  
D. Mader, Prinzstr. 86.  
Zu haben in den Filialen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

## Radjahretarten Wanderkarten

hält stets vorrätig  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69 (Caden)

## Wasche mit Henkel's Bleich-Soda.

beste Stoffe, schick Schnitt  
In Verarbeitung, pa. Zutaten  
**enorm billig.**  
**E. Sommermeier**  
Schönhauser Allee 136  
Tel. Norden 2105.

## Maßschneiderei eleg. Herrenmoden

beste Stoffe, schick Schnitt  
In Verarbeitung, pa. Zutaten  
**enorm billig.**  
**E. Sommermeier**  
Schönhauser Allee 136  
Tel. Norden 2105.



Der Berliner Magistrat gegen eine Einschränkung des Koalitionsrechts.

Alle reaktionären Elemente haben sich zusammengefunden zu einer tölpeligen Hege gegen die Gewerkschaften. Der bürgerliche Blätterwald hebt unaufrichtig vor Entrüstung über den „Terrorismus“ organisierter Arbeiter. Die Unternehmerorganisationen erheben fast in Resolutionen und Petitionen, die sie gegen die Gewerkschaften beschließen, die Handelskammern fertigen gelehrte Gutachten über den mangelhaften Schutz der geliebten Arbeitswilligen an, der Hansjakob tobt auch mit, in den Parlamenten interpellieren die Scharmacher die Regierungen, ob es nun nicht bald gegen die Arbeiterverbände los geht, die Polizisten häufen mit hinreichender Trabouir einzelne Streikposten auf ganz menschenleeren Straßen als Verkehrsbehinderung, Jagow sammelt belästigendes Material und die Richter überdieten sich in grausamen Schandurteilen gegen Streikhändler.

Der Berliner Polizeibehörde sammelte nicht nur Material, er hat auch, wie bekannt, Verordnungen gegen die Gewerkschaften erlassen. Die Durchführung dieser Maßnahmen führte zu einigen bedauerlichen Tumulten, die natürlich der reaktionären Meute einen willkommenen Anlaß zu einer verstärkten Auflage ihres gebäffigen Gelläufes boten. Einige Tumultuanten, durchweg jüngere Arbeiter, wurden erwischt und mit brutal hohen Strafen belegt.

In dieser Situation ergreift der Magistrat der Igl. Haupt- und Residenzstadt das Wort und nimmt sich mannhaft der vergewaltigten Arbeiter an. In einer Eingabe an den Monarchen weist er in ernster und eindringlicher Form darauf hin, daß durch Gewaltmaßnahmen und Ausnahmefetze gegen die Arbeiterorganisationen das allgemeine und das staatliche Wohl nie und nimmer gefördert werden können. Geradezu goldene Worte eines selbstbewußten und freiheitlichen Bürgerstimm findet der Berliner Magistrat in dieser Eingabe, indem er ausführt:

„Es ist ein ausgemachter Satz, daß die empfindliche Seite der menschlichen Freiheitsliebe auch in staatspolitischer Hinsicht so wenig wie möglich berührt und — noch weniger, wenn jugendliche Auswülfung die Handlungen unerfahrener Individuen leiten, wenn Leichtsinns, Unüberlegtheit und ein durch vernachlässigte Erziehung verbliebener Mangel richtiger Grundsätze dabei obwalten — ohne Gefahr nachteiliger Folgen öffentlich angetastet werden darf.“

Das sind prächtige Worte, die man in großen Lettern drucken und in allen Geheimratsstuben und Ministerzimmern anbringen sollte. Denn wie Himmelweit ist doch gerade die preussische Regierungswelt von der einfachen Logik entfernt, daß Rücksicht auf die menschliche Freiheitsliebe ein Gebot staatspolitischer Klugheit ist.

Der Berliner Magistrat hat sich durch das Terrorismusgeschrei nämlich der erwähnten Tumulte erstreckterweise nicht beeinflussen lassen. Er weist im Gegenteil mit erfrischender Deutlichkeit darauf hin, daß diese Unruhen lediglich eine Folge der polizeilichen Provokationen waren und fährt in der Eingabe fort:

„Dies beweist überzeugend der erwähnte Fall und neuerliche Aufträge... der allernächste Bloß durch die aufgezwungene Verordnung entstanden ist und der eine Menge — gewiß größtenteils nicht moralisch böser, sondern nur leichtsinniger, nach ihren beschränkten Einsichten in dem Gefühl ihrer Jugendkraft und ihrer Verneinung... Ehr- und Freiheitsrechte hundelediger — Jünglinge in harte Strafe gebracht und zur Kränkung ihrer Eltern vielleicht auf die ganze Zeit ihres Lebens ins Unglück gestürzt hat.“

Es gehört gewiß Mut, sehr viel Mut für die Behörde der größten deutschen Stadt dazu, sich der tobenden Meute, die nach Ausnahmefetzen schreit, so mannhaft entgegenzusetzen und der Regierung so unabweisend den Vorwurf der Provokation ins Gesicht zu schleudern. Wenn der Bürgermeister und die Räte der Stadt Berlin, die diese zeitgemäße Eingabe verfaßten und unterzeichneten, damit unterm heutigen Kurs auch wahrheitsgemäß die Anwartschaft auf Regierungsgunst und Orden ein für allemal verscherzten, so dürfen sie sich doch reichlich entschädigt fühlen durch das Vertrauen und den Dank der Arbeiterschaft.

Ja, aber wie wird uns denn! Der Berliner Magistrat als kühner Streiter gegen die Regierung im Kampfe für das Recht der „menschlichen Freiheitsliebe“ auch bei Arbeitern? Das Unmögliche, sollte es zum Ereignis geworden sein?

„Ach — der ahnungsvolle Leser hat natürlich längst etwas gemerkt und ist vorbereitet auf unsere Aufklärung: Selbstverständlich werde man beim Berliner Magistrat vergeblich nach jebiler Mut und heiligheligen Bürgerstimm und Objektivität gegenüber wirtschaftlichen Klassenkämpfen suchen, aber so hätte er reden müssen, wenn...“

Gänzlich falsch geraten, lieber Leser! Die Eingabe ist keine erbitterte Hinte, sondern echt und genau so ist der Wortlaut und der Inhalt, wie hier dargestellt. Nur daß die Sache so um etwas mehr als hundert Jahre zurückliegt. Es war um die Wende vom 18. ins 19. Jahrhundert, das alte zünftige Handwerk lag schon halb im Sterben und damit war auch der einstmalige so mächtige Gesellenorganisation die Lebensmöglichkeit untergraben. In dieser Zeit ging die preussische Regierung daran, die alten kampflustigen Gesellenverbände in staatlich konzessionierte und ständig überwachte Unternehmungsklassen umzuwandeln. War auch die Kraft der Gesellenverbindungen infolge der wirtschaftlichen Umwälzungen bereits geschwunden, so ließen sie sich doch diesen Anschlag nicht ruhig gefallen. In Berlin war es zu erheblichen Unruhen bei den Schmiedegesellen gekommen, bei denen man zunächst das neue Reglement ausprobieren wollte. Und nun wandte sich Bürgermeister und Rat der Stadt Berlin in der erwähnten Eingabe, die vom 24. Dezember 1801 datiert ist, an den König, um die Regierung zu veranlassen, von den Anschlägen auf das Koalitionsrecht zurückzutreten. Zunächst steckte die Regierung, nachdem auch von anderen Behörden beachtet wurde, daß die Durchführung des Reglements Unruhen nach sich ziehen würde, einen Pflock zurück. Womit dann allerdings auch nur erreicht war, daß die endgültige Verkrümmung des Koalitionsrechts um einige Jahre verschoben wurde.

Diese Angelegenheit ist überaus zeitgemäß, denn auch damals ging die Kampagne unter der Devise: Dämpfung der „Mißbräuche“ der Handwerksgefellensverbindungen. Heute schreibt die ganze Reaktion über die „Auswülfen“ des Koalitionsrechts und die Regierung brüht genau wie damals über Anschläge gegen die Gewerkschaften. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht in allen Einzelheiten. Einem Magistrat, der den Koalitionsräubern in den Arm schlägt, die Regierung auf das Provokatorische ihrer Maßnahmen aufmerksam macht und warme Worte der Verteidigung findet für solche unbesonnenen Arbeiter, die sich durch die behördlichen Provokationen zu Tumulten hinreißen lassen, einen solchen Magistrat gibt es in Berlin nicht mehr.

Denn inzwischen ist der Kommunalfreistimm erfunden worden.

Parteiangelegenheiten.

Dritter Kreis. Am Dienstag, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Ostler Cohn über: Der unabhängige preussische Richter. Als zweiter Punkt Kreisangelegenheiten.

Sechster Wahlkreis.

Genosse Lebehour wird in einer Reihe von Referaten, mit anschließender Diskussion, die gegenwärtige gespannte politische Lage, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Reichstagsession zur Erörterung bringen. Es sind angesetzt: Freitag, den 26. Juni, im Stadttheater Moabit: Massenstaat und Monarchie. Dienstag, den 30. Juni, im Prater-Theater: Der Charlottenburger Denkmalsprozeß und Klassenstaatliche Rechtspflege. Dienstag, den 7. Juli, in Ballschmieders Kastanienwäldchen: Imperialismus und Kolonialpolitik. Dienstag, den 14. Juli, in den Pharus-Sälen: Der Kampf gegen den Militarismus.

Dienstag, den 30. Juni, im Prater-Theater: Der Charlottenburger Denkmalsprozeß und Klassenstaatliche Rechtspflege.

Dienstag, den 7. Juli, in Ballschmieders Kastanienwäldchen: Imperialismus und Kolonialpolitik.

Dienstag, den 14. Juli, in den Pharus-Sälen: Der Kampf gegen den Militarismus.

Neufölln. Die Bücher der Wahlvereinsbibliothek sind der Inventur halber bis zum 30. Juni zurückzubringen.

Wahlfeld. Heute Freitag, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Wahrendorf, Bälchir. 7: 2. Kurzdorvorrag: Einführung in Goethes Faust, II. Teil. Erläuterungen und Rezitationen.

Verners. Am Sonnabend, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung bei Franz Salzmans, Badstr. 10. Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung. Parteiangelegenheiten.

Am Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet in Ruhlsdorf eine öffentliche Versammlung statt. Der Radfahrerverein und die radfahrenden Parteigenossen treffen sich hierzu bei Temmler, Wallstr. 3. Abfahrt pünktlich 1 Uhr.

Klosterstraße u. Ring. Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet auf dem Grundstück der Frau Emma Schrinner in der Straße nach Brenden zu, eine öffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel statt. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen.

Berliner Nachrichten.

Hochbahn oder Untergrundbahn?

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern in ihrer letzten Sitzung vor den Sommerferien noch reichlich zu tun. Unter den Beratungsgegenständen waren mehrere, die eine schleunige Erledigung heischen. Drei Anträge, die von Stadtverordneten eingebracht worden waren, erregten besonderes Interesse. In der Debatte über den Antrag, der für die Schnellbahn Gesundbrunnen-Neufölln forderte, sie auch im Stadteil Gesundbrunnen doch noch als Untergrundbahn auszuführen, kam es noch einmal zur Aufrollung der alten Streitfrage „Hochbahn oder Untergrundbahn“.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, den Besuch der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig durch Vergabe von Geldmitteln aus dem Stadtsäckel auch Arbeitern zu ermöglichen. In der vorigen Sitzung war von freisinniger Seite die Dringlichkeit dieses Antrages bestritten worden, so daß er erst gestern beraten werden konnte. Genosse Leid führte aus, daß die Gemeinde, wenn sie Gewerbe und Industrie fördern will, auch das Bildungsmittel des Besuches von Ausstellungen den Arbeitern zugänglich machen muß. Stadtverordneter Ulfstein wollte das nicht so allgemein gelten lassen und hielt die „Konsequenzen“ für „bedenklich“, doch war er „geneigt“, in diesem Falle eine „Ausnahme“ zuzulassen. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen, nachdem für den Magistrat der Stadtrat Doflein eine wohlwollende Erklärung abgegeben und eventuelle Erledigung bis September zugesagt hatte.

Gegen die im „Vorwärts“ bereits geschilderte Verfestung des Friedrichshain-Viertels durch eine Hebeverwertungsanlage der Brauerei „Friedrichshain“ richtete sich ein von freisinnigen eingebrachter Antrag, der den Magistrat zu Abwehrmaßnahmen aufrief. Stadtverordneter Krauer beklagte, daß trotz der Bemühungen verschiedener Behörden und des Eingreifens auch der Polizei bisher nichts erreicht worden sei. Oberbürgermeister Wernuth konnte mitteilen, daß soeben das Polizeipräsidium energische Schritte in Aussicht gestellt hat und die erwünschte Abhilfe nötigenfalls durch ein Vertriebsverbot erzwingen will. In der weiteren Debatte sprach Genosse Wurm seine Verwunderung darüber aus, wie lange hier auf einen Erfolg polizeilichen Eingreifens gewartet werden muß, anders als z. B. bei Versammlungen Jugendlicher, mit denen die Polizei sehr viel rascher fertig zu werden versteht. Durch die Erklärung des Oberbürgermeisters war der Antrag erledigt, so daß er zurückgezogen wurde.

Für die Schnellbahn Gesundbrunnen-Neufölln, deren Bau durch die A. E. G. schon begonnen worden ist, kam der Antrag, auch dem Gesundbrunnen noch die Ausführung einer Untergrundbahn zu erwirken, eigentlich ein bißchen spät. Auf die Begründung durch Stadtv. Goeroldt erwiderte Stadtbaurat Krause, das Projekt sei ja in allen Einzelheiten längst genehmigt, eine nachträgliche Änderung werde, wenn überhaupt, nicht ohne schweres Opfer für die Stadt zu erreichen sein. Die Antragsteller halten die Hindernisse für nicht unüberwindlich und versprechen sich noch jetzt Erfolg von neuen Verhandlungen zwischen Magistrat und A. E. G. Auch unsere Genossen Hinke und Hoffmann unterstützen diese Forderung. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen.

Mit dem Bau eines zweiten Ledigenheims in Berlin in der Schönstedtsstraße am Brunnenplatz ist begonnen worden.

Kinderarbeit im königlichen Park zu Sanssouci.

Uns wird geschrieben: „Als ich am gestrigen Tage mit einem Bekannten die königlichen Gärten in Potsdam aufsuchte, hörten wir

im Park von Sanssouci glöckchenartige Kinderstimmen an unser Ohr dringen. Befragungen wurde mit Wärme und Gefühl das reizende Frühlingslied: „Leise zieht durch mein Gemüt, liebliches Gelächter.“ Reugierig, wer hier im königlichen Park, unter steinernen Nymphen Heineke Lieder in vortrefflicher Weise zu Gehör bringt, bogen wir einige Schritte seitwärts und entdeckten sechs Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren, welche unter der Aufsicht einer älteren Arbeiterin mit der Säuberung des Rasens von Unkraut beschäftigt wurden.

Meine Frage, ob sie von der königlichen Gartenverwaltung beschäftigt werden, wurde bejaht. Die Arbeitszeit dauert für diese armen, bedauernswerten Kinder bei der jetzigen Temperatur von mittags 1 bis abends 6 Uhr. Auf die sehr harmlose Frage, daß sie wohl dann auch einen königlichen Lohn bekommen, wurde mit einem ernsthaften: „Es ist nicht so schlimm“, geantwortet. Der Lohn, den die königliche Gartenverwaltung für diese fünf Arbeitsstunden zahlt, beträgt 40 Pf. oder pro Stunde — sage und schreibe — 8 Pf. Da kommt der Stadtmann und der Poie wundern sich, kann man angesichts dieser Tatsache ausrufen. Arbeitslose, auch in Potsdam, in Halle und Jülich, und die königliche Gartenverwaltung verwendet Kinder für anstrengende Gartenarbeit bei der horrenden Entschädigung von 8 Pf. pro Stunde. Welch eine ungesunde und anstrengende Arbeit für diese zarten Menschenpflanzen, auf dem durch den starken Regen der vergangenen Tage durchwässerten Boden zu treten oder in gebückter Stellung Unkraut zu jäten. Wer entschädigt die Kinder, die durch diese Beschäftigung in ihrer Gesundheit beträchtlich geschädigt werden? Die königliche Gartenverwaltung? Wann sollen diese Kinder, die doch zurzeit während des Vormittags ihrer Schulpflicht genügen müssen, ihre Schulaufgaben erledigen und ihre Kenntnisse erweitern? Oder sind der königlichen Gartenverwaltung die dümmsten Kinder die besten Arbeiter? Ueberaus traurig war es mit anzuhören, wie die Kinder ihre Scherzstücke nach frühlichem Spiel durch Singen zu stillen beschäften. Die zahlreich im Garten anwesenden Fremden, Engländer und Amerikaner, tauschten ihre Meinungen über die Beschäftigung der Kinder ungeniert aus, und es war wenig schmeichelhaft für die königliche Gartenverwaltung, was wir dort zu hören bekamen. Der Kinderjugendkommission von Potsdam bietet sich dort ein dankbares Feld der Tätigkeit. Vielleicht ist es möglich, in den anderen königlichen Gärten ein Gegenstück zu diesem Idyll zu suchen.“

Die Ratten im Tiergarten.

Im Auftrage der Tiergartenverwaltung wird uns geschrieben: „Es kann nicht geleugnet werden, daß der Tiergarten eine ziemlich Anzahl Ratten beherbergt, deren Vernichtung seit Jahren das Bestreben der Tiergartenverwaltung gewesen ist. Kein Mittel blieb unberührt. Eine völlige Ausrottung der Ratten ist in einem so ausgedehnten Park mit seinen vielen Schlupfwinkeln unmöglich, um so mehr, als sich das Ungeziefer im Winter nach den benachbarten Gewässern, Kanälen und Grundflüssen zieht, wo zu seiner Vertilgung häufig nichts geschieht. Es wurden Versuche gemacht mit Rattenbazillen, welche mit Brotkrumen in die Röhren gesteckt wurden und feuchterartig wirken sollten, was jedoch nicht der Fall war. Patronen, welche nach ihrer Entzündung giftige Gase entwickeln, sollten, in die Röhren gesteckt, ebenfalls eine vernichtende Wirkung ausüben. Dieses Mittel versagte aber ebenfalls. Wo es die Verhältnisse gestatten, wird Wasser in die Löcher gelassen und die herabkommenden Ratten werden erschlagen, wodurch eine ganz erhebliche Zahl getötet wird. Am besten haben sich Klappfallen aus starkem Kupferdraht bewährt. Durch sie werden jährlich große Mengen gefangen und da die fallenstärker Fangprämien bekommen, stellen sie dem Ungeziefer mit großem Eifer nach.“

Ganz wesentlich aber könnte das Publikum selbst zur Verminderung der Ratten beitragen, wenn dasselbe etwas ordnungsliebender wäre. Anstatt die Stullenpapiere nebst Speiserestein einzulegen, werden dieselben einfach unter die Bänke geworfen, was die Ratten ganz genau wissen. Auf ihren abendlichen Streifzügen werden in erster Linie die Bänke revidiert. Man werfe daher nicht Schwären usw. fort, sondern tue derartige Abfälle in die soweit vorhandenen Körbe.“

Der im Schlusssatz der Zuschrift ausgesprochenen Bitte der Verwaltung können wir uns nur anschließen.

Straftaten eines Offiziersburschen.

Vor dem Kriegsgericht der Landwehrinspektion hatte sich vorgestern der Rüstler Marinowitsch zu verantworten.

Die Anklage warf ihm 19 Straftaten, darunter Fahnenstich, Freigabe von Dienstgegenständen, Betrug in 12 Fällen, Urkundenfälschung, Diebstahl usw. vor. Der Angeklagte war bei dem Oberleutnant K. in Charlottenburg Bursche. Er erhielt als solcher, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, 9 M. Burschenzulage und stand sich so, daß er täglich 1 M. für sich veranlagten durfte. Davon sollte der Angeklagte sich vollständig verpflegen. Der Bursche kam mit dem Gelde nicht aus, er unterschlug seine Summen, die er für den Offizier zahlen sollte. Schließlich vergriff er sich auch an den Briefmarken, die sein Herr auf die Briefe klebte und ihm zur Beförderung übergeben hatte. Er öffnete auch einige Briefe und vernichtete sie. Auch das Wäschegeld für die Wäsche des Offiziers blieb er schuldig und machte im Wäschebuch falsche Eintragungen. Als er sah, daß man bald hinter seine Veruntreuung kommen werde, wurde er fahnenstichig. Am 31. März desertierte er, fuhr nach der Provinz und entwendete einem Schweizer einen Zivilanzug. Seine Uniform gab er dann im Walde preis. Sie wurde später von einem Gendarmen gefunden und dem Truppenfeld zurückgeschickt. Nach neun Tagen stellte sich Marinowitsch selbst der Behörde.

Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis und zur Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß der Angeklagte mit Schätzen zwar nicht reich gesegnet war, daß es aber andere Burschen gebe, die noch weniger Geld zur Verfügung hätten (1!) und nicht unehrlich würden. Durch diese Urteilsbegründung ist die Tatsache leider nicht aus der Welt geschafft, daß der Bursche hauptsächlich infolge seiner präferen Lage zur strafbaren Handlung getrieben wurde.

Die Ordnungen im Reichsmarineamt.

Das Reichsmarineamt hat nach langwierigem Umgang seinen Einzug in den neuen Palast in der Königin-Augusta-Straße gehalten. Die einzelnen Abteilungen, welche früher in den verschiedenen Straßen der Reichshauptstadt umher lagen, wodurch der Dienst sehr erschwert wurde, sind heute einheitlich miteinander verschmolzen. Der ganze Dienstbetrieb läßt sich nun viel besser und schneller abwickeln.

Das Reichsmarineamt ist voll und ganz der Neuzeit entsprechend gebaut und eingerichtet. Als ganz besondere Neuheit, die besonders hervorzuheben werden muß, von den berühmten Baumeistern f. H. jedoch vergessen ist, muß die „Renegatstraße“ für die Ordnungen bezeichnet werden. Die Renegatstraße ist jetzt erst im Erdgeschosse von der Behörde ausgebaut und eingerichtet worden. Nicht weniger als 40 — vierzig — Ordnungen, die im Reichsmarineamt und Admiralsstab kommandiert sind, nehmen an der Rennstraße teil. Als



# Vorortnachrichten.

## Stadtverordnetenwahln in Lichtenberg.

Am Sonntag, den 28. Juni, von mittags 12 bis abends 7 Uhr, findet in der dritten Wählerklasse die Erziehung für den Genossen Briefe, im Lokal von Jacob, Müggelstraße 16, und am Montag, den 29. Juni, von mittags 12 bis nachmittags 6 Uhr, im 5. Bezirk der zweiten Wählerklasse die Erziehung für Dr. Stande, welcher zum Stadtrat gewählt worden ist, in Kerns Festhalle, Türschmidtstraße 45, statt.

Zu einem heißen Kampf wird es besonders in der zweiten Abteilung kommen, stehen doch hier unsern Kandidaten, dem Genossen Dugger, zwei Gegner gegenüber, deren Parteigänger die äußersten Anstrengungen machen, um jeder für sich den Bezirk zu erobern. Bei der letzten Wahl vor zwei Jahren wurde der Bezirk mit einer kleinen Majorität von der sogenannten Mittelstandspartei gleich im ersten Wahlgang gewonnen, diesmal ist das Feld für die Mittelständler aber bedeutend ungünstiger, da auf Grund des Einspruchs unseres Genossen John das Oberverwaltungsgericht dahin entschieden hat, daß der Eisenbahnfiskus wie auch die Friedrichsberger Bank aus der Wählerliste zu streichen sind. Hierdurch sind in der Gesamtheit etwa 1000 Wähler aus der dritten Klasse in die zweite Klasse aufgerückt. Zudem hat sich auch noch die bürgerliche Gegenpartei der Mittelständler, die sogenannte Schachtelgruppe, zu ihrem Kandidaten den Rechtsanwalt Dr. Altkühn aus den Reihen der Mittelständler (Bürgerverein) erkoren. Die Mittelständler sind sich auch bereits darüber klar, daß es diesmal ohne Stichwahl nicht abgehen wird. Sie lassen daher kein Mittel unversucht, die Stadtverordneten und den Magistrat zu bewegen, die Wahlen erst im Herbst stattfinden zu lassen — da für sie bei einer Stichwahl, die in die Ferien fällt, die Aussicht auf einen Sieg äußerst gering ist —, da ihr Wählertroß, die Beamten und Lehrerschaft fast allgemein dann auf Reisen ist. Hierdurch verbessern sich besonders bei einer etwaigen Stichwahl die Aussichten für unseren Kandidaten ganz erheblich. Besonders läßt uns das Hinüberziehen einer nicht unerheblichen Zahl Wähler der dritten Klasse mit einer gewissen Bestimmtheit hoffen, daß bei genügender Agitation auch dieser Bezirk der zweiten Klasse von uns erobert werden wird. Wie notwendig dies ist, ergibt sich schon daraus, daß in allen wichtigen Fragen, die eine Schwächung der Interessen der Arbeiterklasse betreffen, beide bürgerlichen Parteien eine reaktionäre Mehrheit bilden, so finden wir die Mittelständler in trauriger Gemeinschaft mit der Schachtelgruppe unter anderem beim Wahlrechtsraub, bei der falschen Rechnungslegung der Werke. Auch gegen die Vertretung des Beschwerdeweges wegen der Nichtbeschäftigung unserer Genossen in der Schuldeputation stimmen die Mittelständler.

Neuerlich bezeichnend für die Mittelständler ist es auch, daß sie sich am 60. Geburtstag des Stadtverordnetenvorsethers mit unter den Gratulanten befanden, trotzdem sie kurz vorher öffentlich im „Lichtenberger Tageblatt“ von demselben Vorsteher denunziert worden waren, daß sie als preussische Beamte bei einer geheimen Abstimmung (Stadtverordnetenwahl) für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben. Die wichtigsten Beschlüsse in der Stadtverordnetensammlung sind vielfach mit nur ein und zwei Stimmen Mehrheit gefaßt, so daß die Eroberung dieses Bezirks für jede Partei von außerordentlicher Wichtigkeit ist, daß wohl mit Recht erwartet werden kann, daß kein Arbeiterwähler der Wahl fernbleiben wird, und andererseits die beiden letzten Tage von den Genossen zur Agitation für unsere Kandidaten in reger Weise ausgenutzt werden. Ohne Mühe und Kampf kein Sieg.

## Charlottenburg.

### Stadtverordneten-Versammlung.

In nur 1½stündiger Sitzung erledigten die Stadtverordneten am Mittwoch in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien meist debattelos eine Reihe kleinerer Vorlagen. Eine Vorlage, die einige Verbesserungen in den Bestimmungen über die Gewährung von Ruhegehalt, Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Beamten und Arbeiter bringt, wurde an einen Ausschuss verwiesen. Eine alljährlich wiederkehrende Petition des Bundes der Haus- und Grundbesitzervereine gegen den Straßenhandel, über die die Versammlung in früheren Jahren stets zur Tagesordnung übergegangen war, wurde gegen den Widerspruch unserer Genossen, in deren Namen Stadtv. Scheel auch diesmal einen Antrag auf Überlegung zur Tagesordnung begründete, dem Magistrat als Material überwiesen.

Zu einer Debatte führte dann der Vorschlag des Wahlausschusses, als Mitglied in die Schuldeputation den Stadtv. Geh. Regierungsrat Dr. Stadthagen zu wählen. Die Wahl ist dadurch notwendig geworden, weil die Regierung dem vor einigen Wochen gewählten Stadtv. Genossen Dr. Borchardt die Vertretung versagt hat. Auf Antrag unserer Genossen wurde der Gegenstand in öffentlicher Sitzung verhandelt. Genosse Dr. Borchardt führte aus, daß die Verlegung der Vertretung zwar ohne Angabe von Gründen erfolgt ist, daß die Gründe aber bekannt seien, sie liegen lediglich in der politischen Überzeugung des Gewählten. Ein wirklich liberales Bürgertum dürfe die Regierung in ihrem Bestreben, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu Bürgern zweiter Klasse zu erklären und mit einem moralischen Kaskel zu behaften, nicht unterstützen, sondern müsse laut und deutlich seinen Unwillen darüber zum Ausdruck bringen. Nur wenn das geschehe, und zwar nicht vereinzelt in einer Stadt, sondern wenn überall das liberale Bürgertum Wert darauf lege, die Grundzüge des gleichen Rechts für alle stets und immer wieder energisch zu betonen, könne bei der Regierung ein Wandel der junkerlich-agrarischen Anschauungen mit ihrem Gefolge kleinlicher und geschäftiger Kadelstichpolitik herbeigeführt werden. Deshalb müßte die Versammlung unserem Vorschlag, den Genossen Klitz zu wählen, Folge leisten. Der liberale Stadtverordnete Böllmer entgegnete, daß seine Freunde die Nichtbeschäftigung eines Sozialdemokraten mißbilligten, daß sie im Gegenteil eine Heranziehung auch der Sozialdemokraten zur Mitarbeit auf allen Gebieten der Verwaltung wünschten. Aber sie seien ohnmächtig dem Willen der Regierung gegenüber, deshalb würde die Wahl eines Sozialdemokraten eine erfolg- und daher zwecklose Demonstration bedeuten.

In der darauf folgenden geheimen Sitzung wurde Stadtv. Dr. Stadthagen mit großer Mehrheit zum Mitglied der Schuldeputation gewählt.

**Warmes Mittagessen für stilkende Mütter.** Nach einem Beschluß der Deputation zur Gesundheitspflege sollen künftig an stilkende Mütter warme Mahlzeiten, sofern deren Verpflegung aus besonderen gesundheitlichen Gründen geboten erscheint, als Stillhilfe — in der Regel für die Dauer von höchstens vier Wochen — verabreicht werden. Die Verabreichung der Mahlzeiten erfolgt auf Grund besonderer Gutshelne, die von den Säuglingsfürsorgestellen aufgestellt werden.

## Neukölln.

Die Gemeinde als Aktionär. Daß Gemeinden von industriellen Unternehmen Aktien erworben haben, ist gewiß keine Seltenheit.

Hauptächlich geschah das zu dem Zweck, flüssige Kapitalien der Gemeinden zu einem gutem Zinsfuß nutzbringend anzulegen oder auch zur Einführung von „gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen“, Anders aber in Neukölln!

Dies will sich die Stadtverwaltung an einer in der Neugründung begriffenen Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 300 000 M. beteiligen. Und das nicht etwa um seine schwachen Finanzen auszubessern, als vielmehr damit die drohende Herrschaftstellung der Sozialdemokratie in dem Gemeindeparlament zu verhindern. So dem 42-Millionen-Etat der Stadt ist der eventuelle wirtschaftliche Wert des eingeleiteten Kapitals ohne Bedeutung; dagegen das Risiko sehr erheblich.

Die Stadt hat ein großes Industriegebiet erworben, das nicht nur auch seine Verwertung finden soll. Große Kanal- und Hafenanlagen sind geschaffen worden und ein Millionenkapital wurde darin investiert, um Industrie heranzuziehen. Gegen die Schaffung der Industrie ließe sich gewiß nichts einwenden und unter Mitwirkung der Sozialdemokratie sind die neuen Verkehrswege Wasser und zu Lande, sowie die großen Hafenanlagen geschaffen worden. Soweit, so gut! Dann aber tritt das politische Romeklarer in die Erscheinung und enthüllt sich schrankenlos. Industrielle Unternehmen, die sich in Neukölln niederlassen wollten, mußten sich vertraglich verpflichten, daß ihre Angestellten dort Wohnung nehmen würden. Die Gemeinde hob nach den Grundzügen unserer preussischen Junter glatt die Freizügigkeit auf. Auch die Direktoren und Besitzer der in Verhandlung stehenden Unternehmen wurden verpflichtet, gleiche Verpflichtungen einzugehen. Dafür wurden dann die Werken Gegenwerte geboten. Sie erhielten billiges Bauland meistens unter dem Selbstkostenpreis und hatten dann noch die Vergünstigung, den billigen Tarif für elektrische Kraft in ganz Deutschland zu haben. Außerdem aber brauchte der Betrag für die erworbene Bauland nur jährlich mit 10 Proz. getilgt zu werden, der jeweilig verbleibende Rest wurde mit 4½ Proz. verzinst, d. h. mit dem gleichen Satz, den die Gemeinde für das geliehene Kapital, welches zum Ankauf der Grundstücke diente, zahlen mußte. Die Unternehmen sparte dann so die üblichen Sätze für Provision, die zahlen mußte, wenn es selbst Kapital zu beschaffen gezwungen wäre. Die Gemeinde mußte diese Provision an die für sie tätigen Agenten selbstverständlich zahlen. Aber auch diese Bemühungen haben noch nicht den erhofften Erfolg erzielt. Noch drängt sich nicht die Sozialdemokratische Herrschaft in der Gemeinde. Also weiter!

Ein bekanntes und großes Werk, dessen Aktien so jählich stehen, daß sie an der Börse nicht mehr zugelassen werden, hat ein Tochterunternehmen, welches sich von dem Mutterwerk frei machen will. Um frei zu kommen, bedarf es Kapital, welches es bisher nicht erlangen konnte, obgleich es angeblich Dividenden in Höhe von 12—20 Proz. verteilt hat. Dies Unternehmen gehört dem Karick an und Neukölln greift nach dem „fetten“ Hapen und bietet ihm hässliche Niederlassung und Aktienkapital von 300 000 M. an; den Vorstoß im Aufsichtsrat übernimmt der Oberbürgermeister. Der Umsatz beträgt rund 1½ Millionen M. pro Jahr. Dafür ist die Stadt gewillt, Grund und Boden unter den geschätzten Bedingungen für den Preis von 315 M. pro Quadratrute zu geben. Das Grundstück liegt im Industriegebiet am Hafen und hat auch Anschließung an die Meise der Verbindungsbahn. Der Ertragspreis des Grundstückes stellt sich für die Stadt wesentlich höher. Das Mutterwerk bekommt jedoch von der Gemeinde extra eine Abfindungssumme von 160 000 M., außer den genannten Vergünstigungen. Und das alles, um ein industrielles Werk nach Neukölln zu bekommen, das z. B. etwa 80 Arbeiter beschäftigt, welches aber noch ausbaufähig ist. Bedinglich deshalb, um ein „steuerträchtiges Publikum“ — in solches wird das in Frage kommende Werk angesehen — nach Neukölln zu ziehen und damit einen größeren Einfluß auf die Gestaltung der Abgrenzung der Wählerabteilungen zu bekommen, ist Magistrat und Stadtverordnetenversammlung willens, sich in tollkühne Unternehmen einzulassen. Die Angst vor der Sozialdemokratie macht die herrschenden Gewalten in der Gemeinde lappschau.

Koste es was es wolle, unter allen Umständen gilt es, die erwartende sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindeverwaltung zu verhindern. Der Scharfmachertum treibt sonderbare Blüten im Staat und in der Gemeinde.

**Spieleausflug.** Sonntag, den 28., Familienwanderung Tegel-Trojan. Treffpunkt 7 Uhr Salzfischer Bahnhof (Madatstraße, Straßenbahnhaltestelle). Fahrgebl. 40 Pf. Die Eltern werden gebeten, den Kindern 10 Pf. und etwas gemahlene Kaffee zum Kaffeekochen mitzugeben.

**Wittwoch, den 1. Juli:** Spielen in Treptow, Abmarsch nach mittags 2 Uhr vom Wildenbruchplatz (Eisensteig).

## Treptow-Baumschulweg, Nieder-Schöneweide.

Ein diesjähriges Waldspiel veranstaltet am Sonntag, den 28. d. M., der „Männerchor Oberprece“ in der Königsweide. Nach althergebrachter Weise finden dort Volksbelustigungen aller Art, Kinderspiele, Preisverteilung usw. statt. Da die Wählerkreise Treptow und Niederschöneweide petuniar daran beteiligt sind, werden die Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht und gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Der Festzug durch den Ort beginnt um 12 Uhr vom Lokal Aug. Krause, Baumschulweg 249.

## Nieder-Schönhausen.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Waging einen interessanten naturwissenschaftlichen Vortrag über das Thema: „Der Ameisenstaat“. Der Redner erntete am Schluß seines Vortrages reichen Beifall. — Abdoman erhaltete Genosse Hiege den Bericht von der Kreisgeneralsversammlung, Genosse Vetter erwiderte, auf der nächsten Kreisgeneralsversammlung darauf hinzuwirken, daß bei Wahlen, speziell in Oberbarnim, mehr Genossen zur Wahlarbeit aufgeboten werden. — Den Bericht von der Verbandsgeneralsversammlung gab Genosse Eising. Von einzelnen Rednern wurde besonders der Antrag des Genossen Adolf Hoffmann sowie die Sammlung auf der Verbandsgeneralsversammlung beifällig kritisiert. Am Schluß der Debatte meinte Genosse Eising, daß über den Rahmenkreis wohl nur eine Meinung vorhanden sei, nämlich, daß derselbe kommen müsse und kommen werde. Der Bericht vom zweiten Teil der Verbandsgeneralsversammlung soll auf dem im Juli stattfindenden gemeinsamen Jahrelabend erörtert werden. Sodann wurde Genosse Raitische sen. als Revisor, an Stelle der Genossen Raitische die Genossin Schaper als Kreisdelegierte und als Ersatz Genosse Kullak gewählt. Nachdem drei Resolutionsaufnahmen vollzogen, machte Genosse Urban noch bekannt, daß sich am Ort ebenfalls eine Jugendsektion gebildet habe, er ersuchte um Adressenanfrage von jungen Leuten über 18 Jahre. Genosse Vetter empfahl Berücksichtigung solcher Freizeite, welche die Forderungen der Schülern bewilligt haben.

Die Kinderspiele am hiesigen Ort erfreuen sich stets einer regen Beteiligung. Am kommenden Sonntag findet eine Partie nach Tegel statt. Treffpunkt morgens 8 Uhr bei Reuß, Treptow-Ede Platanenstraße. Bozzeug und Probant ist mitzubringen. Genossinnen und Genossen, die sich als Spielhelfer zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich beim Genossen Sauerbeck, Uhlendstr. 43, zu melden.

## Neukölln-Ost.

**Selbsthilfe eines Hausverwalters.** Im Hause Kopenhagener Str. 19 regiert als Verwalter ein Herr J. Geisinger, Kriminalnachmeister a. D. Wie er mit

Einweihungsgericht wurden Speckerbien gefaßt. Wer an diesem Tage seine Nase zu dem Hofraume hinausstreckt, der konnte an dem würzigen Geruch wahrnehmen, daß den Marinefeldaten ein gutschmeckendes Mittagessen bevorsteht. Speckerbien an denen sich so ziemlich ein kriegerischer Zug Marinefeldaten haben sollte, waren die Freudenmahlzeit der modernen Einrichtung.

Diese 40 Marinefeldaten, die doch eigentlich zur Fahne gerufen sind und kriegerisch zum Schutze des Vaterlandes ausgebildet werden sollen, berichten im Reichsmarineamt und Admiralsstab „Kassabterdienste“. Sie werden zu Botengängen verwendet und vertreten die Bureauarbeiter im Reichsmarineamt bei Urlaubeinheiten. So haben sich die Ordnungen in der Votenmeisterei aufzuhalten, wo ihnen alle weiteren Aufträge erteilt werden. Diese unausgebildeten Marinefeldaten werden größtenteils auch zu Gefreiten befördert. Die neue Wehvorlage hat ja so viel Soldaten mehr gebracht, daß es tatsächlich heutzutage auf eine Handvoll mehr oder weniger gar nicht ankommt. Die Hauptfrage ist und bleibt, daß heute eine Zentral-Reichsbehörde vorangeht, oberflächlich ausgebildete Soldaten von der Fahne wegnimmt und sie zu Botendiensten verwendet, wodurch anderen Leuten Stellen verloren gehen und sie in ihrem Fortkommen sehr geschädigt werden. Da redet man immer von der Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit. Und hier hält man Soldaten für gut genug, Botendienste zu verrichten, die mit der militärischen Ausbildung nichts zu tun haben.

**Ein frechhaftes Spiel mit Arbeitslosen.** Zu großen Menschenansammlungen kam es vorgestern abend auf dem Wedding. In einem Blatt hatte ein angeblich in der Reimendorfer Str. 46 wohnhafter Fabrikant ein Inserat erlassen, in dem er nährliche, zuverlässige Arbeiter bei einem Wochenlohn von 27 M. suchte. Er bestellte die Arbeitsuchenden zu einer bestimmten Stunde. Vorgestern abend herrschte ein bedeutender Andrang in und vor dem Grundstück Reimendorfer Straße 46. Hunderte und Aberhunderte von Arbeitslosen erschienen, um sich zu melden. Als sie erfuhr, daß sie betrogen waren, und daß in dem Hause kein Fabrikant wohnte, bemächtigte sich ihrer große Empörung. Es kam zu erregten Szenen und zu gewaltigen Menschenansammlungen, so daß schließlich die Beamten des nächsten Polizeireviers alarmiert wurden. Der Urheber dieses Unfalls konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

**Eine raffinierte Schwindlerin** ist gestern durch die Schöneberger Kriminalpolizei festgenommen worden. Die Gaunerin, die 27jährige Hedwig Müller, ein sehr hübsches stattliches Mädchen, wohnte seit mehreren Wochen in den verschiedensten vornehmen Hotels und Pensionaten des Bestens und der Vororte und gab sich überall als die Nichte eines Berliner sehr hohen und bekannten Staatsbeamten aus. Als solche trat sie natürlich sehr nobel auf und es wurde ihr gern überall ein hoher Kredit eingeräumt. Als angebliche Nise Schartow machte die Müller die Bekanntschaft zahlreicher hoher Beamter und Offiziere, in deren Familien sie zum Teil Eingang fand. Diese Gelegenheit benutzte die Schwindlerin, um sich Briefbogen mit dem Namensaufdruck der Betreffenden zu verschaffen. Auf diesen Briefbogen machte sie dann schriftlich größere Bestellungen in den verschiedensten Geschäften. Die Bestellungen wurden ohne weiteres ausgeführt. Auf die Anzeigen der Geschädigten hin wurde die Hochstaplerin gestern auf der Straße verhaftet.

## Schwerer Unfall auf dem Görlicher Bahnhof.

Ein verhängnisvoller Unglücksfall hat sich gestern in früher Morgenstunden auf dem Görlicher Bahnhof ereignet. Beim Rangieren von Personenwagen geriet der 38 Jahre alte Weichensteller Alexander Kühn aus Lichtenberg in den Augenblick, als er einen Wagon an die Maschine anzupfehlen wollte, auf das Nebengleis, auf dem gerade eine andere Lokomotive herangefahren kam. Er fiel unter die Räder und wurde überfahren. Er erlitt schwere Verletzungen und innere Zerreißungen und wurde in fast hoffnungslosem Zustand nach dem Krankenhaus Wehman gebracht.

## Zwei zusammengebundene Leichen gefunden.

Wurden bei Raufangwerder aus dem Reuthener See die Leiden eines jungen Mannes und eines Mädchens gefunden, die zusammengebunden waren. Der Mann ist etwa 25, das Mädchen 28 Jahre alt. Aufeinander handelt es sich um ein Liebespaar aus dem Arbeiterstande.

## In den Hurechten

Jamen Bierbedie, die dem Führern Strobel einen Schimmel aus dem Stall stahlen und sich darauf bei dem Gemüthändler Ditzberg noch ein zweites Tier dazuholen wollten. Ein schwarzer Wallach, den sie dort im Stall fanden, gestiel ihnen sehr. Es gelang ihnen auch, ihn anzuschaffen. Als sie ihn aber dann entführen wollten, entpuppte sich der Wallach als ein bössartiger Schläger, daß die Bedie auf ihn verzichteten, ihn im Geschire stehen lassen und die Flucht ergriffen, um sich mit dem bereits gestohlenen Schimmel zu begnügen. Der Eigentümer wunderte sich nicht wenig, als er morgens sein Pferd, das er im Stall an der Arippe wählte, angeschritten auf dem Hofe herumlaufen fand.

**Keine Nachrichten.** Mit Was vergiftet hat sich die 37jährige Klavierlehrerin Fr. S. aus Steglitz. Das Motiv ist in einem schweren Nervenleiden zu suchen. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. — Auf Bahnhof Warschauerstraße vor einem einkaufenden Zug getroffen hat sich der 24 Jahre alte Arbeiter Fritz Braun aus der Pillauer Straße. Er starb auf der Stelle. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht. — Festgestellt sind die Personalien des jungen Mädchens, das kürzlich an der Lichtsteinbrücke in den Landwehrkanal sprang. Es ist ein 16 Jahre altes Dienstmädchen Ottilie Pieber aus Frankfurt a. O. Stellunglosigkeit hat das Mädchen in den Tod getrieben. — Vom Tode überrascht wurde ein circa 50 Jahre alter unbekannter Mann vor dem Hause Steinstr. 33. Er trug einen grauen Jacketanzug, weiße Hösche und eine Schirmmütze. — Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde aus dem Luisenstädtischen Kanal gefischt und nach dem Schauhaufe übergeführt.

**Offentliche Gesangsconcerte** veranstaltet der Gesangsverein „Gesundbrunnen Harmonie“ am Sonntag, den 5. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Humboldthain und am Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 5 Uhr, auf der Schillerwiese im Schillerpark.

**Verloren** gegangen sind zur Sonnenwendfeier der Arbeiterjugend in den Olfener Bergen u. a. folgende Gegenstände: 1 Rucksack mit Inhalt, 1 Schlafdecke, 1 Wanderstock und eine Feldflasche. Die Finder werden gebeten, diese Gegenstände im Jugendsekretariat Lindenstraße 3, 3. Hof, Aufgang IV, abzugeben.

**Aufgefundene Leiche.** Am 24. d. M. nachmittags wurde in der Nähe Tegeler See aus dem Tegeler See die Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden, der anscheinend etwa 8—10 Tage im Wasser gelegen hat.

Der nach der Leichenhalle in Blöhensee gebrachte Tote ist circa 50 Jahre alt, groß, unterseht, hat blaue Augen, dunkelblondes graumeliertes, kurz geschneittes Haar, rötlich blonden, graumelierten Schnurrbart, im Oberkiefer keine Zähne und ist bekleidet mit dunkelblauem schwarze gestreiften Jacketanzug, schwarzen Jagdhosen, grauen Strümpfen gest. „G. D.“, Normalhemd und Unterhose, weißem Umlegekragen, breiter schwarzer Strawatte und rotblau gestreiften Hantschellen.

Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor. Retlogneszenten wollen sich bei der Tegeler Polizei melden.



unbequemen Mietern fertig wird, hat er in voriger Woche gezeigt. Einem Arbeiter, der die Miete schuldig geblieben war, erklärte er: „Wenn Sie nicht pünktlich zahlen, können Sie ziehen.“ Drei Tage wollte der Vermieter noch warten — wenn aber dann nicht gezahlt wurde, sei die Wohnung schleunigst zu räumen. Doch ein Mietvertrag nach der Verzögerung der Mietzahlung nicht ohne weiteres null und nichtig wird, ist den Herr Gleichenring nicht zu wissen. Nach drei Tagen kam er in die Wohnung und fragte die Frau, ob sie vielleicht erst warten wollten, bis sie exzitiert würden. Der Herr Vermieter hatte also mit seiner Aufforderung, bei Nichtzahlung sofort ausziehen, nicht etwas gepöpst. Inzwischen war ein Kind an Malaria erkrankt, aber Herr Gleichenring wußte Rat. „Bringen Sie“, erklärte er der Frau, „das Kind ins Krankenhaus! Ziehen Sie ins Krankenhaus! Ich warte nicht länger.“ Es vergingen dann mehrere Tage, ohne daß die Familie Anhalten traf, auszugehen. Inzwischen drohte der Vermieter dem Mieter: „Ich lasse Sie exzitimieren.“ „Wir können jetzt nicht ziehen“, antwortete ihm der, „die Kinder sind krank.“ Soan hatten bei einem zweiten Kind sich die Malaria gezeigt, und auch das dritte schien gefährdet. Schließlich kam eines Abends, während der Mann abwesend war, der Vermieter in die Wohnung und weiterrte auf die Frau los: „Machen Sie, daß Sie rauskommen! Sie haben gar kein Recht mehr, hier drin zu sein. Ich schmeiße alles raus, wenn Sie nicht einpacken.“ Er holte darauf seinen erwachsenen Sohn herbei, und nun griffen beide zu dem Mittel der Selbsthilfe, indem sie eigenhändig die Stube ausräumten. Sie nahmen ein Bett auseinander und schafften es auf den Korridor. An das zweite Bett konnten sie sich nicht heranmachen, weil eins der Kinder darin lag. Das Kleiderständer brachten sie mit solchem Ungeflüm hinaus, daß es beschädigt wurde. Als die Frau das weinende Kind auf den Arm nahm, schafften Gleichenring Vater und Sohn auch das zweite Bett hinaus. Der Kinderwagen, in dem das jüngste, sechs Monate alte Kind lag, wurde in die Küche geschoben. Die hilflose Frau hatte inzwischen ihren Mann herbeizurufen lassen. Als er eintraf und sah, was da vorging, gab es begreiflicherweise einen erregten Auftritt. Der Vermieter ließ sich aber nicht hindern, die ausgeräumte Stube abzuschießen, so daß die Familie auf die Küche angewiesen blieb. In ihr übernachteten die Eltern mit den drei Kindern, nachdem sie die Betten wieder heringeholt hatten. Am nächsten Tage, 20. Juni, räumten sie alle miteinander die Wohnung. So hatte Herr Gleichenring gezeigt, wie man mit solchen Mietern fertig wird. Was ein richtiger Hausverwalter ist, der spielt selber Polizei und Gericht. Da bedarf es nicht erst der Umständlichkeiten einer Ermittlungsfrage. Neben dem Zustand der Kinder ließen sich übrigens die Eltern noch an demselben Tage, 20. Juni, ein Attest geben. Es bescheinigt, daß die drei Kinder „zurzeit an Malaria erkrankt und heilfahrig sind“. Der Vermieter jauchte von dem Sieg, den er da erfochten hat, noch nicht mal ganz befriedigt zu sein. Den Familienvater, der sich diese Belegung seines Hausfriedens nicht so ohne weiteres gefallen lassen wollte, soll er — der Vermieter — oben zur Verhaftung angezeigt haben. Man darf gespannt sein, was nach Prüfung des Sachverhalts die Staatsanwaltschaft tun wird.

#### Sichterfelde.

Ein blutiges Rencontre zwischen einem Nachwachstbeamten und einem Diebe hat in der vorletzten Nacht in Sichterfelde stattgefunden. Der Gemeindevachtmeister B. bemerkte gegen 3 Uhr nachts auf dem Holzplatz von Schmidt in der Brauerstraße einen Mann, der Holzplatten vom Stapel nahm und zusammenpackte. Als ihn der Vachtmeister anrief, versuchte der Dieb zu fliehen, wurde aber eingeholt und von dem Nachwachstbeamten festgenommen. Nun ging der Mann ruhig eine Strecke mit. Plötzlich rief er sich jedoch los und rannte davon. B. verfolgte den Flüchtigen und hatte ihn fast eingeholt, als der Dieb plötzlich einen Revolver zog und auf seinen Verfolger schoss. Der Nachwachstbeamte wurde von der Kugel am Oberarm getroffen und so erheblich verwundet, daß er von der weiteren Verfolgung Abstand nehmen mußte. Der Spießhube ansam, konnte jedoch bereits gestern früh als ein in Sichterfelde wohnender Arbeiter B. ermittelt werden.

#### Friedenau.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich Mittwoch in der Rheinstraße ereignet. Als der Chauffeur Paul Brauer diesen Straßenzug entlang fuhr, berührte eine Automobilmaschine, die sich in gleicher Richtung bewegte, an ihm vorbeizukommen und stieß dabei gegen das Motorrad. Brauer wurde umgestoßen und stieg in weitem Bogen auf das Straßenpflaster. Der Berufsglückte erlitt einen doppelten Oberschenkelbruch und schwere Kopfverletzungen und wurde in befehlungslosem Zustande nach dem Krankenhaus in Sichterfelde gebracht.

#### Wotawed.

Das Sommerfest der Gewerkschaften findet am Sonntag, den 28. d. M., wiederum auf dem Festplatz an der Berliner Straße statt. Um 2 Uhr nachmittags erfolgt vom Singerschen Lokal der gemeinsame Anmarsch. Der Festzug geht durch die Bricker-, Eisenbahn-, Großbeer-, Post-, Linden- und Berliner Straße. Auf dem Festplatz ist durch Konzerte, turnerische und athletische Vorführungen, Preis-schießen, Verlosung, Kinderspiele usw. für ausreichende Unterhaltung von Groß und Klein gesorgt. Am 9 Uhr abends soll der Rückmarsch erfolgen, der, durch die Linden- und Wilhelmstraße gehend, im Festlokal „Deutsche Festhalle“ sein Ende findet. Von 5 Uhr nachmittags ab ist in beiden Parteilokalen Tanz. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. pro Person. Die Mitglieder der Gewerkschaften werden um zahlreiche Beteiligung am Festzuge ersucht, der doch der Einwohnerschaft ein eindrucksvolles Bild von der Stärke und Geschlossenheit der freien Gewerkschaftsorganisationen bieten soll.

#### Jugendveranstaltungen.

Neutölln. Die Eröffnungsfest der städtischen Spielplätze an der Grenz-Allee findet am kommenden Sonntag nicht statt. Die Gründe der Vertagung sowie der neue Termin sind bisher nicht bekannt.

#### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichsfelde. Freitag, den 26. Juni, im Rathaus.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Gerichtszeitung.

#### Tötlicher Unfall.

Ein folgenschwerer Unfall in den Bergmannschen Elektrizitätswerken, der ein Menschenleben gefordert hat, unterlag gestern der Nachprüfung der 6. Strafkammer des Landgerichts III.

Die auf fahrlässige Tötung lautende Anklage richtete sich gegen den Installateur Georg Seidler und den Schlosser Wilhelm Petrus. Am 18. September fand der Weizer August Krause in dem Bergmannschen Elektrizitätswerke, Betrieb Metallwerk, Abteilung Weizerei, dadurch seinen Tod, daß er beim Handhaben des Anlagers, mit dem Stromführenden Teilen des Anlagewiderstandes in Verbindung kam. Dies war darauf zurückzuführen, daß diese Teile entgegen den Unfallverhütungsvorschriften, nicht mit einer Schutzhülle versehen waren. Als Krause dann beim Anlassen des Motors diese ungedeckten Metallteile des Anlagewiderstandes mit der Hand berührte, wurde er durch elektrischen Strom getötet.

Für den Unglücksfall wurden die beiden Angeklagten verantwortlich gemacht. Die in der Weizerei befindliche Abjanganlage war ein kurz vor dem Unfall neu angelegter Betrieb. Die Aufstellung des Erbauers war dem Angeklagten Petrus übertragen worden und dieser hatte den Angeklagten Seidler mit der Aufstellung eines geeigneten Motors beauftragt. Beide Angeklagte bestritten entschieden ihre Schuld. Seidler behauptete, daß er noch

Aufstellung des großen Motors am 8. September noch an demselben Tage an den dienstituenden Ingenieur die Weidung gemacht habe, daß die Anlage fertig sei, aber ein Schuldverhältnis für den Anfall fehle. Wenn der verunglückte Krause, der von ihnen gewarnt und auf die mit der Anlage verbundene Lebensgefahr hingewiesen sei, den Anfall ohne Schutzvorrichtung in Betrieb gesetzt habe, so sei ihm dies nicht zur Last zu legen; die Verantwortlichkeit dafür, daß innerhalb von 10 Tagen seit der Fertigstellung der Anlage für eine ordnungsmäßige Vorrichtung noch nicht Sorge getragen worden war, müßten die Beamten tragen, die die Arbeit nach ihrer Vollendung abgenommen und den Betrieb geduldet hätten. — Staatsanwalt Dr. Wevermann beantragte gegen die Angeklagten je einen Monat Gefängnis, während die Rechtsanwälte Dr. Heinemann und Dr. Wiegert auf Grund der Beweisaufnahme, in welcher die als Zeugen vernommenen Ingenieure des Bergmannschen Werkes unbeeidigt blieben, jede Schuld der Angeklagten mit Erfolg bestritten.

Das Gericht sprach beide Angeklagte frei, da die höheren Beamten sich das Werk angesehen und den Betrieb geduldet hätten und die Angeklagten auf diesen Betrieb keinen weiteren Einfluß ausüben konnten.

#### Widerstand.

Auf eine Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt bezw. Beamteneinwirkung hatten sich gestern der Wächter Karl Armonier in Charlottenburg und dessen Ehefrau vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten.

Am 9. Oktober 1913 begaben sich die Kriminalhauptleute Luz und Hohlwein nach der Wohnung der beiden Angeklagten, um auf Grund eines Beschlusses des Untersuchungsrichters eine Haus-suchung abzulassen und nach Papieren zu fahnden, die geeignet waren, den Aufenthalt des gerichtlich gesuchten Sohnes Heinrich Armonier den Behörden bekannt zu geben. Als die Beamten erschienen, eilte Frau A. sofort in ein Zimmer, in dem sich ein Bett befand, holte einen Stuhl Papier aus dem Bett hervor und zerriß die Papiere. Luz, der ihr nachgerollt war, suchte ihr die Papiere zu entreißen, die Angeklagte hielt sie jedoch krampfhaft fest, stieß den Beamten zurück und steckte einen Teil der Papiere in den Mund, doch gelang es dem Luz, sie ihr zum Teil aus dem Munde herauszujubeln. Der Ehemann Armonier rief seine Frau von dem Beamten los und stieß diesen mit der Hand zurück. Dann holte die Frau in aller Eile noch einige Papiere aus dem Bett hervor und suchte auch diese zu verschlucken. Erst als auf den Ruf des Luz der Kriminalhauptmann Hohlwein diesem zu Hilfe eilte, gelang es, die Eheleute völlig zu überwinden. Die der Ehefrau aus dem Munde gerissenen Briefe enthielten Notizen über die Adressen, unter denen der sich verborgene Sohn zu erreichen war. Das Charlottenburger Schöffengericht hatte den angeklagten Ehemann zu 1 Monat, die Ehefrau zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Auf die vom Rechtsanwalt Dr. Harry Vincus eingelegte Berufung hob gestern die Strafkammer das erste Urteil auf und erkannte auf 60 M. bzw. 30 M. Geldstrafe.

## Aus aller Welt.

### Das Wohnungselend im Ruhrgebiet.

Wohl die übelste Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise ist neben der Auswucherung der Arbeitskraft die Verwucherung der Arbeitskraft durch die wahnwitzige Boden-spekulation. Am schlimmsten und verderblichsten wirkt der Bodenwucher natürlich auf die Armen der Armen, die mit vielen Kindern „gesegneten“ Arbeiterfamilien. Haben es sich doch zahlreiche Hauspatrasch zum Prinzip gemacht, an kinderreiche Familien überhaupt nicht zu vermieten. Dieselben Leute, die vor marxistischer und sozialer Entrüstung kriechen, weil die Arbeiterklasse den Kapitalisten nicht mehr Ausbeutungsbörsen in unbegrenzter Zahl liefern mag, sehen es jahraus, jahrein kassischmäßig mit an, daß kinderreiche Familien von einer kaum Wohnung zu nennenden Behausung in die andere gehetzt werden, ja selbst beim besten Willen überhaupt keine Wohnung bekommen. Das Christenwort: Laßt die Kindlein zu mir kommen! ist durch die Palastkristen in das Gegenteil verkehrt worden. Weißt mir mit euren Rangem vom Haisel ist der Heilspruch des modernen Hauspatrasch!

Erst neulich mühten wir berichten, daß in Duisburg ein Arbeiter sich das Leben genommen hat in der Verzweiflung darüber, daß er mit den Seinen keine Wohnung finden konnte. Jetzt liegen aus derselben Stadt einige Fälle vor, die eine neue ungläubige Schmach unserer viel gepriesenen Kultur und Gesittung bedeuten. Seit dem 1. Mai haust in Duisburg eine Familie mit sieben Kindern, die keine Wohnung bekommen kann, in einer Selterswasserhütte an der Amdtstraße und eine andere Familie mit vier Kindern in einer Remise an derselben Straße. In diesen zwei Familien, deren Möbel in einem Stalle bei der Polizei untergebracht sind, wird voraussichtlich zum 1. Juli noch eine Familie, ebenfalls mit sieben Kindern, kommen. Dieser ist am 2. Pfingsttage gesündigt worden, und es ist ihr trotz eifrigen Suchens bisher nicht gelungen, irgend eine Wohnung ausfindig zu machen.

Obt es wohl eine größere Verübung, als so das heranwachsende Geschlecht, die Kinder, sittlich und moralisch zu gefährden? Wenn die armen Kinder trotz aller Fährnisse zu anständigen Menschen heranwachsen, eines ist sicher: sie müssen mit einem heiligen Haß erfüllt werden gegen eine Gesellschaftsordnung, die ihnen in ihrer Jugend nicht einmal eine menschenwürdige Behausung gewährte.

### Folgeschwere Grubenunfälle.

Ein schwerer Grubenunfall hat sich auf der zur Gewerkschaft Rhein-Elbe gehörenden Zeche Pluto in Wanne ereignet. Auf Schacht Wilhelm wurden, wie erst jetzt bekannt wird, Mittwoch nachmittags kurz nach 2 Uhr drei Bergleute bei dem Durchbruch einer Gebirgsstörung verschüttet. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Trotz ununterbrochener Arbeit gelang es bis gestern mittag nicht, die Vermungründeten zu bergen oder mit ihnen eine Verständigung herzustellen.

Ein zweites schweres Grubenunglück hat sich auf dem Mikaliwerke Ronnenberg in Hannover zugezogen. Bei Sprengarbeiten auf der 633 Meterhöhe des Wertes wurde durch einen verspätet losgegangenen Sprengschuß der Lehrhauer Voges getötet; zwei andere Bergleute erlitten schwere Verletzungen.

### Grubenbrände in England.

Auf zwei englischen Kohlengruben brachen am Mittwoch große Brände aus. Doch ist niemand dabei umgekommen. Auf der Orneoch-Grube in der Nähe von Keath (Wales) zerstörte eine Feuersbrunst das Gerüst im Ausfuhrschacht und brachte die Ventilation zum Stillstand. Der Förderkasten fiel in die Tiefe. Die Bergleute in dem Kasten kamen alle mit heiler Haut davon. 250 Bergleute waren zur Zeit des Unglücks in der Grube. Auf der Douglas-Grube in Westhild bei Glasgow richtete ein Feuer beträchtlichen Schaden an. Die 200 Mann in der Grube führten auf das Alarmsignal hin durch einen Rotschacht

### Ein Schädling der Arbeiterklasse.

Ein gemeingefährlicher Verbandsfassenmacher wurde am Mittwoch von der Nordhäuser Strafkammer durch die Verurteilung des Schornsteinmachers Rudolph Wiegand aus Lipprechtroda zu fünf Jahren Zuchthaus und 1500 M. Geldstrafe unerschütterlich gemacht. Der Gauner hat seine raffiniert angelegten Betrugsmanöver mit einer gefälschten Unfallkostenquittung, einem gefälschten Verbandsbuch der Bauarbeiter und mit Hilfe sonstiger Mittel ausgeführt und die Verbandskassen in Apolda, Döbeln, Bodum, Frankenhausen, Wittenberg, Zeitz, Orlitz, Gertrode, Serringen, Königswusterhausen, Wittenwalde usw. um teils sehr erhebliche Beträge erleichtert. Am tollsten trieb es der Bursche, der es auch besonders auf das Stehlen von Verbandsbüchern abgesehen hatte, in Serringen, wo er vom Verbandsfasser 6 M. erwandelte und durch Einbruch die Verbandskassette mit 280 M. und ein Sparkastensbuch über 150 M. haß. Im ganzen wurden ihm 34 Betrugs- und 4 Diebstahlsfälle zur Last gelegt. Während er im Gefängnis erst den wilden Mann zu markieren suchte, gab er in der Verhandlung, zu der über 50 Zeugen geladen waren, auf alle an ihn gerichteten Fragen einfach keine Antwort. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus, 1500 M. Geldstrafe evtl. weitere 100 Tage Gefängnis.

### Kleine Notizen.

Festgenommene Verbrecher. In Rogdeburg gelang es, zwei gemeingefährliche Verbrecher, die seit langer Zeit in der weiteren Umgebung Rogdeburgs ein Schreden der Bevölkerung geworden waren und seinerzeit den Volkseidhler Kerker in Turberge erschossen hatten, festzunehmen. Es handelt sich um die „Arbeiter“ Albert Krauseberg und Karl Becker aus Weidringen. Zwei weitere Komplizen erfassten. Becker zog bei der Verhaftung einen Browning und schoß auf einen Beamten, ohne zu treffen. Einer der Beamten schoß darauf in der Notwehr zwei Schüsse auf Becker ab und verletzte ihn schwer. Krauseberg wurde überwältigt und ins Gefängnis eingeliefert.

Ward aus Eifersucht. In Argenis in der Provinz Posen wurde die 34jährige Arbeiterfrau Jozab in einem Roggenfelde mit durchschnittenen Kehle aufgefunden. Als der Täterschaft dringend verdächtig wurde ihr Mann verhaftet, der die Tat aus Eifersucht verübt zu haben scheint.

Brandstiftung der Suffragetten. In Valkhleson bei Velsch verübten Suffragetten die Kirche niederzubrennen. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich. Am Tatort wurden Schriftstücke der Suffragetten aufgefunden.

Russisches Verbot von Wochentagen. In der Nähe von Moskau in Russisch-Polen wurden mehrere vom Wochenmarkt heimkehrende Kaufleute und Bauern von einer Räuberbande überfallen, ermordet und beraubt. Die sofort ausgesandte Gendarmenpatrouille konnte drei der Verbrecher verhaften.

Mit einem Wasserflugzeug abgestürzt. Am Donnerstagnachmittag stürzte in Kiel gleich nach dem Start der Kapitänleutnant Walter Schroeter infolge Ueberfahrens seines Wasserflugzeuges aus 40 Meter Höhe ins Meer. Schroeter wurde zwar sofort von einer Flottille gerettet, ist jedoch den schweren inneren Verletzungen im Friedrichshort Krankenhaus erlegen.

## Spiel und Sport.

### Wanderer.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin: Am Sonntag, den 28. Juni, werden folgende Touren unternommen:

- Charinchen, Oberberg, Niederflum (Radtour). Abfahrt Sonnabend abends 9.15 Uhr (Stettiner Fernbahnhof).
- Reichow, Schwärze, Kottenhies (Radtour). Abfahrt Sonnabend abends 9.15 Uhr (Stettiner Fernbahnhof).
- Königs-Heide, Sankowice, Reichow (Radtour). Abfahrt Sonnabend abends 9.15 Uhr (Stettiner Fernbahnhof).
- Rehrade, Rauber Berg, Wilsdorf (Radtour). Abfahrt Sonnabend abends 8.54 Uhr (Bahnhof Charlottenburg).
- Königs-Butterhausen, Ulfesee, Krossinsee, Ermer (Radtour). Abfahrt Sonnabend abends 9.40 Uhr (Görlitzer Bahnhof).
- Tiefensee, Friezenalbe. Abfahrt Briesener Bahnhof 6.32 Uhr.
- Grüneberg, Kremen. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 6.42 Uhr vormittags.
- Birkenwerder, Grabowsee, Dranienburg. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 6.45 vormittags.
- Ermer, Pöfsee, Ermer. Abfahrt Schlesischer Bahnhof 6.33 Uhr vormittags.

Tegel, Schulzendorf, Stolpe. Treffpunkt 7 1/2 Uhr vormittags an der Straßenbahn Tegel.

Radtour der Photograph. Abteilung nach dem Beecher See (Badenau). Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 6.46 Uhr vorm. nach Schwante.

Hennigsdorf, Niederbrücke, Zintenkrug. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 1.25 Uhr nachm.

Rindersee, Tegel, Schulzendorf, Hermsdorf. Treffpunkt 1/2 1/2 Uhr vorm. Schlesischer Bahnhof, 8 Uhr vorm. Dranienburger Tor.

Ortsgruppe Steglitz: Königs-Heide, Ulfesee, Krossinsee, Ermer. Abfahrt Schlesischer Bahnhof: a) Sonnabend abends 8.23 Uhr, b) Sonntag vormittags 6.25 Uhr.

Ortsgruppe Friedrichshagen-Röpenitz: Nach dem Monumental. Abfahrt 4.32 Uhr Bahnhof Friedrichshagen.

Ortsgruppe Neutölln: Unsere Mitglieder treffen sich mittags 12 1/2 Uhr im Restaurant Karls-garten. Anmarsch pünktlich 1 Uhr.

Rindersee, Tegel, Schulzendorf, Hermsdorf. Treffpunkt 1/2 1/2 Uhr vorm. Schlesischer Bahnhof, 7 Uhr vormittags.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonnabend, 27. Juni: Johannisfeier (Sonnenwendfeier) am hinteren Bäder See. Abfahrt am Sonnabendabend vom Görlitzer Fernbahnhof a) 7.15 nach Groß-Berlin; b) vom Görlitzer Fernbahnhof 9.10, im Königs-Butterhausen umsteigen.

Im Anschluss am 28. Juni: Wanderung durch den Daberowsee (Zelle und Badegut miteinnehmen).

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 28. Juni: Wanderfahrten zum Springsee bei Storkow (Badelour, Tagesfahrt).

I. Abfahrt Sonntag früh 7.40 Görlitzer Bahnhof bis Scharmützsee-Springsee.

II. Abfahrt Sonnabendabend 7.20 Görlitzer Bahnhof bis Storkow (Königs-Butterhausen umsteigen), Groß-Schauen (Radtour), Springsee.

III. Abfahrt Sonnabendabend 7.15 Görlitzer Bahnhof bis Halbe (mit 7.40, wie im Tourenplan angegeben), Wend.-Ruchholz-Hermsdorf-Strang-Bugl-Springsee. Begleitung ca. 30 km. (Kur gute Fußgänger).

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Röpenitz. Sonntag, den 28. Juni: Sonnenwendfeier am Bäder See. Treffpunkt Sonnabend abends 6.30 Uhr am Schloßplatz. Abfahrt 7.02 Uhr Bahnhof Oranienburg nach Groß-Berlin.

### Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“. Mitgliedschaft Berlin. Tourenplan zum Sonntag, den 28. Juni.

Agitationstour: früh 5 Uhr. Start von den bekannten Stellen. Unterkommissionenmitglieder müssen erscheinen. Sämtliche Abteilungen starten mittags 1 Uhr von den bekannten Stellen. 2 Uhr Sammelort: Tempelhofer See am Ringbahn. Richtung Groß-Lichterfelde (Singersee).

12. Abt. (Motorfahrer). Requin a. d. Havel (Krause). Start 7 Uhr Bahnhof Heerstraße.

Charlottenburg. Radfahr 2 Uhr Hagenelle; früh 5 Uhr Streifzüge durch den Grunewald. Radmittags 2 Uhr Lichterfelde. Sängerfest. Start: Kottbusstraße.

Neutölln. Einweihung des städtischen Sportplatzes, Grenz-Allee. Festzug ohne Räder im Sportbez. Treffpunkt 12 1/2 Uhr: Etappenfest. Karlsruher.

Adlershof. Badelour am Haggelsee. Start 1 1/2 Uhr beim Gessenen Otto Jäger.

Stettin. Sonnabend, 27. Juni, abends 10 Uhr: Spreewald-tour. Start: Aurschmidstr. 40. 2. Abt. — Sonntag, 28. Juni, früh 6 Uhr: Röllensee; mittags 12 1/2 Uhr: Gersdorf. Start: Barxstr. 74. (1. Abt.).

Pankow-Riederhänhausen. Groß-Lichterfelde. Start früh 8 Uhr; mittags 12 Uhr Wilsener. 31. Reichensee. Grabowsee früh 6 Uhr; nachm. 12 Uhr: Groß-Lichterfelde-Bärensdorf. Start bei Weiser.

Bernau. Tiefensee. Start 8 Uhr. Lemmer, Wallstr. 2. Tegel. Start 3 Uhr: Hennigsdorf.



